



Stadtratssitzung

Donnerstag, 11. September 2008, 13.30, 16.15 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Budget- und Aufsichtskommission (BAK); Ersatzwahl	---
2. Produktgruppen-Budget 2009 - Stabe Budget 2009 (Kenntnisnahme) (BAK: Aeberhard) - Antrag Gemeinderat: Ziff. 9., Seite 24 PGB 2009 (Genehmigung) (BAK: Friedli / FPI: Hayoz) - Abstimmungsbotschaft) (BAK: Friedli/ FPI: Hayoz)	08.000071
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP/JSVP (Manfred Blaser/Peter Bühler, SVP): Chaos beim Velounterstand an der Stadtbachstrasse, wann sorgt der Gemeinderat für Ordnung? (TVS: Rytz)	08.000240
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP/JSVP (Manfred Blaser/Peter Bühler, SVP): Wohin läuft der Berner Bär auf dem Wappen? (SUE: Hügli)	08.000239
5. Dringliche interfraktionelle Interpellation Fraktion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Hasim Sancar, GB/Giovanna Battagliero, SP/Rania Bahnan Büechi, GFL): Geheimdienstliche Bespitzelung auch in Bern? (SUE: Hügli)	08.000238
6. Postulat Fraktion SP/JUSO (Guglielmo Grossi/Miriam Schwarz, SP): Fremdenfeindliche Diskriminierungen beim Einlass in Berner Discos und Clubs verhindern! (SUE: Hügli)	08.000083
7. Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Adäquate Mieten für Kulturorte (PRD: Tschäppät)	08.000095
8. Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Regiert der Gewerkschaftsbund in der Stadt Bern? (PRD: Tschäppät)	08.000174
9. Motion Fraktion FDP (Anastasia Falkner, FDP): Wann mache ich mich strafbar – was bedeutet "Schutzalter"? Aufklärung über die strafrechtlichen Konsequenzen und Prävention muss ebenfalls zum Lehrplan gehören! (BSS: Olibet)	08.000027
10. Motion Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker, SP) vom 30. März 2006: Förderung von integrativen Unterrichtsprojekten in der Stadt Bern; Begründungsbericht (06.000103) (BSS: Olibet)	----
11. Postulat Fraktion GB/JA! (Emine Sariaslan/Christine Michel, GB): Kinder mit Migrationshintergrund sollten unabhängig davon, ob ihre Eltern Sozialhilfe beziehen, Zugang zu KITAs haben (BSS: Olibet)	08.000085
12. Postulat Fraktion GB/JA! (Karin Gasser/Cristina Anliker, GB): Mehr Transparenz beim Anmeldeverfahren für Kindertagesstätten (BSS: Olibet)	08.000081

13. Interfraktionelles Postulat GB/JAI, GFL/EVP, SP/JUSO (Stéphanie Penher, GB/Anna Linder, GFL/Stefan Jordi, SP): Die Berner Fanarbeit muss nach gutem Start gesichert werden (BSS: Olibet) 08.000080

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 24	1551
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 15.15 Uhr	1553
1 Budget- und Aufsichtskommission (BAK); Ersatzwahl	1554
2 Produktgruppen-Budget 2009	
- Stabe Budget 2009 (Kenntnisnahme)	
- Antrag Gemeinderat: Ziff. 9., Seite 24 PGB 2009 (Genehmigung)	
- Abstimmungsbotschaft	1554
Präsenzliste der Sitzung 16.15 bis 19.00 Uhr	1571
Mitteilung des Präsidenten	1572
2 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2009	
- Stabe Budget 2009 (Kenntnisnahme)	
- Antrag Gemeinderat: Ziff. 9., Seite 24 PGB 2009 (Genehmigung)	
- Abstimmungsbotschaft).....	1572
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr	1596
2 Produktgruppen-Budget 2009	
- Stabe Budget 2009 (Kenntnisnahme)	
- Antrag Gemeinderat: Ziff 9, Seiten 24 PGB 2009 (Genehmigung)	
- Abstimmungsbotschaft	1597
Eingänge	1619

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 15.15 Uhr

Vorsitzend

Präsident Andreas Zysset

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Cristina Anliker-Mansour
 Thomas Balmer
 Giovanna Battagliero
 Christof Berger
 Peter Bernasconi
 Henri-Charles Beuchat
 Dieter Beyeler
 Margrith Beyeler-Graf
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Conradin Conzetti
 Dolores Dana
 Bernhard Eicher
 Susanne Elsener
 Anastasia Falkner
 Andreas Flückiger
 Urs Frieden
 Rudolf Friedli
 Verena Furrer-Lehmann
 Jacqueline Gafner Wasem
 Karin Gasser

Simon Glauser
 Guglielmo Grossi
 Beat Gubser
 Ueli Haudenschild
 Erich J. Hess
 Beni Hirt
 Mario Imhof
 Roland Jakob
 Stefan Jordi
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Peter Künzler
 Claudia Kuster
 Annette Lehmann
 Edith Leibundgut
 Anna Magdalena Linder
 Liselotte Lüscher
 Markus Lüthi
 Daniela Lutz-Beck
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu

Robert Meyer
 Christine Michel
 Patrizia Mordini
 Erik Mozsa
 Philippe Müller
 Reto Nause
 Stéphanie Penher
 Pascal Rub
 Hasim Sancar
 Emine Sariaslan
 Rolf Schuler
 Miriam Schwarz
 Yves Seydoux
 Hasim Sönmez
 Ernst Stauffer
 Barbara Streit-Stettler
 Luzius Theiler
 Gisela Vollmer
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Michael Aebersold
 Rania Bahnan Buechi
 Peter Bühler
 Karin Feuz-Ramseyer
 Thomas Göttin

Natalie Imboden
 Ueli Jaisli
 Markus Kiener
 Andreas Krummen
 Nadia Omar

Beat Schori
 Ueli Stückelberger
 Martin Trachsel
 Anne Wegmüller
 Thomas Weil

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
 Barbara Hayoz FPI

Stephan Hügli-Schaad SUE
 Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
 Annemarie Masswadeh, Pro-
 tokoll

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

1 Budget- und Aufsichtskommission (BAK); Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt für die zurücktretende Liselotte Lüscher (SP) als neues Mitglied in die Budget- und Aufsichtskommission (BAK): Beni Hirt (JUSO).

2 Produktgruppen-Budget 2009

- **Stabe Budget 2009 (Kenntnisnahme)**
- **Antrag Gemeinderat: Ziff. 9., Seite 24 PGB 2009 (Genehmigung)**
- **Abstimmungsbotschaft**

Geschäftsnummer 08.000071 / 08/289

Gemeinderatsantrag

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktgruppen-Budgets für das Jahr 2009, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 987 598 451.42 ausgeglichen ist, wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen mit folgenden Festlegungen:
 - die **Steueranlage** beläuft sich weiterhin auf das **1,54-fache** (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
 - die **Liegenschaftssteuer** beträgt unverändert **1,5 Promille** des amtlichen Werts,
 - die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**.
2. Der Stadtrat genehmigt das Produktgruppen-Budget 2009 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben.
3. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.

Bern, 25. Juni 2008

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die BAK zum Budget StaBe: Es ist mir bewusst, dass wir heute Wichtigeres und wahrscheinlich Interessanteres zu diskutieren haben als die Kenntnisnahme des konsolidierten Jahresbudgets 2009 der StaBe, aber es ist nun einmal traktandiert. Die BAK hat dieses Budget an ihrer Sitzung vom 30. Juni 2008 diskutiert und ohne Opposition und ohne besondere Bemerkungen zur Kenntnis genommen, dasselbe empfiehlt sie dem Stadtrat. Als Betriebesertrag sind 79.5 Mio. Franken budgetiert, für den Betriebsaufwand 56 Mio. Franken, als Unternehmensergebnis 23.4 Mio. Franken.

In der konsolidierten Rechnung ist die „Stadtbauten Service AG“ dabei und dort sehen die Zahlen folgendermassen aus: 79.6 Mio. Franken bzw. 56.1 Mio. Franken, mit einem konsolidierten Unternehmensergebnis von 23.4 Mio. Franken. Gegenüber dem Budget haben wir eine Steigerung des Gewinns um 11.23 Mio. Franken, was dadurch begründet wird, dass man mit der Stadt einen neuen Rahmenvertrag abgeschlossen hat und jetzt die so genannten Buchwertmieten erhält, eine Art kostendeckende Miete. Zusätzlich wurde mit der Stadt eine 6-prozentige Verzinsung der 80 Mio. Franken Dotationskapital vereinbart, was allein 5.4 Mio. Franken ausmacht. Man rechnet zudem mit etwas mehr Ertrag aus Mieten von Dritten, mehr Ertrag aus Immobilienverkäufen und aus Eigenleistungen, Minderkosten beim baulichen Unterhalt und eben einem Mehrertrag bei den Mieten der Stadt Bern von 12.8 Mio. Franken. Es ist nicht so, dass die StaBe jetzt einfach einen Mehrertrag bei den Mieten erzielen, sondern sie liefern im Gegenzug auch den Jahresgewinn in höherem Ausmass ab. 18.1 Mio. Franken der erwähnten 23.5 Mio. Franken, die gesamthaft an die Stadt gehen, sind Gewinnablieferung, die restlichen 5.4 Mio. Franken die Verzinsung des Eigenkapitals. Ich erinnere daran, dass die Stadtbauten Service AG auf das Ganze gesehen nur einen kleinen Teil ausmachen.

Sie wurden dazumal eingerichtet, um Mehrwertsteuern zu sparen, dort haben wir sehr viele kleine und nicht erhebliche Zahlen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom StaBe-Budget und der entsprechenden Berichterstattung.

Rudolf Friedli für die BAK: Das vorliegende Produktegruppen-Budget 2009 des Gemeinderats ist bei einem Aufwand und Ertrag von je 987'598'451.42 Franken ausgeglichen. Im Gegensatz zum letzten Budget ist dieses Mal eine Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag enthalten, in der Höhe von 25 Mio. Franken. Damit trägt der Gemeinderat seinem Anliegen Rechnung, die ausserordentliche Gewinnablieferung von ewb vollständig zur Schuldentilgung verwenden zu können. Es werden Steuermehreinnahmen von 15 Mio. Franken erwartet, und dies trotz der Steuergesetzrevision, die zu einem Ertragsausfall von 10 Mio. Franken führt. Für das Jahr 2009 wären die Steuereinnahmen also ohne Steuergesetzrevision um ganze 25 Mio. Franken höher budgetiert. Über 10 Mio. der budgetierten 15 Mio. Franken sind steigende Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen. Bei den natürlichen Personen ist ein Mehrertrag von nur knapp 1 Mio. Franken budgetiert. Wir haben die Verwaltung in der Kommission gefragt, wie es so sei mit Budgetprognosen, denn nur schon eine leichte Abweichung im positiven oder leider auch im negativen Sinn kann ja dazu führen, dass man in der Rechnung 2009 Überraschungen erlebt, positive oder negative. Man hat uns gesagt, dass die Prognosen der Stadtverwaltung auf Planungshilfen des Kantons beruhen und dass man zudem einen grossen Erfahrungswert hat durch die langjährigen Mitarbeiter in der Steuerverwaltung. Man sei sich der Gefahr sehr wohl bewusst, die in den Prognosen stecken und habe deshalb diese Arbeiten sehr seriös an die Hand genommen.

Die öffentliche Sicherheit soll 2009 etwa 700'000 Franken weniger kosten. Letztes Jahr war der Barwert-Auskauf bei der Personalvorsorgekasse in der Höhe von 6.5 Mio. Franken für die zum Kanton übergetretene Polizei budgetiert, das fällt dieses Jahr weg. Bei den Polizeiaufgaben ergibt sich damit zwar eine budgetierte Einsparung von 3.7 Mio. Franken, aber die Feuerwehr soll 1.2 Mio. Franken mehr kosten und der Zivilschutz 500'000 Franken mehr, womit sich schliesslich, wie erwähnt, noch Minderkosten von 700'000 Franken ergeben.

Die Bildung soll im 2009 11 Mio. Franken mehr kosten, über 14% mehr als im 2008. Zurückzuführen ist dies auf den neuen Vertrag mit den StaBe, der höhere Mieten und Nebenkosten verursacht. Auch der Lehrerbesoldungspool kostet 2.6 Mio. Franken mehr. Der eigentliche Leistungsausbau in der Bildung beträgt 1.6 Mio. Franken.

Bei der Kultur und Freizeit steigt der Gesamtaufwand ebenfalls, es sind Mehrkosten von über 10 Mio. Franken im Budget. Auch hier ist vieles auf die bereits erwähnten höheren Mieten und Nebenkosten zurückzuführen. Parkanlagen und Wanderwege kosten 1.3 Mio. Franken mehr, Denkmalpflege und Heimatschutz – hier vor allem auch die Kirchen – 1.4 Mio. Franken mehr. Und auch für die Kulturförderung ist 1 Mio. Franken mehr vorgesehen.

Bei der Gesundheit ist die Zunahme enorm, mit fast 5 Mio. Franken oder gegen 40% gegenüber dem letzten Budget. Die Zunahme ist auf die Spitex-Leistungen zurückzuführen – Stichwort neuer Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA), der sich hier auswirkt.

Bei der sozialen Wohlfahrt dagegen sollen 20 Mio. Franken oder ganze 21% weniger ausgegeben werden. 16 Mio. Franken dieser Ausgabenreduktion sind allerdings auf den NFA zurückzuführen, der sich also hier, anders als bei der Spitex, zugunsten der Stadt auswirkt. Die Zuschüsse an minderbemittelte Personen sollen ebenfalls um fast 1 Mio. Franken sinken, dagegen sind für Kinderheime und Kinderkrippen 3 Mio. Franken mehr veranschlagt und für Altersheime und für die Arbeitslosenfürsorge 1.6 Mio. Franken mehr.

Beim Verkehr fallen mehr Unterhaltsaufwand und steigende Abschreibungen und Zinsen auf den Investitionen an, das kostet fast 6 Mio. Franken mehr als noch im letzten Jahr.

Die neu budgetierten Ausgaben und der Leistungsausbau finden sich im Budget 2009 auf Seite 20-21. Zahlen zu den budgetierten Einsparungen und zum Leistungsabbau fehlen leider. Ich gehe davon aus, dass es in der Natur der Sache liegt, dass immer nur vom Ausbau die Rede ist und niemand zurückstecken will.

Das vom Gemeinderat beschlossene Investitionsbudget umfasst Nettoaufwendungen im steuerfinanzierten Verwaltungsvermögen von 51 Mio. Franken, letztes Jahr waren es 2 Mio. Franken weniger. Im integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2009–2012 sind die Investitionen detailliert ersichtlich. Grosse Vorhaben wie das Tram Bern West mit 8 Mio. Franken und der Zubringer Neufeld mit fast 3.4 Mio. Franken schlagen hier zu Buche.

Eigentlich sollte das Investitionsvolumen 33.6 Mio. Franken nicht übersteigen, so steht es auf S. 23 des Budgets; mit den erwähnten 51 Mio. Franken liegt es aber deutlich darüber. Damit ergibt sich eine Selbstfinanzierung von nur noch 66%, wie ebenfalls auf S. 23 nachzulesen ist. Dank den Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag kann aber eine Finanzierung der Investitionen mit Fremdmitteln vermieden werden. Der hohen Investitionen wegen werden aber die Abschreibungsbeträge für die kommenden Jahre stark anwachsen.

Gesamthaft ergibt sich: Wir haben gegenüber dem Budget 2008 eine Zunahme von fast 59 Mio. Franken, also 6.7 Prozent mehr Gesamtaufwand und Gesamtertrag. Dieses Jahr sind 25 Mio. Franken Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag eingeschlossen. Bereinigt um diesen Posten sind es im Vergleich zum letzten Jahr noch gut 33 Mio. Franken mehr. 12.8 Mio. Franken davon sind auf höhere Mietkosten bei den StaBe zurückzuführen, bleiben noch ca. 21 Mio. Franken. Davon sind 9 Mio. Franken Finanzausgleichsleistungen, die die Stadt ebenfalls nicht beeinflussen kann und dazu kommen noch 6 Mio. Franken für die Auszahlung von 2.5 Prozent Teuerungsausgleich an das Personal. Damit bleiben von den 59 Mio. Franken, die das Budget 2009 höher ist als das des letzten Jahres, 6 Mio. Franken effektiv bereinigter Mehraufwand und Mehrertrag.

Zwei der Sachkommissionen, die SBK und die FSU, beantragen dem Stadtrat insgesamt 1.27 Mio. Franken Mehrausgaben, zumindest in einer ersten Runde. Die BAK hat jeweils die Aufgabe, die von den Sachkommissionen beschlossenen Mehrausgaben zu beraten und zu überlegen, ob sie sich diesen Anträgen im Namen des Gesamtstadtrats anschliessen könnte. Die BAK hat dies gemacht und beantragt dem Stadtrat Mehrausgaben in der Höhe von 460'000 Franken statt der 1.27 Mio. Franken, wir lehnen also diverse gewünschte Mehrausgaben ab. Der Stadtrat wird darüber beschliessen, wie viel er sparen will oder nicht. Die 460'000 Franken Mehrausgaben, die auch von der BAK unterstützt werden, setzen sich aus zwei Posten zusammen. Der erste betrifft einen Antrag der SBK, für 20 zusätzliche Kita-Plätze 400'000 Franken zusätzlich ins Budget aufzunehmen. Dieser Beschluss fiel in der BAK mit 5 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung. Mit 6 gegen 4 Stimmen schliesst sich die BAK auch dem Antrag der SBK an, für die Schaffung einer 50%-Stelle in der Schulsozialarbeit zusätzlich 60'000 Franken ins Budget aufzunehmen. Dazu muss man sagen, dass bereits im gemeinderätlichen Budget ein Antrag um Schaffung einer zusätzlichen 100%-Stelle aufgenommen ist. Die Begründungen für die Zustimmungen und auch die Ablehnungen zu den Anträgen der Sachkommissionen werde ich in der Detailberatung liefern.

Ich komme zu S. 24 des gemeinderätlichen Budgets und damit zum Antrag des Gemeinderats. Er schlägt als Steueranlage unverändert 1.54 vor. Die BAK hat dem Budgetantrag des Gemeinderats, bereinigt um die beiden eben erwähnten Mehrausgaben, mit 6 gegen 4 Stimmen zugestimmt. Ich verzichte darauf, hier die Mehrheits- und Minderheitsmeinung darzulegen, ich gehe davon aus, dass in den Fraktionsvoten darauf eingegangen wird, wer dem Budget zustimmt und wer nicht.

Fraktionserklärungen

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! dankt den Angestellten der Verwaltung und den Kommissionsmitgliedern für die Vorbereitungsarbeit für das Produktgruppen-Budget 2009. Das Budget sieht einen Aufwand und Ertrag von je 987'598'451.42 Franken vor. Es ist ausgeglichen, sogar mit einer weiteren Abschreibung des Bilanzfehlbetrags von 25 Mio. Franken, für die der Gemeinderat die ausserordentliche Gewinnablieferung von ewb verwendet. Die Steueranlage bleibt unverändert bei 1.54 und dies trotz eines ca. 10 Mio. Franken schweren Ertragsausfalls in Folge der Steuergesetzrevision. Wir sehen das ausgeglichene Budget und die Abschreibung der Schulden durchaus positiv.

Wir haben bisher 11 Haushaltsanierungsunden durchgeführt und sind dabei in vielen Bereichen ausgeblutet, was auch im vorliegenden Budget seine Fortsetzung findet. Die Bürgerlichen haben das Budget bereits vorletztes und letztes Jahr schwarz gemalt. Der Überschuss von 64 Mio. Franken in der Jahresrechnung 2007, der uns alle überrascht hat, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und trotz ausserordentlichen Investitionen wie Bahnhofplatz, Brünnen usw. die Schulden schneller sanieren können als geplant und dies, obwohl ein Moratorium für den Schuldenabbau bewilligt war. Mehr sparen liegt nicht drin. Wir haben eine Verantwortung für unsere Schulden und nehmen sie auch wahr, wie wir dies gezeigt haben. Wir haben aber auch eine Verantwortung für unsere noch nicht erfüllten Aufgaben, wie z.B. die Verkürzung der Liste von 740 Kindern, die auf einen familienexternen Betreuungsplatz warten.

Wir lehnen den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/JSVP ab, er ist unseriös, populistisch und realitätsfremd. Wir sind der Meinung, dass dieses ausgeglichene Budget eine gute Diskussionsgrundlage darstellt und dass der Stadtrat möglichst rasch darüber befinden soll.

Wir schätzen an diesem Budget, dass es so ohne weitere Sparrunde geht. In der Vergangenheit haben wir mit Sparprogrammen die Schmerzgrenze überschritten. Wir stellen aber fest, dass die Bürgerlichen weiterhin sparen möchten, natürlich mit dem Ziel, die Steuern zu senken. Wer von einer Steuersenkung profitieren würde, ist ein offenes Geheimnis. Das Vorgehen ist in sich widersprüchlich und kann gefährliche Konsequenzen haben: Obwohl wir über die Erwartungen hinaus Schulden abbauen konnten, sind sie noch nicht ganz verschwunden. Was würde geschehen, wenn die Steuern reduziert würden und später die Konjunktur zusammenbräche? Der Schuldenberg würde wachsen und die nötigen Investitionen und Ausgaben wären nicht getätigt. Eine schlechte Strategie, die wir uns nicht erlauben dürfen und die wir nicht akzeptieren können.

Die CVP findet, die Steuereinnahmen seien 2008 und 2009 zu optimistisch budgetiert und will bei den Einnahmen sparen. Dies, obwohl der Kanton in seinem Budget aufgezeigt hat, dass die Steuerprognosen noch einmal ein sehr gutes Jahr versprechen. Immerhin will die CVP nicht nur abbauen, sondern auch noch etwas ausbauen, z.B. beim Geranienschmuck. Wir lehnen den Antrag Beuchat ab.

Auch die Fraktion FDP setzt mit ihrem Antrag auf Steuersenkungen und auf Sparmassnahmen. Ihre Gemeinderätin, Finanzdirektorin Barbara Hayoz, fährt indes eine sehr vernünftige Strategie. In einem Interview im Bund hat sie sich wie folgt geäußert: „Eine Steuersenkung wäre kurzfristiger Aktivismus, um gewählt zu werden.“ Schade, dass sich Barbara Hayoz in ihrer Partei so wenig durchsetzen kann. Wir lehnen den Antrag der Fraktion FDP ab, ebenso ihren Antrag auf Variantenabstimmung. Die FDP stellt zahlreiche Anträge, wo sie überall sparen, sparen und noch einmal sparen möchte. Mit ihrer Sparhysterie greift sie via Presse indirekt die Direktion ihrer eigenen Gemeinderätin an, indem sie das „Fett“ im Personalamt weg haben will. Die FDP verliert die Orientierung, wie sonst kann man ihre Idee eines Referendums gegen das Budget erklären, welches ja ohnehin zur Volksabstimmung gebracht wird?

Einverstanden, wir sind im Wahlkampf. Trotzdem darf die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin und als Wohnort nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Mit ihren zahlreichen Anträgen rettet die SVP das Parlament vor Arbeitslosigkeit. Es scheint, dass diese Partei mit einer Verlängerung der Ratsdebatte kompensieren will, was sie vor zwei Jahren verpasste, als ihre Mitglieder die Budget-Debatte frühzeitig verliessen.

Die SVP verlangt eine Aufstockung bei der Polizei um ca. 6 Mio. Franken, zusätzlich zum Betrag, der im Rahmen von Police Bern seit Anfang 2008 vertraglich festgelegt ist. Eine solche Aufstockung wird weder vom Kanton verlangt noch ist sie nötig. Die Bürgerlichen möchten dieses Geld wahrscheinlich einfach dem Kanton schenken, während sie bei der Prävention sparen möchten. Vielleicht haben sie recht...? Mit ihren vielen Anträgen für einen Abbau in verschiedenen Bereichen schaffen sie tatsächlich sehr viel Unzufriedenheit, die aus ihrer Sicht nur mit Hilfe der Polizei in Griff zu bekommen ist.

Auch die SVP geht soweit, dass sie die Kurve nicht mehr erwischt und Pannen verursacht: Sie möchte beim Asylwesen sparen und vergisst dabei, dass sie dies gar nicht kann, weil es vom Bund via Kanton an die Stadt delegiert ist. Wenn dies überhaupt möglich wäre, müsste auch auf Ertragsseite eine Reduktion vorgenommen werden, was einem Nullsummen-Spareffekt gleichkäme.

Diese Beispiele zeigen uns, wie ernst unsere Bürgerlichen die Sache nehmen oder eben nicht. An dieser Stelle kritisieren wir die FDP, die SVP und die GFL, die ihre Anträge an den Kommissionen vorbeigeschleust und direkt ins Parlament gebracht haben.

Wir unterstützen den Antrag der Kommission SBK auf zusätzliche 180'000 Franken für die Aufhebung der Betriebsferien der Kitas ebenso ihren Antrag auf zusätzliche 400'000 Franken für 20 neue familienergänzende Tagesbetreuungs-Plätze für Kinder. Auch mit diesen 20 zusätzlichen Kita-Plätzen sind wir noch weit weg vom Ziel, die Warteliste der Kitas ganz abzubauen. Auch der Antrag der SBK für zusätzliche 50 Stellenprozent für Schulsozialarbeit entspricht einem Anliegen unserer Fraktion. Mit dieser bescheidenen Erhöhung sind wir allerdings noch weit weg von einer optimalen Belegung der Schulsozialarbeit.

Das Personal der städtischen Verwaltung ist wegen des Sparprogramms in der Vergangenheit unter enormen Druck gekommen. Letztes Jahr musste es auf die volle und verdiente Lohnerhöhung verzichten. Das Personal verdient für die grosse Verantwortung, für seine Leistungen und sein Engagement Anerkennung und Dank und vor allem auch eine gerechte Lohnerhöhung im Jahr 2009.

Die Fraktion GB/JA! nimmt die Kommissionsarbeit ernst und hat richtigerweise ihre Anträge bereits in den Kommissionen gestellt. Zu den oben erwähnten und uns wichtig scheinenden Anträgen werden wir vor den jeweiligen Abstimmungen ausführlicher Stellung nehmen. Unsere bescheidene Anzahl Anträge wird sowohl von den Sachkommissionen als auch von der BAK teilweise unterstützt, weitere Anträge haben wir nicht.

Die Fraktion GB/JA! stimmt dem Produktegruppen-Budget 2009 zu, inklusive den erwähnten Kommissionsanträgen. Wir nehmen das StaBe-Budget, wie die BAK empfohlen hat, zustimmend zur Kenntnis, ebenso die Abstimmungsbotschaft.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Diese Stadt, ihr Geld und ihre Aufgaben: Auch für uns ist das Produktegruppen-Budget wichtig oder sehr wichtig. Mit 5 grundlegenden Überlegungen sage ich, warum wir auf diese Vorlage eintreten wollen.

Erstens: Wichtigster Massstab für das Geld der Stadt sind ihre Aufgaben. Die meisten davon sind bekanntlich von Bund und Kanton vorgegeben, viele weitere in der Gemeindeordnung vorgeschrieben, einige frei gewählt. Gemeinsame Aufgaben, die der Bevölkerung und der Wirtschaft der Stadt dienen, sind Verkehrswege, Energie, Bildung, Kultur, Soziales, Sicherheit und Integration. Wir fragen zuerst, welche Aufgaben wir erfüllen müssen und wollen und wie viel Geld wir dafür brauchen und nicht umgekehrt, also wie wenig Geld wir einsetzen und wel-

che Aufgaben wir damit nicht mehr erfüllen wollen. Darum lehnen wir die Anträge, die Antrags-Diarrhöe der SVP ab. Und im Weiteren schweigt des Redners Höflichkeit über diese Anträge.

Zweitens: Wichtigster politischer Massstab ist für uns die Ökologie, die Nachhaltigkeit, mit der wir die Aufgaben der Stadt erfüllen. Dies betonen wir, weil gerade dies im PGB so nicht sichtbar werden kann. Aber die Frage der Nachhaltigkeit ist überall mehr oder weniger mit drin und zum Teil genau in den Betrieben, die wir ausgelagert haben: Die Frage der Energie bei ewb; ökologisches Sanieren und Bauen bei den StaBe; öV bei BernMobil. Das PGB nimmt nur die Zahlen aus deren Budgets auf; die ökologisch-politische Führung dieser Betriebe werden wir in den kommenden Jahren stärker fordern und fördern. Die Energiestrategie der Stadt weist die Ziele. Ein wichtiges Instrument dabei ist das Amt für Umwelt (AFU). Uns fällt auf, dass dieses Amt in den letzten Monaten an Energie und Schwung gewonnen hat. Wir haben für die Richtlinien der Legislatur 2009-2012 ein Schwergewicht in der Nachhaltigkeitsfrage gefordert und dabei muss das AFU eine Hauptrolle spielen. Wir verlangen in einer Motion, dass die Stadt das AFU grundsätzlich bei allen Planungen stärker einbezieht. Darum lehnen wir alle Anträge auf Kürzungen beim AFU ab.

Ein dritter Bereich: Ein finanzpolitisches Ziel ist es, dass Aufwand und Ertrag ausgeglichen sind. Das ist im vorliegenden Budget der Fall, bei einem Umsatz von knapp 988 Mio. Franken oder, wenn man die ausgelagerten Betriebe mitrechnet, sogar 1,8 Mia. Franken. Zu den finanzpolitischen Aufgaben gehört bekanntlich auch, den altrechtlichen Fehlbetrag abzutragen. Ende 2007 lag er, dank der nicht geplanten Abschreibung, bei 123 Mio. Franken, Ende 2008 wird er wegen vermutlich höherer Steuereinnahmen voraussichtlich weiter sinken und für 2009 sieht der Voranschlag weitere 25 Mio. Franken vor. Aber den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag gibt es natürlich immer noch und ihn wollen wir weiter abtragen. Jemand soll gesagt haben „Das wäre kurzfristiger Aktivismus, um gewählt zu werden“, wenn man jetzt Steuersenkungen verlangte, weil man eben diesen Bilanzfehlbetrag berücksichtigen müsse. Die Aussage stammt, wir haben es bereits gehört, von der Finanzdirektorin der Stadt Bern. Wir stimmen dieser Aussage zu und aus diesem Grund lehnen wir alle Anträge auf Steuersenkungen für 2009 ab.

Der vierte Bereich: Die Steuern sind bekanntlich ein wichtiger Ertragsteil. Deren Erträge werden 2009 vorab durch die kantonale Steuerrevision gesenkt. Das PGB schätzt die Steuereinnahmen auf 412 Mio. Franken. Es ist uns klar, dass diese Zahl von verschiedenen Unbekannten und unterschiedlichen Schätzungen abhängt und schwer vorauszubestimmen ist. Klar ist aber, dass in den vergangenen Jahren die Steuereinnahmen stetig gewachsen sind, von 357 Mio. Franken im 2005 auf 393 Mio. im 2006 und 436 Mio. im 2007. Wir erwarten kaum, dass diese Erträge 2008 oder 2009 wieder sinken, denn das Wirtschaftswachstum war 2007 ja sehr klar und auch im 2008 noch vorhanden. Es scheint uns darum ausserordentlich vorsichtig, wenn der Voranschlag mit 412 Mio. Franken Einnahmen rechnet. Es leuchtet mir nicht ein, warum es weniger sein soll als 2008 – dies im Gegensatz zum Antrag Beuchat, der die Steuereinnahmen 2009 um 10% senken will. Auch der Kanton budgetiert übrigens ein hohes Steuerwachstum und darum lehnen wir den Antrag Beuchat ab.

Der fünfte Bereich: Im grossen Ganzen folgen wir dem Voranschlag des Gemeinderats. Wir wollen keinen systematischen Leistungsabbau des Service public, wir können uns einen bescheidenen Ausbau im unmittelbaren öffentlichen Dienst für die Bevölkerung leisten. Dies bedeutet aber nicht, dass wir den sparsamen Einsatz unserer Mittel nicht für wichtig halten. Darum wollen wir auch einige Sparmöglichkeiten realisieren. Wir wollen nicht dort sparen, wo die Einwohner der Stadt unmittelbar betroffen sind, also im Förderungs-, Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich, aber wir fragen uns manchmal, ob in den Stäben nicht zuviel mit internen Kontroll- und Konzeptaufgaben gearbeitet wird, die uns in Umfang und Qualität nicht immer überzeugen. Darum fordern wir eine strengere, engere Führung und lehnen den Ausbau di-

verser Stabsaufgaben ab. Wenn nötig, kann der Gemeinderat ja gezielt Aufträge an Spezialisten auch ausserhalb der Verwaltung übertragen, z.B. in der Stadtplanung. Wir kommen in der Detailberatung auf unsere Anträge und die Anträge anderer Fraktionen zurück. Unsere Fraktion sieht im vorliegenden PGB eine rechtlich und politisch grundsätzlich gute Vorlage und tritt darauf ein.

Giovanna Battagliero (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO ist erfreut darüber, dass wir dieses Jahr nicht eine Budgetdebatte führen wie letztes Jahr, als wir mit Blick auf die prekäre Finanzlage über Einsparungen von 10'000 Franken entscheiden mussten.

Wie gesagt, die Ausgangslage für das Budget 2009 sieht anders aus als die für das Budget 2008, das sehen wir ja gerade auch am Steuersenkungsantrag der FDP. Zu diesem Antrag etwas vorneweg: Die SP stimmt dieser populistischen Steuersenkung nicht zu. Eine Steuersenkung kommt für die SP so lange nicht in Frage, bis die Stadt Bern ihre altrechtlichen Schulden von heute noch 120 Mio. Franken abgebaut hat und bis die Investitionen in Familien, Kinder, Umwelt, Kultur und die Infrastrukturanlagen, in Wohnungen, Langsamverkehr und öV noch nicht dort sind, wo die SP sie haben will. Und, meine lieben Bürgerlichen, es werdet nicht ihr sein, sondern die RGM-Mehrheit, die in der Stadt Bern eine Steuersenkung vornimmt! – Ich meine damit natürlich, dass wir noch viele Jahre an der Macht sein werden.

Wir haben also ein ausgeglichenes Budget 2009 bei gleichzeitigem Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags von noch 120 Mio. Franken um 25 Mio. Franken. Hier möchte ich eine Bemerkung anfügen zum Rating der Stadt Bern, das heute bekannt wurde. Wir haben ein Aa2 erhalten, das heisst, wir betreiben eine sehr solide, umsichtige und konservative Haushaltführung und Schuldenverwaltung. Auch die Verschuldungsmerkmale bergen keine besonderen Risiken. Die Finanzpolitik der Stadt Bern ist kompetent und die Finanzberichterstattung pünktlich und akkurat. Die Stadt Bern hat damit eine sehr gute Ausgangslage für attraktive Zinskonditionen bei Anleihen und Darlehensaufnahmen. Das Fazit aus dem Rating: Zuerst muss ein vollständiger Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags erfolgen, bevor der finanzielle Handlungsspielraum gegeben ist für eine allfällige Steuersenkung.

Warum nimmt die SP/JUSO das ausgeglichene Budget 2009 an und mit welchen Änderungen? Das Budget enthält die Weiterführung des 11. Haushaltsanierungspakets vom letzten Jahr in der Höhe von 16 Mio. Franken, in einem Finanzhaushalt mit 80% gebundenen Ausgaben, die wir nicht beeinflussen können. Die nach wie vor gute Wirtschaftslage führt zu Mehreinnahmen bei den Steuern, v.a. bei den juristischen Personen. Aber wir haben im 2009 auch einen Zuwachs an natürlichen Personen, mit mindestens 200 neuen Steuerzahlenden in der Stadt Bern, dies dank der erfolgreichen Politik, vor allem Wohnbaupolitik, von RGM!

Unsere Energie- und Wasserversorgerin, ewb, ist eine florierende städtische Unternehmung, die uns 30 Mio. Franken mehr Gewinn abliefern kann.

Mit dem Budget 2009 investieren wir in unsere Infrastruktur: Es wird in Wohnungen und in Unterhalt und Werterhalt unserer Strassen und Grünbereiche investiert, aber auch in Grossprojekte wie den Neufeldzubringer oder das Tram Bern West etc. Wir investieren mit dem Budget 2009 in ein vielfältiges Kulturangebot in der Stadt Bern. Dazu gehört für uns auch „La Cappella“, für das wir später noch über einen Beitrag der Stadt befinden werden. Mit dem Budget 2009 investieren wir in Familien und in Kinder. Besonders zu erwähnen ist die familienergänzende Kinderbetreuung. Dank einer Motion der SP sind im Budget 2009 zusätzlich 80 neue Kita-Plätze aufgenommen und schon bald wird dank einer SP-Initiative jedes Kind in Bern, für das die Eltern einen Kita-Platz wollen, auch einen erhalten. Nehmen Sie zudem den entsprechenden Antrag der Fraktion SP/JUSO an – den einzigen, den wir stellen – werden die städtischen Kitas wieder das ganze Jahr offen sein. Wir investieren auch in neue Tagesschulen und in Altersheime. Das Budget 2009 zeigt also, dass für RGM die Erhaltung und Förde-

rung der Lebensqualität an oberster Stelle steht. Der Leistungsausbau von rund 7 Mio. Franken ist richtig und vertretbar.

Die Stadt Bern ist eine gute Arbeitgeberin. Für die städtischen Angestellten ist ein Teuerungsausgleich von 2.5 Prozent budgetiert. Das ist zwar erfreulich, wird aber mit Sicherheit nicht reichen. Im Moment liegt die Teuerung bei 3.1 Prozent und sie ist bis Ende Jahr in der Tendenz bestimmt nicht abnehmend. Die SP erwartet, dass der Gemeinderat in den anstehenden Verhandlungen mit den Sozialpartnern die Teuerung auf sicher 3% erhöht. Dies gerade auch, weil in der Stadt Bern immer noch ein Nachholbedarf betreffend Teuerung besteht und weil die Stadt als Arbeitgeberin auf dem Markt nicht geschwächt werden darf.

Wehrmutstropfen bzw. unerfreuliche Belastungen sind vor allem, dass wir nach wie vor nicht die Zentrumslasten-Abgeltung erhalten, die uns zustehen würde. Es sind unverändert 32.1 anstatt 50 Mio. Franken. Hier wird unser Verhandlungsgeschick mit dem Kanton gefordert sein. Weiter wissen wir jetzt, dass die im Kanton beschlossenen Steuergesetzrevision uns jährlich mindestens 10 Mio. Franken an Steuererträgen kostet.

Zu den Anträgen von SVP/JSVP, CVP und FDP, zu ihrer Antragsflut: Abgesehen von der CVP, die das nicht kann, war es den Damen und Herren von SVP/JSVP und FDP offenbar wieder nicht genehm, die Anträge zuerst in die Kommissionen zu bringen. Es macht offenbar viel mehr Spass, uns und vor allem die Verwaltung so zu beschäftigen, dass wir gerade noch knapp dazu kommen, alle Anträge durchzulesen und heute Abend Stunden damit zubringen dürfen, um über 181 Anträge von teils lausiger Qualität zu debattieren. Diese Art von „Übung“ hatten wir bereits letztes Jahr und seit letztem Donnerstag erstaunt mich von bürgerlicher Seite gar nichts mehr. Die Anträge von SVP, CVP und FDP sind zum Teil NSB-widrig. Wir haben es zwar letztes Jahr ausgiebig debattiert, aber die CVP macht auch dieses Jahr, was man eigentlich nicht kann, nämlich prozentweise kürzen. Das ist nicht möglich, sondern man muss immer genau sagen, wo man sparen will. Oder die SVP stellt Anträge auf Kürzung von Bruttokosten, in denen die Einnahmen auch gleich noch enthalten sind. Die SVP steht offenbar auch über dem Gesetz. Sie verlangt z.B. eine Kürzung der ambulanten Sozialhilfe um 32 Mio. Franken, obwohl ihre Erfüllung ein gesetzlicher Auftrag ist. Und zudem macht sie nur noch halbe Sachen, denn wenn sie bei den Ausgaben kürzen will, müssten auch die Einnahmen gekürzt werden. Oder sie fordert eine Kürzung um 4 Mio. Franken bei den Tagesschulen, nachdem der Kanton von den Gemeinden einen bedarfsgerechten Ausbau bei den Tagesschulen verlangt. Die CVP, die auf schweizerischer Ebene auf die Integration pocht, setzt bei der Integration in der Stadt Bern mit dem fetten Rotstift an. Ob die Leute ihre Steuern bezahlen, scheint der SVP offenbar ziemlich egal zu sein, will sie doch Stellen beim Steuerinkasso streichen. Apropos Stellen: Kämen die Anträge der Bürgerlichen durch, verlören zahlreiche städtische Angestellte ihre Stelle. Aber das macht aus Sicht der Bürgerlichen anscheinend nichts, in ihren Augen hat es offenbar in der Verwaltung zu viele Leute, ob Gleichstellungsbeauftragte oder Strassenarbeiter. Die Bürgerlichen wollen also sparen auf dem Buckel der Angestellten und zulasten von Familien, Kindern, Jugendlichen, Sozialhilfebeziehenden, Migrantinnen und Migranten und Umwelt und alleine zugunsten von mehr Polizei und weniger Steuern. Und so etwas nennt sich, „Mitte“....

Zu den einzelnen Anträgen werden wir in der Detailberatung Stellung nehmen, hier nur so viel: Die Kommissionsanträge nehmen wir alle an.

Zum Rückweisungsantrag SVP/JSVP: Nach meinen Ausführungen ist es klar, dass die SP/JUSO den Rückweisungsantrag ablehnt. Am liebsten würden wir alle Anträge der SVP/JSVP zur Überarbeitung an ihre Fraktion zurückweisen, bis nur noch die übrig bleiben, die auch umsetzbar sind.

Fazit: Die Fraktion SP/JUSO sagt Ja zum ausgeglichenen Budget 2009, bei gleich bleibendem Steuerfuss, inklusive ihrem Antrag auf Streichung der Kita-Betriebsferien und inklusive den Anträgen aus den Kommissionen.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Ich möchte im Namen der Fraktion und im Namen des Jungfreisinns dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit danken. Ich muss aber leider gleich anfügen, dass wir mit der geleisteten Arbeit ziemlich unzufrieden sind und entsprechend enttäuscht vom Gemeinderat. Im vorliegenden Budget stören uns vor allem zwei Punkte massiv. Erstens hat es der Gemeinderat verpasst, für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, für die Leute also, die in dieser Stadt arbeiten, eine Perspektive aufzuzeigen. Und zweitens hat es der Gemeinderat verpasst, seine Hausaufgaben zu machen. An ihm wäre es unserer Meinung nach gewesen, einen Plafond zu setzen und zu sagen, man wolle mit den Ausgaben nicht wesentlich über dem Betrag von 2007 liegen, aber wie wir alle sehen, hat er das nicht gemacht. Zuerst zu den Perspektiven für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir haben in der Stadt Zehntausende, die Tag für Tag hart arbeiten gehen, sei dies als Gewerbebetreibende oder als Arbeitnehmende, bei der öffentlichen Hand oder in einem Privatunternehmen. Und diese Leute sind das Herz der Stadt Bern, sie beleben die Stadt, ihnen ist zu verdanken, dass in Bern etwas los ist. Nicht nur, weil Gewerbebetreibende die Stadt mit Restaurants und mit Geschäften beleben oder die Arbeitnehmenden als Konsumierende dafür sorgen, dass man als Gewerbler überhaupt etwas verdienen kann, sondern weil sie die Leute sind, die in dieser Stadt das Geld bezahlen. Wir müssen uns heute Abend immer wieder bewusst machen, dass das Geld, das wir verteilen, das Geld der Leute ist, die hier arbeiten und Steuern bezahlen. Wenn wir den Blick auf die umliegenden Gemeinden ausweiten, so können wir zwar feststellen, dass wir in Bern eine gute Lebensqualität haben, aber die umliegenden Gemeinden haben das genau Gleiche auch. Eventuell ist man von einer Aussengemeinde wesentlich schneller im Zentrum der Stadt als von Bümpliz aus, d.h. wir haben in dieser Beziehung keinen Konkurrenzvorteil. Hingegen haben wir einen grossen Nachteil gegenüber vielen Gemeinden, und zwar in Steuerfragen. Wir konnten erst kürzlich lesen, dass Belp die Steuern voraussichtlich ebenfalls senken wird. Wir finden, es ist an der Zeit, endlich einmal den Leuten Danke zu sagen, die der Stadt Bern trotz Steuernachteilen die Stange gehalten haben und nicht in irgendeine Aussengemeinde gezogen sind, obwohl sie dort die gleichen Leistungen erhalten würden wie in Bern. Diesen Dank müssen wir erbringen, indem wir ein Zeichen setzen in Form einer Steuersenkung. Darum tritt die Fraktion FDP und auch der Jungfreisinn für eine Steuersenkung von 1.54 auf 1.49 ein. Wir müssen diesen Leuten zeigen, dass sie uns wichtig sind, dass wir auch an sie denken und sie nicht im Stich lassen. Zum zweiten Punkt. Das Budget zeigt, dass wieder diverse Mehrausgaben vorgesehen sind. Wir würden aber vom Gemeinderat erwarten, dass er seine Führungsfunktion wahrnimmt und sagt, man habe einen Plafond erreicht, mehr werde nicht ausgegeben und jetzt müsse man mit dem wirtschaften, was man habe. Das hat er verpasst, er wendet lieber das „Prinzip Weihnachtsmann“ an und verteilt ein paar Geschenke. Alle, die fragen kommen, erhalten auch noch etwas Geld. Man hat, so unser Eindruck, allen Begehrlichkeiten aus der Verwaltung wie auch aus subventionierten Betrieben stattgegeben und entsprechend ist das Budget herausgekommen. Das sieht man sehr schön in der Kulturdebatte, die wir schon seit langem führen. Der Anstoss für ein Kulturkonzept ist aus der Verwaltung gekommen und sie hat auch gleich noch vorgelegt, wie viel es kosten soll. Der Gemeinderat hat das Konzept brav abgeknickt und wir im Stadtrat schliesslich auch. Und inzwischen liegt bereits wieder ein „Bettelbrief“ von La Cappella vor. Die Idee mag gut sein, aber wäre man konsequent, so müsste man sagen, das passe in Gottes Namen nicht in die Kulturstrategie hinein. Und doch helfe ich fast schon eine Wette, dass wir diesem Antrag stattgegeben werden, weil die linksgrünen Parteien umfallen, ebenfalls nach dem „Prinzip Weihnachtsmann“. Wenn man fragen kommt, so gibt es Geld, es wird nicht darauf geachtet, ob etwas in die Strategie hineinpasst oder ob man das Geld hat. Darum ist für die Fraktion FDP und für den Jungfreisinn klar, dass sie das Budget in der vorliegenden Form und höchstwahrscheinlich auch in der Form, wie es am Schluss vorlie-

gen wird, ablehnen. Weil wir aber nicht einfach Obstruktionspolitik betreiben und auch nicht die Nein-Sager-Partei sein wollen, haben wir mit dem freisinnigen Alternativbudget einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der jetzt vor Ihnen auf dem Tisch liegt. Auf die einzelnen Anträge werden wir in der Detaildebatte eingehen, ich möchte hier nur die groben Richtlinien skizzieren, an die wir uns gehalten haben. Es gibt zwei wichtige Punkte. Der erste ist die schon erwähnte Steuersenkung. Der zweite Punkt: Logischerweise muss man, wenn man weniger Einnahmen hat, irgendwo Einsparungen vornehmen, und genau das haben wir gemacht. Unsere Anträge, insgesamt 16, orientieren sich an zwei Prinzipien. Erstens haben wir die Hausaufgaben des Gemeinderats nachgeholt, indem wir überall dort gestrichen haben, wo wir den Eindruck hatten, es seien im Vergleich zum Budget 2008 Mehrausgaben beschlossen worden, die es nicht braucht, und zweitens haben wir in der Verwaltung Fett weggeschnitten. Es wurde von der GFL bereits angetönt und auch wir sind der Meinung, es habe zum Teil Wasserköpfe und damit Möglichkeiten zum Streichen, ohne dass die Bevölkerung stark betroffen ist. Das ist unserer Meinung nach die Stärke des vorgelegten Alternativbudgets: Es bringt eine moderate Steuersenkung und die Einsparungen schmerzen den Grossteil der Bevölkerung nicht wirklich. Hier möchte ich Giovanna Battagliero widersprechen, die einen grossen Personalabbau ankündigt. Gemäss unseren Anträgen wird es zwar die eine oder andere Stelle nicht mehr geben, aber wenn man die natürliche Fluktuation berücksichtigt, so werden wir bestimmt niemanden auf die Strasse stellen müssen, das war uns auch ein Anliegen. Angesichts der politischen Situation im Stadtrat muss man davon ausgehen, dass man unserem Steuersenkungsantrag in der Debatte nicht stattgeben wird und dass auch unsere Sparanträge nicht durchkommen werden. Die SP wie auch die Grünen wehren sich seit Jahren gegen eine Steuersenkung. Offenbar ist es sehr verwerflich, den Leuten, die das Geld reinbringen, ein wenig entgegenzukommen. Zudem sind die SP und die Grünen auch die, die das Prinzip Weihnachtswahl erfunden haben. Seit sie an der Macht sind, wird überall ein wenig Geld ausgegeben, ohne vorher nachzufragen, wofür es eigentlich verwendet wird und es wird auch nicht wirklich kontrolliert, ob es effizient eingesetzt wird. Wir haben den Antrag gestellt, der Bevölkerung eine Variantenabstimmung zwischen einem linksgrünen Budget und einem freisinnigen Alternativvorschlag zu ermöglichen. Ich möchte aufzeigen, warum dies eine gute Möglichkeit wäre. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass alle Mitglieder dieses Stadtparlaments Anhängerinnen/Anhänger einer gut funktionierenden Demokratie sind. Ein zentrales Element in einer gut funktionierenden Demokratie ist, dass man den Wettbewerb von Ideen und auch von Argumenten zulässt und genau das ist es, was wir wollen: Einen Wettbewerb zwischen zwei Budgets, damit man sehen kann, wer die besseren Argumente hat und damit die Bevölkerung eine wirkliche Auswahl hat. Wir vom Freisinn und vom Jungfreisinn sind der Überzeugung, dass wir ein Superbudget haben und wir können das auch mit guten Argumenten begründen, wir haben also keine Angst vor dem Wettbewerb. Logischerweise halten wir auch der linksgrünen Seite zugute, dass sie vom Budget, das sie am Schluss verabschieden wird, überzeugt ist und dass auch sie gute Argumente hat, warum sie es so und nicht anders haben will. Wir sehen also keinen Grund, warum die linksalternative Seite den Wettbewerb fürchten sollte und fordern sie dazu auf, in einen fairen Wettbewerb zu treten, mit offenem Visier. Stellen wir die beiden Budgets einander gegenüber! Das wäre ein sehr grosser Vorteil für die Stadt Bern und es wäre wahrscheinlich ein Novum für Bern oder sogar für die Schweiz, wenn die Bevölkerung in einer Budgetabstimmung eine echte Alternative hätte. Bis anhin konnte das Volk das Budget nur annehmen oder ablehnen, aber das Problem bei einer Ablehnung ist, dass niemand so recht weiss, ob das Volk nun Steuersenkungen möchte oder Einsparungen oder Mehrausgaben oder was auch immer. Jetzt hätten wir eine Variante, die Mehrausgaben verlangt und eine andere, die Steuersenkungen will, verbunden mit gewissen Minderausgaben, die niemanden wirklich schmerzen. Wir sind der Meinung, die Stadt Bern könne mit diesem Vorschlag nur gewinnen.

Den Rückweisungsantrag der SVP werden wir unterstützen, aus der Überlegung heraus, dass der Gemeinderat so Zeit hätte, seine Hausaufgaben doch noch zu machen und über eine Steuersenkung nachzudenken. Nämlich er unsere Idee auf, so wäre es an Ihrer Seite, einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Die Fraktion GB/JA! wirft uns vor, wir nähmen unsere Verantwortung nicht wahr. Doch, wir nehmen unsere Verantwortung wahr, wir tragen nämlich Sorge zum Geld. Es ist klar, dass RGM lieber lieb sein will und in dem Fall ist es natürlich nicht schön, jemandem sagen zu müssen, es gebe kein Geld. Wir sind zwar nicht gerne böse, aber wenn es im Interesse der Finanzen sein muss, so sind wir halt böse. Die Schulden müssen verschwinden und so lange sie nicht verschwunden sind, darf es keine Mehrausgaben geben, sondern es sind höchstens budgetintern gewisse Umgewichtungen erlaubt. Und wenn die Schulden abgebaut sind, so sind nicht als erstes Mehrausgaben zu beschliessen, sondern in dem Fall kann man durchaus eine Steuersenkung vornehmen. Wenn es dann immer noch reicht für Mehrausgaben, so kann man sie vielleicht ins Auge fassen. Aber grundsätzlich sollte ein Gemeinwesen nie zuviel Geld haben, weil dieses Geld sonst ausgegeben wird und irgendwo versickert, ohne dass man etwas davon hat. In einer Hochkonjunktur müsste ein besseres Budget vorliegen als das, das wir jetzt vor uns haben. Es sieht, mit 25 Mio. Franken, nur etwas mehr als die obligate jährliche Schuldentrückzahlungstranche von 21 Mio. Franken vor, aber in Zeiten von Hochkonjunktur sollte es möglich sein, mindestens 30 Mio. Schulden zurückzuzahlen. Aus diesem Grund haben wir unseren Rückweisungsantrag gestellt. Wird er angenommen, resultieren Einsparungen von 8.5 Mio. Franken, was zusammen mit den vorgesehene 25 Mio. Franken 33 Mio. ergäbe, also etwa die Grössenordnung, die unserer Meinung nach in guten wirtschaftlichen Zeiten möglich sein sollte. So wie der Gemeinderat das Budget hier beantragt, kann ihm die SVP nicht zustimmen. Leider haben wir die grosse Befürchtung, dass es nach der Debatte noch viel schlimmer aussehen wird und wir ihm dann erst recht nicht zustimmen können.

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Ich danke der Verwaltung für das Budget. Es bedeutet immer einen grossen Aufwand und es wurde wie immer akribisch und präzise vorbereitet. Ein ausgeglichenes Budget ist ein Minimalziel für die Stadt. Wir erreichen dieses Minimalziel nur dank ewb und weil wir im Moment eine gute Konjunktur haben und sowohl die natürlichen wie auch die juristischen Personen in der Lage sind, Steuern zu bezahlen, wie es im langjährigen Durchschnitt nicht der Fall ist. Aus diesem Grund gibt es auf der Ausgabenseite und auch bei diesem Budget von unserer Seite her Vorbehalte. Ich möchte eine Zahl nennen: 1970 hatte Bern 160'000 Einwohnerinnen/Einwohner, 2007 waren wir noch 128'000. Alle Zentren in Europa wachsen, nur wir in der Stadt Bern haben eine starke Bevölkerungsabnahme, ausser im letzten Jahr, als es zum ersten Mal einen Stopp des Rückgangs gab. 1970 betragen die Ausgaben der Stadt 253 Mio. Franken, heute belaufen sie sich auf 1 Milliarde. Wenn wir die 253 Mio. Franken auf heutige Preise umrechnen, kommen wir auf 740 Mio, das heisst, die Stadt Bern erbringt heute 260 Mio. Franken mehr Aufwendungen als 1970, es gibt also einen Leistungsausbau. Das ist eine Entwicklung, die wir stoppen und sogar umkehren müssen, wenn wir verantwortungsvoll sind und wenn wir in die Zukunft schauen. Wir sind darum grundsätzlich für ein Einfrieren respektive einen Abbau des Ausgabenwachstums. Wir müssen auch sehen, dass auf der Einnahmenseite Gefahren bestehen. Die Stadt Bern ist Bundeshauptstadt, unser Steuereinkommen ist sehr stark von den öffentlich Bediensteten abhängig, die in Bern wohnen. Sie wissen, dass schon einmal Bestrebungen bestanden, die Verwaltung der Eidgenossenschaft zu dezentralisieren und bei swisscom und anderen Betrieben, die heute noch in Bern ansässig sind, wird sich die Frage stellen, ob sie weiterhin in der Stadt Bern Steuersitz haben oder nicht, wenn sie privatisiert werden, was ja zum Teil disku-

tiert wird. Wir müssen uns also im Klaren sein, dass wir auf der Einnahmenseite sehr einseitig sind. Das sind unsere Überlegungen zu diesem Budget und darum lehnen wir es ab. Ich möchte noch auf Giovanna Battaglieros Ausführungen zur Wohnbaupolitik der Stadt Bern antworten. Wenn sie wirklich so gut wäre, wie es dargestellt wurde, hätten wir bestimmt nicht einen Bevölkerungsrückgang von 160'000 auf 128'000. Und die leichte Korrektur, die wir jetzt im Wohnungsbau und in der Bevölkerungszahl haben, ist auf ein Projekt zurückzuführen, das 40 Jahre in der „Pipeline“ war und jetzt endlich realisiert wird. Und ich kann Ihnen sagen: Die Realisierung erfolgt nicht, weil die Stadt oder Rot-Grün einen Effort gemacht hat, sondern es waren Private, die Vorinvestitionen und sehr grosse Abschreibungen vorgenommen und es damit ermöglicht haben, dass man dort bauen kann.

Einzelvoten

Liselotte Lüscher (SP): Ich möchte eine etwas andere Sicht auf das Budget präsentieren und als ehemalige Präsidentin der NSB-Kommission etwas dazu sagen. Ich finde, so könne es nicht weitergehen. Ich war mehr oder weniger entsetzt, als ich die Anträge zum Budget 2009 sah und als ich sie hinsichtlich NSB-Konformität anschaute. Zum grossen Teil haben sie mit NSB nichts mehr zu tun. Dieser Rat hat vor mehreren Jahren mit grosser Mehrheit NSB beschlossen. Kernstück von NSB ist eine neue Rechnung und ein neues Budget. Inhalte und Finanzen werden offen verknüpft. Der Stadtrat steuert neu auf der Ebene Globalbudget und nicht mehr auf der Ebene von einzelnen Posten und inhaltlich über die Steuervorgaben. Er verändert die Nettokosten und nicht die Bruttokosten, weil in den Bruttokosten die Einnahmen enthalten sind. Das steht auch so in der Gemeinderordnung Artikel 139. Das hindert aber eine grosse Anzahl von Antragstellenden nicht, Bruttokosten zu kürzen. Zudem werden über Geld Produkte gestrichen, ohne Veränderung der Steuervorgaben. Und wie früher im NRM-Budget werden prozentuale Kürzungen beantragt. Alles Anträge, die nicht NSB-konform sind. Bei über hundert Anträgen werden Bruttokosten gekürzt. Eigentlich müsste überall, wo gekürzt wird, auch die Steuervorgabe verändert werden, aber das macht ohnehin niemand. Wir haben auch das Umgekehrte: Es werden Steuervorgaben verändert in den Anträgen, ohne dass das Budget bezüglich Geld verändert wird. Die chaotische Antragstellerei hat noch weitere absurde Folgen. Man streicht z.B. die Gleichstellungsstelle gleich zweimal, nämlich als Produkt und zudem noch bei den Zentralen Diensten, bei denen die Stelle gar nicht drin ist. Oder es werden Produktgruppen gekürzt und zusätzlich noch Produkte in den gleichen Produktgruppen. Auch dies sind wahrscheinlich doppelte Kürzungen. Es gibt prozentuale Kürzungen ohne den geringsten Hinweis darauf, wo die Kürzung erfolgen soll. Wenn man auf diese Weise langsam wieder ein NRM-Budget einführen will, bitte sehr, aber dann offen, mit einem Antrag auf Abschaffung von NSB und nicht auf diese mühsame und schleichende Art. Wenn man dies nicht will, so soll man sich darum bemühen, auf ein NSB-Budget mit NSB-konformen Anträgen zu reagieren. Ich finde, der Stadtrat sollte in Zukunft derartige NSB-fremde Anträge zurückweisen. In diesem Fall hätten wir heute über ungefähr zwei Dutzend Anträge zu befinden und nicht über 181.

Ernst Stauffer (ARP): Ich kann im Prinzip nichts anders sagen als was ich schon letztes Jahr gesagt habe. Es hat nichts Grundlegendes geändert, der Gemeinderat hat wiederum keine Steuersenkung vorgesehen. Es liegt aber ein Antrag der FDP vor, der eine Mini-Steuersenkung vorsieht. Was hier vorgeschlagen wird, ist zwar fast nur eine symbolische Senkung, aber es ist immerhin ein Anfang, der in die richtige Richtung geht. Dem stimme ich selbstverständlich zu. Es liegt auch noch ein Rückweisungsantrag der SVP vor, der echte Einsparungen fordert und auch diesem Antrag werde ich zustimmen. Wenn aber die rot-grünen Gemeinderäte in der BZ vom Dienstag zum Besten geben, 16 Jahre RGM habe Bern

gut getan, so kommt mir in den Sinn, dass Eigenruhm stinkt. Wenn das ihre Parteien auch so sehen, dass 16 Jahre RGM Bern gut getan haben, so haben wahrscheinlich die beiden vorhin erwähnten Anträge bei der rotgrünen Stadtratsmehrheit keine Chance. In der Zeitung „ch“, ebenfalls vom Dienstag, habe ich gelesen – und dabei gedacht, das sei typisch, wir stehen ja vor den Wahlen – dass der Stadtpräsident sagt, wenn die restlichen 120 Mio. Franken Schulden abgebaut seien, sei man bereit, über Steuersenkungen für tiefere und mittlere Einkommen zu diskutieren. Das hat er versprochen. Ich stelle fest: Man kann diese Schulden abzahlen und die Steuern trotzdem senken, wenn man die Ausgaben drosselt und erst recht, wenn man den Sparvorschlägen zustimmt. Sogar sonst, ich sage Ihnen am Schluss noch einmal warum, auch wenn es nichts nützt, wenn ich Ihnen das erkläre.

Fakten will ich vor den Wahlen sehen und nicht nur Versprechungen. Nach den Wahlen heisst es dann, und es wäre nicht das erste Mal, dass ich derartige Sprüche hören müsste, das sei schon möglich, dass man so etwas in Aussicht gestellt habe, aber jetzt habe man eine andere Situation. Oder was ich persönlich schon schriftlich erhalten habe: Das habe damals schon gestimmt, was der Gemeinderat versprochen oder gesagt habe, aber heute sei die finanzielle Situation eben anders.

Ein anderes Thema. „Wir müssen noch mehr hochwertigen Wohnraum schaffen.“ Jawohl, aber in diesem Fall muss die finanzielle Situation auch stimmen, das sagt selbst unser Steuerverwalter. Das heisst eben, wie ich schon erwähnt habe, der Steuerfuss muss stimmen und jetzt höre ich immer wieder, die Steuern spielten keine Rolle. Das ist nur bei dem Fünftel der Steuerpflichtigen der Fall, die keine Steuern bezahlen können oder müssen, weil sie ein zu geringes Einkommen haben. Tiefe Steuern bringen gute Steuerzahler und sie bringen Geld in die Stadtkasse. Das habe ich schon mehr als einmal vorgerechnet. Und wenn Sie das nicht glauben, gehen Sie in Niederönz fragen. Je mehr dort die Steuern gesenkt wurden, desto mehr gute Steuerzahler haben sich angesiedelt. Glauben Sie mir doch. Aber wem nicht zu raten ist, ist auch nicht zu helfen.

Beat Gubser (EDU): Zum Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/JSVP: Das ausgeglichene Budget weist bei einem Aufwand und Ertrag von 987.6 Mio. Franken Neuausgaben von 11.3 Mio. Franken aus. Die SVP verlangt eine Kürzung um 8.6 Mio. Franken, was die Neuausgaben auf 2.7 Mio. Franken senken würde. Die EDU ist der Ansicht, dass Neuausgaben nur in begründeten Ausnahmefällen getätigt werden sollen, in dem Sinn unterstützen wir den Rückweisungsantrag.

Zum Antrag der Fraktion FDP zur Senkung der Steueranlage: Mittelfristig ist eine Steuersenkung auch für die EDU ein Ziel. Als erstes sollen jedoch die Schulden abgebaut werden. Das könnte ich mir als Legislaturziel für den neuen Gemeinderat vorstellen. Wenn wir bis Ende 2012 keine Schulden mehr haben, können wir 2013 die Steuern senken. Die EDU lehnt den Steuersenkungsantrag ab.

Zum Eventualantrag der Fraktion FDP für eine Variantenabstimmung: Die EDU unterstützt diesen Antrag, da Volksabstimmungen vielleicht die einzige Möglichkeit sind, um die Ausgaben substantiell zu senken, und weil so das Volk letztlich entscheiden kann, welche Variante es will.

Zum Antrag Beuchat: Eine Senkung der budgetierten Steuereinnahmen um 10% würde für 2008 und 2009 je ca. 40 Mio. Franken ausmachen. Die erwarteten Erträge liegen 30 respektive 20 Mio. Franken unter der Rechnung von 2007. Wie sie sich effektiv entwickeln werden, kann ich nicht beurteilen, ich werde mich deshalb der Stimme enthalten. In diesem Zusammenhang scheint es mir aber wichtig, dass die Steueranlage nicht gesenkt und die Ausgaben noch gekürzt werden. Ob die EDU das Budget annimmt oder ablehnt, wird nach der Detailberatung entschieden.

Henri-Charles Beuchat (CVP): Für mich ist klar, dass eine objektive Diskussion über das Budget in der Stadt Bern nicht mehr möglich ist. Die Budgetdebatte im Parlament sollte für mich eigentlich dazu dienen, Akzente zu setzen, sowohl nach oben wie nach unten bei den Budgetposten. Zum Budget habe ich eine Kurzformel: Die Einnahmen sind für mich zu optimistisch budgetiert und bei den Ausgaben ist kein Sparwille zu erkennen, und das *Nota bene* vor dem Hintergrund einer Pressemitteilung des Gemeinderats von heute, dass ein längst fälliger Primatwechsel in der Personalvorsorgekasse ausgeschlossen sei, weil kein Geld vorhanden ist. Wer mehr Kuchen verteilen will, muss zuerst die Mittel verteilen, um den Kuchen grösser zu machen. Die GFL zeichnet ein sehr optimistisches Bild der Wirtschaft. Die Realität, und das kann ich sehr gut beurteilen, denn ich habe tagtäglich mit Unternehmungen wie auch mit Konsumentinnen und Konsumenten zu tun, sieht schon seit einem halben Jahr nicht mehr so aus. Die Anträge Nr. 57 und 97 hat die CVP zurückgezogen.

Reto Nause (CVP): Um zu wissen, wie gut oder wie schlecht das Budget ist, muss man Vergleiche anstellen, und zwar aus der Optik der direkt Betroffenen. Ich mache ein Beispiel aus der Optik eines verheirateten Paares mit zwei Kindern und einem steuerbaren Einkommen von 40'000 Franken. In Bern bezahlt diese Familie 6'421 Franken Steuern. In Lausanne bezahlt sie 2'500 Franken weniger, in Neuenburg 2'800 Franken weniger, in Zürich 4'000 Franken weniger, in Aarau 4'400 Franken weniger und in Genf über 6'000 Franken weniger. Diese Differenzen ergeben sich nicht etwa nur durch unsere hohen Kantonssteuern, sondern auch durch die Gemeindesteuern. Fazit ist also: Wir in Bern ziehen den Familien das Geld aus der Tasche. Selbst bei tiefen Einkommen sind wir unsozial hoch, was die Steuerbelastung angeht, bei hohen Einkommen sind die Differenzen horrend. Ich frage Sie: Ist unsere Lebensqualität, sind unsere staatlichen Dienstleistungen tatsächlich für 6'000 Franken jährlich besser als am Genfersee? Oder erbringen wir unsere Leistungen zu einem viel zu hohen Preis, im Vergleich zu anderen Städten? Ich meine, das ist die richtige und stringente Begründung. Darum nehmen wir den Antrag der FDP auf eine Steuersenkung selbstverständlich an.

Dieter Beyeler (SD): Was wir wollen ist ganz klar nichts anderes als die längst notwendige Steuersenkung. Nicht ohne Grund ist die Stadt Bern als Steuerhölle bekannt. Es ist höchste Zeit, dass wir von dieser negativen Tatsache wegkommen. Bern muss endlich steuerfreundlich werden für Bürger und Gewerbe. Nur so generieren wir den Zuzug von finanzkräftigen neuen Mitbewohnern und von Gewerbe. Unter RGM mussten die Bürgerinnen und Bürger zu viele Steuern bezahlen, jetzt ist es höchste Zeit, ihnen dies in Form einer Steuersenkung zurückzugeben. Das will aber RGM nicht, sondern strebt an, weiter nach Möglichkeiten zu suchen um Geld, das ihnen gar nicht gehört, für Projekte auszugeben, die Bürgerinnen und Bürger gar nicht wollen, insbesondere die finanzielle Minderheitenverhätschelung in ihrer vielfachen Form. Die Schweizer Demokraten werden allen Senkungsanträgen zustimmen.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Ich möchte als erstes meinen Dank aussprechen an alle Beteiligten, die am vorliegenden Budget mitgewirkt haben. Das ist primär die Verwaltung, insbesondere die Finanzverwaltung, das sind aber selbstverständlich auch meine Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich möchte auch den vorberatenden Kommissionen, insbesondere der BAK, für die Diskussionen und für die Prüfung der Vorlage danken. Ich kann es in einem Satz vorneweg nehmen und es wird Sie nicht erstaunen: Der Gemeinderat hält an seinem Budget 2009 fest. Es gibt eine Ausnahme, Antrag Nr. 5 der Fraktion GFL/EVP: Der Gemeinderat ist auch der Meinung, Ende Jahr könnte mit der Dossierprüfung aufgehört werden und wenn der Rat uns heute diesen Auftrag erteilt, so werden wir ihn bestimmt annehmen. Wir bewegen uns mit grossen Schritten in Richtung Milliardenbudget. Bei einem Vergleich mit dem Kanton stellen wir fest, dass dieser das entsprechend höhere Budget in x-facher Form

hat und wir in Relation praktisch mit ihm deckungsgleich sind. Das Budget 2009 konnte dank Steuerermehreinnahmen von 15 Mio. Franken und dank der Fortführung des 11. Haushaltverbesserungsmassnahmenpakets ausgeglichen gestaltet werden. Zudem bauen wir 2009, wenn das Finanzmoratorium nicht mehr besteht, den Finanzfehlbetrag weiter ab. Es ist sicher richtig, dass wir genau die 25 Mio. Franken, die wir aus den ewb-Reserven auflösen konnten, für diesen Abbau verwenden. Der BAK-Sprecher hat dargelegt, dass die Erhöhung der Miet- und Nebenkosten und die Rückzahlung von StaBe ein Nullsummenspiel ist und in diesem Sinn können wir auch festhalten, dass Einnahmen und Ausgaben sich die Waage halten.

Einnahmen im Voranschlag bestehen praktisch zur Hälfte aus Steuereinnahmen, dazu kommen Rückerstattungen von Bund, Kanton und Gemeinden sowie Gebühren, Verkäufe und übrige Einnahmen. Zum budgetierten Steuerertrag ist zu sagen, dass die Erträge der natürlichen Personen leicht steigen und dass wir auch bei den juristischen Personen nach wie vor von einer leichten Steigerung ausgehen. Beim Aufwand geht der grösste Anteil in die Bildung, gefolgt vom Verkehr, der Kultur und Freizeit, der sozialen Wohlfahrt und der öffentlichen Sicherheit. Der Gemeinderat hat im Budget 2009 bewusst nach seinem schwergewichtigen Bereich einen Leistungsausbau vorgeschlagen und stellt dort, konkret im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung, in den Beschäftigungs- und Integrationsangeboten, aber auch bei den Tagesschulangeboten, das bereit, was der Markt erwartet. Die Teuerung ist mit 2.5% ebenfalls enthalten, in Bezug auf die Personalkosten. Der positive Aspekt im vorliegenden Budget ist für den Gemeinderat, dass es ausgeglichen ist, dass wir höhere Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag vornehmen können, dass wir leicht wachsende Steuererträge haben und dass ein höherer Cash Flow es uns ermöglicht, unsere höheren Investitionen selber zu finanzieren. Das Ausgabenwachstum liegt ungefähr im Rahmen der Teuerung, das ist üblich und normal, der Gemeinderat hat aber, wie ich vorhin ausgeführt habe, dort wo es ihm wichtig ist, auch Schwerpunkte gesetzt und einen leichten Ausbau vorgenommen.

Es ist klar, dass bei diesem engen Budget bereits eine leichte Abschwächung der Konjunktur zu Ertragsausfällen führt und bei einer Abschwächung der Konjunktur ist es sehr schwierig, etwelche Einnahmehausfälle im Budget zu kompensieren. Der budgetierte Steuerertrag basiert auf sehr seriösen Prognosen der Steuerverwaltung und auch auf Erfahrungswerten. Ich sehe im Moment keinen Grund, von diesen Prognosen abzuweichen, weil sie auch deckungsgleich den Planungshilfen des Kantons entsprechen. Wir sind uns bewusst, dass bei dieser hohen Summe auch kleine Abweichungen grosse Auswirkungen haben werden. Sehr schwierig sind die Prognosen bei den Steuerteilungen, die ja der Grund waren für die Schwierigkeiten, die grossen Abweichungen beim Jahresabschluss zu erklären. Wir sind der Meinung, der Kanton habe bei der Steuerteilung seine Rückstände zum grössten Teil aufgearbeitet. Wir können also 2009 nicht damit rechnen, dass es noch einmal sein wird wie 2007 und wir dort grosse Schwankungen haben werden. Erlauben Sie mir ein paar Repliken zu den Voten. An den Sprecher des GB: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Sparprogramme in der Vergangenheit nötig waren. Ohne sie stünden wir nicht da, wo wir heute stehen und es wäre falsch, beim ersten Silberstreifen am Horizont die aus dem Haushaltpaket beschlossenen Massnahmen rückgängig zu machen. Neben dem Gemeinderat und der Verwaltung muss auch das Parlament diese Budgetdisziplin wahren. Zur Forderung der SP von 3% Teuerungsausgleich für das Personal: Der Gemeinderat wird den Indexstand analysieren und dann die Teuerung mit den Sozialpartnern diskutieren und verhandeln. Wir haben die 2.5% im Budget eingeschlossen und im November werden wir sehen, wo der Index steht. Auch der Gemeinderat, dies an die Adresse der SVP, möchte den Bevölkerungsschwund stoppen. Wir haben 2008 den Turnaround geschafft, unser Ziel ist ganz klar ein Wachstum in Richtung 140'000 Einwohnende. Ich möchte ganz speziell der Sprecherin Liselotte Lüscher danken betreffend NSB-Konformität der vorliegenden Anträge. Sie hat damit der Finanzdirektorin aus dem Herzen gesprochen. Zu Herrn Stauffer: Die Steuern für tiefere und mittlere Einkommen zu sen-

ken, liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderats, dafür braucht es eine Änderung des kantonalen Steuergesetzes. Was wir im Gemeinderat machen können ist, die Steueranlage zu senken und die gilt für alle Einkommenskategorien.

Zusammengefasst: Der Gemeinderat hält an seinem Budgetantrag fest und lehnt mit einer Ausnahme alle Änderungsanträge ab. Er wird in der Detailberatung im Normalfall auf eine Stellungnahme verzichten, wenn nötig wird aber das jeweils zuständige Gemeinderatsmitglied zu einzelnen Anträgen Stellung nehmen. In Einzelfällen werden wir auch Anträgen zu Steuerungsgrössen und Kennzahlen zustimmen. Zum Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/JSVP: Der Gemeinderat lehnt den Rückweisungsantrag ab. Das Budget 2009 ist seriös erarbeitet worden. Es enthält einen gewissen Leistungsausbau, das habe ich ausgeführt, aber es setzt die am Runden Tisch 2007 beschlossenen Sparmassnahmen weitestgehend fort.

Ich habe heute, das wurde bereits erwähnt, die Medien über das erstmalige Rating der Stadt Bern durch die internationale Rating-Agentur Moody's informieren können. Die Stadt Bern hat ein Rating von Aa2, das ist das drittbeste mögliche Resultat, vor uns liegt nur die Stadt Zürich, einmal mehr, und hinter uns liegen alle anderen Städte und Kantone. Das Rating attestiert uns eine sehr umsichtige Haushaltsführung und Schuldensanierung. In den letzten Jahren, so aus dem Ratingbericht von Moody's, sei die Haushaltlage von einer soliden Performance geprägt gewesen und die Stadtverwaltung habe die laufenden Ausgaben nahezu konstant halten können, was auch die treibende Kraft für die positive Entwicklung sei. In diesem Sinn bittet der Gemeinderat, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Der Antrag Beuchat will die Steuern für juristische Personen um 11.7 Mio. Franken tiefer budgetieren. Dieser Antrag hat nichts mit der Steueranlage zu tun und ist darum nicht entsprechend konform gestellt, der Gemeinderat lehnt ihn ab.

Und schliesslich noch zum Eventualantrag der Fraktion FDP zur Variantenabstimmung: Der Gemeinderat beantragt Ihnen, diesen Antrag erst am Schluss der Detailbehandlung zu behandeln.

Rückweisungsantrag Fraktion SVP/JSVP

Das Budget ist an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dem Stadtrat ein überarbeitetes Budget zu beantragen, das einen Aufwand von 979 Millionen Franken nicht übersteigt.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der SVP ab (26 Ja, 38 Nein).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Henri-Charles Beuchat, Dieter Beyeler, Manfred Blaser, Dolores Dana, Bernhard Eicher, Anastasia Falkner, Rudolf Friedli, Jacqueline Gafner Wasem, Simon Glauser, Beat Gubser, Ueli Haudenschild, Erich J. Hess, Mario Imhof, Roland Jakob, Dannie Jost, Edith Leibundgut, Robert Meyer, Philippe Müller, Reto Nause, Pascal Rub, Yves Seydoux, Ernst Stauffer, Christoph Zimmerli,

Mit Nein stimmen: Cristina Anliker-Mansour, Giovanna Battagliero, Christof Berger, Margrith Beyeler-Graf, Lea Bill, Conradin Conzetti, Susanne Elsener, Andreas Flückiger, Urs Frieden, Verena Furrer-Lehmann, Karin Gasser, Guglielmo Grossi, Beni Hirt, Stefan Jordi, Ruedi Keller, Peter Künzler, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Anna Magdalena Linder, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Daniela Lutz-Beck, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Christine Michel, Patrizia Mordini, Erik Mozsa, Stéphanie Penher, Hasim Sancar, Emine Sariaslan, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Hasim Sönmez, Barbara Streit-Stettler, Luzius Theiler, Gisela Vollmer, Rolf Zbinden, Beat Zobrist

Enthaltungen: --

Abwesend: Michael Aebersold, Rania Bahnan Buechi, Peter Bühler, Karin Feuz-Ramseyer, Thomas Göttin, Natalie Imboden, Ueli Jaisli, Markus Kiener, Andreas Krummen, Nadia Omar, Beat Schori, Ueli Stückelberger, Martin Trachsel, Anne Wegmüller, Thomas Weil.

Schluss der Sitzung: 15.15 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Andreas Zysset*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 16.15 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Andreas Zysset

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Cristina Anliker-Mansour
 Rania Bahnan Buechi
 Thomas Balmer
 Giovanna Battagliero
 Christof Berger
 Peter Bernasconi
 Henri-Charles Beuchat
 Dieter Beyeler
 Margrith Beyeler-Graf
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Peter Bühler
 Conradin Conzetti
 Dolores Dana
 Bernhard Eicher
 Susanne Elsener
 Anastasia Falkner
 Karin Feuz-Ramseyer
 Andreas Flückiger
 Urs Frieden
 Rudolf Friedli
 Verena Furrer-Lehmann
 Jacqueline Gafner Wasem
 Karin Gasser

Simon Glauser
 Thomas Göttin
 Guglielmo Grossi
 Beat Gubser
 Ueli Haudenschild
 Erich J. Hess
 Beni Hirt
 Mario Imhof
 Ueli Jaisli
 Roland Jakob
 Stefan Jordi
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Peter Künzler
 Claudia Kuster
 Annette Lehmann
 Edith Leibundgut
 Anna Magdalena Linder
 Liselotte Lüscher
 Markus Lüthi
 Daniela Lutz-Beck
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu
 Robert Meyer
 Christine Michel

Patrizia Mordini
 Erik Mozsa
 Philippe Müller
 Reto Nause
 Nadia Omar
 Stéphanie Penher
 Pascal Rub
 Hasim Sancar
 Emine Sariaslan
 Beat Schori
 Rolf Schuler
 Miriam Schwarz
 Yves Seydoux
 Hasim Sönmez
 Ernst Stauffer
 Barbara Streit-Stettler
 Ueli Stückelberger
 Luzius Theiler
 Martin Trachsel
 Gisela Vollmer
 Thomas Weil
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Michael Aebersold
 Natalie Imboden

Markus Kiener
 Andreas Krummen

Anne Wegmüller

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Barbara Hayoz FPI

Edith Olibet BSS

Entschuldigt

Stephan Hügli-Schaad SUE

Regula Rytz TVS

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
 Annemarie Masswadeh und
 Ursina Wälchli, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
 Umut Akdas, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

Mitteilung des Präsidenten

Der *Vorsitzende*: Es liegt ein Ordnungsantrag vor von Charles-Henri Beuchat. Er verlangt, dass wir in der Sitzung vom 18. September eine Diskussion führen im Zusammenhang mit dem Vorfall vor der Reithalle vom 29. August. Ich habe mit ihm abgesprochen, dass, Zustimmung des Rats vorausgesetzt, die Diskussion in jedem Fall nach Abschluss der Budgetdebatte stattfindet.

Charles-Henri Beuchat (CVP): Der Vorfall vor der Reithalle mit einem Todesopfer ist für mich ein Anlass zu fordern, dass wir darüber sprechen. Wir haben ausserdem widersprüchliche Angaben von den Betreibern der Reitschule, vom Polizeidirektor und von der Kantonspolizei. Ziel ist nicht eine Grundsatzdebatte über Sicherheit, aber mit diesem Todesopfer ist eine Eskalationsstufe erreicht, die wir bisher noch nie gesehen haben und ich meine, das rechtfertigt, dass wir darüber diskutieren. Das Wort „Parlament“ kommt ja von „Reden, Diskutieren“. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat lehnt den Antrag Beuchat ab (20 Ja, 35 Nein).

- 2 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2009**
- **Stabe Budget 2009 (Kenntnisnahme)**
 - **Antrag Gemeinderat: Ziff. 9., Seite 24 PGB 2009 (Genehmigung)**
 - **Abstimmungsbotschaft)**

Sämtliche Beschlüsse zum Produktegruppen-Budget 2009 erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten finden sich im Anhang.

Mitteilungen des Präsidenten

Der *Vorsitzende*: In der Pause wurde eine Diskussion zum weiteren Vorgehen geführt, mit dem Ergebnis, dass als erstes über den Eventualantrag FDP zur Variantenabstimmung befunden werden soll. Bei einer allfälligen Annahme würden gewisse Anträge zurückgezogen.

Erklärungen zur Variantenabstimmung FDP

Erich J. Hess (JVSP): Die Fraktion SVP/JSVP ist bereit, alle Anträge bis auf zehn zurückzuziehen, wenn der Eventualantrag der FDP angenommen wird.

Peter Künzler (GFL): Ich möchte mich kurz inhaltlich zum Thema Variantenabstimmung äussern, und zwar für alle RGM-Parteien. Es gibt demnächst eine grosse Variantenabstimmung, sie nennt sich Wahlen. Es ist das Recht und die Pflicht der Leute, die im Stadtrat die Mehrheit haben, das Budget zu bestimmen. Wenn das Volk in der Stadt Bern damit nicht zufrieden ist, soll es die Regierung auswechseln. Also, Sie haben Ihre Variantenabstimmung, ich wünsche uns allen dazu alles Gute. Die vorliegende Variantenabstimmung werden wir ablehnen.

Pascal Rub (FDP): Dass wir es hier mit diesem Antrag nicht leicht haben, haben wir erwartet, dass Sie es uns aber so leicht macht, haben wir nicht erwartet. Bernhard Eicher hat es im Eingangsvotum gesagt: Es wäre ein Einfaches, den Wettbewerb der Ideen spielen zu lassen und dem Volk eine Auswahl vorzulegen. Heute steht nur Ja und Nein zur Auswahl. Ein Nein

zu einem Budget hatten wir einige Male in dieser Stadt, Sie wissen, was dabei herauskommt, das hilft niemandem. Sie wissen, dass wir das Budget werden bekämpfen müssen. Nachdem wir alle Sparanstrengungen der letzten Jahre zunichte machen und das Budget noch einmal aufblähen werden, bleibt uns nichts anderes übrig. Wir hatten einen Moment gehofft, dass wir mit einem konstruktiven Vorschlag die Diskussion, die wir offenbar in diesem Saal nicht führen können, dem Volk in einer einfachen Form schmackhaft machen könnten und dass es effektiv eine Möglichkeit gäbe, das Zeichen an die Steuerzahlenden zu wählen, das Zeichen, um die steuerkräftigen Leute in die Stadt zurückzuholen. Dass es nicht mehr als ein Zeichen und ein Symbol ist, haben wir heute schon einmal gehört. Dass Sie sich dem ganz verschliessen, ist enttäuschend, ich bitte Sie, noch einmal darüber nachzudenken.

Erich J. Hess (JSVP): Ich bin erstaunt über das Votum von Peter Künzler. Warum legen wir das Budget denn überhaupt dem Volk vor, wenn wir sagen, es solle nichts dazu sagen können? Das verstehe ich ganz und gar nicht. Die Variantenabstimmung wäre eine gute Sache. Und glauben Sie mir, wir werden die Anträge, die wir gestellt haben, argumentieren; wir werden eine sehr lange Sitzung haben, wenn Sie dem Antrag der FDP nicht zustimmen.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Eine Entgegnung auf das Votum der GFL: Es sei richtig, mit einem Budget vor das Volk zu gehen, zu dem es nur Ja oder Nein sagen kann. Man habe es ja in der Hand, bei den nächsten Wahlen die Regierung zu wechseln, das sei der Weg, um über eine Budgetvariante bestimmen zu können. Das ist ein absolut undemokratisches Argument und ich bin erstaunt, dass es so geäußert werden kann. Herr Künzler, wir haben nicht eine indirekte Demokratie, in der nur das Parlament bestimmt, sondern wir haben eine direkte Demokratie und damit ist die Zuständigkeit für das Budget tatsächlich beim Volk. Was hier von der GFL gesagt wurde, wurde gehört.

Rudolf Friedli (SVP): Offenbar hat RGM furchtbare Angst vor dem Volk. Nur so ist zu erklären, dass sie ihm nur ein einziges Budget vorlegen will. Lügen zwei Budgets vor, würde das Volk merken, dass das Budget von RGM überhaupt nicht taugt, dass das Budget der Bürgerlichen das gute Budget ist und damit das, das man annehmen muss. Und das soll auf Teufel komm raus verhindert werden, indem man dem Volk einzig das RGM-Budget vorlegt, das nur eine halbe Sache ist.

Simon Glauser (SVP): Das ist es eben, wenn man in dieser Stadt die Bedeutung von „Mehrheit“ und von „Macht“ verwechselt. Giovanna Battagliero hat es gesagt, „Wir werden noch lange an der Macht sein“. Was hier betrieben wird, mit dieser Äusserung und der von Peter Künzler, ist Machtpolitik. Ich habe grosse Mühe mit der saloppen Art und Weise, mit der die Variantenabstimmung abgetan wird. Es geht hier um Mehrheiten und Minderheiten und solange wir hier im Rat eine Minderheit sind, werden wir zu diesem Budget Anträge einreichen, von denen wir ganz klar der Meinung sind, sie seien gerechtfertigt. Man macht unsere Anträge wieder lächerlich und stellt sie als unprofessionell dar, weil man keine anderen Argumente hat und weil man nicht über das Sparen diskutieren will. Wir haben diese Anträge zum Teil in den Kommissionen eingebracht, bringen sie zum Teil schon seit Jahren ein. Gewisse Ratsmitglieder haben in gewissen Kommissionen gewisse Anträge vorgebracht, aber man wollte sie dort nicht diskutieren und darum bringen wir sie jetzt hier. Ich muss auch festhalten, dass die Anträge termingerecht am 3. September eingereicht worden sind und bitte Sie, sie entsprechend ernst zu nehmen.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz:* Ich werde mich nicht inhaltlich in die Diskussion einmischen, sondern nur wiederholen, was der Gemeinderat beantragt. Vielleicht entspannt sich die De-

batte dadurch etwas. Der Gemeinderat beantragt, dass über den Eventualantrag FDP für eine Variantenabstimmung erst am Schluss der Detailberatung diskutiert und abgestimmt wird. Wir hoffen, dass der Rat unserem Antrag folgen kann.

Antrag aus dem Rat

Über den Eventualantrag der Fraktion FDP soll vor der Detailberatung abgestimmt werden.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag aus dem Rat zu (57 Ja, 5 Nein).

Eventualantrag Fraktion FDP

Falls die Anträge der Fraktion FDP zur Detailberatung nicht angenommen werden, resp. falls keine Sparbemühungen im Mindestumfang von CHF 11 Mio. sowie eine Steuersenkung von 1.54 auf 1.49 angenommen werden, soll bei der Schlussabstimmung des Stadtrates eine Variantenabstimmung zuhanden der Bevölkerung beschlossen werden. Dem bereinigten Stadtratsbudget ist das FDP-Budget gemäss Beilage gegenüberzustellen.

Sämtliche Beschlüsse zum Produktegruppen-Budget 2009 erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten finden sich im Anhang.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag ab (24 Ja, 37 Nein). Abst.-Nr. 027

Detailberatung

Gemeinde und Behörden GuB

Referentin SBK *Miriam Schwarz* (SP): Die SBK hat das Budget von Präsidialdirektion (PRD) und GuB an ihrer Sitzung vom 15. August 2008 beraten. Im Namen der SBK danke ich der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und für die Beantwortung unserer zahlreichen Fragen. Die Delegationsbesuche verliefen sehr zufrieden stellend, alle Fragen konnten beantwortet werden. Es wurde festgestellt, dass sich das Budget der GuB wie auch der PRD im bisherigen Rahmen bewegen. Im GuB-Budget gibt es keine korrigierenden und auch keine finanzrelevanten Anträge. Die Kommission hat dem Produktegruppen-Budget einstimmig zugestimmt und beantragt dem Stadtrat das Produktegruppen-Budget der GuB zur Annahme. Einen Antrag aus der SBK zum Produktegruppen-Budget der PRD werde ich zu gegebenem Zeitpunkt vorbringen.

- | | | | |
|----|-------------|-----------------|--|
| 1. | S. 50; | Antrag Fraktion | Kürzung der Bruttokosten um Fr. |
| | Gemeinderat | (030) SVP/JSVP | 338'669.85 auf Fr. 1.8 Mio. zulasten |
| | | | P 030010 Gemeinderat |

Erich J. Hess (JSVP): Wir beginnen also damit, unsere Anträge zu begründen und das kann sich in die Länge ziehen. Ich bin ganz klar der Meinung, dass der Gemeinderat zuwenig Leistung erbringt und dass er eine schlechte Leistung erbringt und darum sind wir der Meinung, der Budgetposten zum Gemeinderat lasse sich gut ein wenig kürzen. Es kommt dazu, dass dem Gemeinderat im Prinzip gesamthaft 1 Mio. Franken Lohn zustünde, d.h. nach der Volksinitiative „200'000 Franken sind genug“ stünden ihm pro Person nur noch 200'000 Franken zu,

nach Adam Riese ergibt dies, mal fünf gerechnet, 1 Mio. Franken. Vielleicht hat er noch gewisse Spesen und Nebenkosten, darum haben wir etwas mehr stehen lassen.

Die Stadt ist in einem ruinösen Zustand, viele Geschäfte verlassen die Stadt, wir haben überall eine grosse Sauerei, zu der niemand so recht schaut, wir haben ein Chaos beim Sozialdepartement. Niemand hat sein Departement zu 100% im Griff hat und darum ist es aus unserer Sicht nötig, dass wir die Spesen des Gemeinderats etwas zurückschrauben. Wir werden bei den Wahlen sehen, wie der Einsatz des Gemeinderates vom Stimmvolk beurteilt wird. Die Rot-Grünen werden, wenn man ihnen glauben will, die Wahlen wieder gewinnen. Wenn sie tatsächlich gewinnen, sollten sie sich ein wenig mehr bemühen, damit wir diesen Budgetposten im kommenden Jahr wieder um zwei oder drei Franken erhöhen können. Es ist klar, dass nicht jeder und jede im Gemeinderat die gleiche Leistung gibt. Die einen machen etwas mehr und die anderen etwas weniger, manche geben sich etwas mehr Mühe und andere etwas weniger. Aber grundsätzlich ist es so, dass 200'000 Franken reichen für den Gemeinderat. Ich beginne mich langsam zu wiederholen, aber das ist ja egal, ich argumentiere die vollen fünf Minuten, die ich zur Verfügung habe. Ich könnte vielleicht dem Gemeinderat noch ein paar Vorschläge machen, wo er ganz bestimmt für Ordnung sorgen müsste. Das wäre z.B. rund um die Reitschule. Wenn er dort nächstes Jahr für Ordnung sorgen würde, so könnten wir im nächsten Budget auch den Gemeinderatskredit wieder um ein paar Franken erhöhen. Weiter sollte er dem Parlament endlich einmal eine Vorlage für ein Bettelverbot vorlegen, so dass das Parlament nachher auch davon überzeugt ist, ein solches Verbot einzubringen. Es braucht in Zukunft viel Engagement des Gemeinderats, das ist auch bei den Steuerflüchtlingen der Fall. Viele Geschäfte verlassen die Stadt und dafür hat der Gemeinderat die Oberverantwortung. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen, denn es ist wichtig, dass wir wirklich überall sparen, auch beim Gemeinderat. Das ist dasselbe wie in einer Unternehmung, auch dort zahlt man den Chefs, wenn das Geschäft nicht so gut läuft, etwas weniger Boni aus. Wir sind hoch verschuldet, wir müssten aus meiner Sicht sehr viel mehr Schulden zurückzahlen, das heisst die Altlasten innert kürzester Zeit abbauen und damit haben wir gar kein Geld, um dem Gemeinderat derart hohe Summen auszus zahlen und darum bitte ich Sie, dem Kürzungsantrag von 338'669.85 Franken zuzustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 ab (9 Ja, 39 Nein, 11 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 028*

Die Anträge 2 und 3 werden gemeinsam behandelt.

- | | | | |
|----|------------------------------|-----------------------------|--|
| 2. | S. 53; Stadtkanzlei
(040) | Antrag Fraktion
FDP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 170'500.00
auf Fr. 1'154'965.90
zulasten PG 040200 Stadtarchiv |
| 3. | S. 53; Stadtkanzlei
(040) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Kürzung der Bruttokosten um Fr.
233'837.00 auf Fr. 1.1 Mio
zulasten PG 040200 Stadtarchiv |

Pascal Rub (FDP): Wir beantragen in Antrag 2, das Budget des Stadtarchivs um 170'500 Franken zu reduzieren. Dieser Betrag entspricht der Summe, die im Budget für den Umzug des Archivs in den Kubus eingesetzt wurde. Wenn jede Direktion und jede Abteilung in der Stadt ihre Umzugskosten auf das Budget schlagen würde, so hätten wir bald keine Übersicht mehr. Es ist auch nicht üblich, dass es so gemacht wird. Dazu möchte ich als Beispiel das Konservatorium erwähnen, das nächstes Jahr umgebaut wird. Es geht in ein Provisorium und kommt dann wieder zurück, es fallen also Umzugskosten an und es fallen Provisoriumskosten an und selbstverständlich sind diese Kosten innerhalb des Globalbudgets kompensiert wor-

den. Wir möchten, dass es auch im Fall des Stadtarchivs so gehandhabt wird und bitten Sie, die Erhöhung des Budgets 2009 um diese Umzugskosten rückgängig zu machen.

Erich J. Hess (JSVP): Ich bitte darum, nicht dem Kürzungsantrag der FDP zuzustimmen, sondern Antrag 3, dem Kürzungsantrag der Fraktion SVP/JSVP. Der Kürzungsantrag der FDP verlangt eine Kürzung um 170'500 Franken, wir verlangen eine Kürzung um 233'837 Franken auf 1.1 Mio. Franken. Wir sind ganz klar der Meinung, dass man in dieser Stadt das Archivieren auch sehr viel günstiger machen kann. Wegen der paar Blättchen, die man in dieses Archiv bringen muss, braucht es meiner Treu nicht gleich so viel Geld. Man kann durch effizienteres Arbeiten und durch das Nutzen von Synergien in der ganzen Verwaltung Einsparungen erzielen. Es wird in vielen Abteilungen dasselbe gemacht und das könnte man zusammenlegen. So ist es auch beim Stadtarchiv. Man müsste dort vielleicht auch etwas Prioritäten setzen, das heisst man muss nicht alles Unnötige archivieren, sondern gewisse Sachen müsste man wahrscheinlich gleich im grossen runden Kübel versorgen. Wir sind der Meinung, 1.1 Mio. Franken sollten ganz klar reichen für das Stadtarchiv. Man müsste vielleicht gewisse Stellen abbauen oder prüfen, ob man die Räumlichkeiten etwas schmälern könnte. Es gibt verschiedene Varianten, wie Einsparungen möglich wären. Aber wie und wo diese Einsparungen gemacht werden, überlassen wir natürlich dem Gemeinderat und der Verwaltung, wir verlangen einfach, dass die Kürzung vorgenommen wird. Der FDP-Antrag geht, wie ich schon gesagt habe, viel zuwenig weit. 1'154'965.90 Franken sind zu viel, 1.1 Mio. Franken reichen auf jeden Fall. Wenn man sieht, wie viele Leute man mit diesem Geld beschäftigen könnte, scheint mir das fast ein wenig viel. Bern ist ja nicht eine Grossstadt wie Zürich oder New York, die derart viel Geld bräuchte, um Dinge zu archivieren. Ich bitte Sie im Namen der Fraktion SVP/JSVP, unserem Antrag zuzustimmen – es ist schwierig, immer so lange zu sprechen, aber das ist ja egal – damit wir Einsparungen machen können in diesem Produktgruppen-Budget. Es darf nicht sein, dass wir so viel Geld ausgeben, dass wir jedes Jahr mehr Geld ausgeben und schlussendlich die Steuern, die Gebühren und die Abgaben erhöhen müssen.

Alexander Tschäppät: Der Gemeinderat wird nur dort etwas sagen, wo es wirklich nötig ist und wo man den Sachverhalt klarstellen muss, auf die Filibusterübungen der SVP wird er nicht näher eingehen. Bei den Kosten für den Umzug, dies an die Adresse des Freisinns, geht es natürlich nicht um die paar Arbeitsplätze, die hat man in einem halben Tag gezügelt. Sie sollten sich ein Bild davon machen kommen, was das Stadtarchiv ist. Es geht nicht um den Umzug von ein paar Büros, sondern es geht um ein Archiv, das über die Jahrzehnte enorm gewachsen ist. Wir reden hier von tonnenschweren Panzerschränken und die kann man natürlich nur professionell zügeln. Das Archiv ist das Gedächtnis der Stadt und der Umzug muss so ablaufen, dass alles sicher am richtigen Ort ankommt. Ich bitte darum, beide Anträge abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 ab (24 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 029*

Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 ab (20 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 030*

4.	S. 66; Informationsdienst (050)	Antrag Fraktion FDP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 150'000.00 auf Fr. 700'393.05 zulasten PG 050000 Informationsdienst
----	---------------------------------	---------------------	--

Bernhard Eicher (JF): Eine Vorbemerkung: Uns geht es nicht darum, die Ratsdebatte zu verzögern, sondern wir möchten eine Diskussion führen und entsprechend werden wir uns Mühe geben, unsere Anträge gut zu begründen. Wir sind der Meinung, man könne im Informations-

dienst weitere 150'000 Franken einsparen. Der Gemeinderat hat die Richtung bereits aufgezeigt, der Vergleich mit 2007 zeigt, dass er selber eine Einsparung vorschlägt. Wir sind der Meinung, man habe in der PRD in den vergangenen Jahren einen Kommunikationsapparat aufgebaut, den es ganz einfach nicht braucht. Die vorgeschlagene Einsparung schmerzt niemanden, ich bitte um Zustimmung.

Luzius Theiler (GPB): Für diesen Antrag habe ich eine gewisse Sympathie. Es ist allerdings eine etwas missliche Situation, weil wir hier nicht ein richtiges Produktgruppen-Budget vor uns haben, sondern ein Leitbudget, ohne Spezifikationen. In diesem Informationsdienst sind sehr unterschiedliche Sachen verpackt. Es gibt sehr vernünftige Sachen wie den Ausbau der Website der Stadt Bern. In dieser Beziehung könnte und müsste man noch viel machen, obwohl sich die Situation stark gebessert hat. Wir haben immer noch einen Rückstand gegenüber vielen anderen Gemeinden. Aber wenn man dann sieht, was alles an Communiqués vermailt und offenbar weit herum an die Presse verschickt wird... Heute habe ich, wie Sie auch, vom Informationsdienst ein Communiqué erhalten mit der Mitteilung, heute gebe es kein Communiqué. So etwas ist Leerlauf. Zudem besteht leider auch die Tendenz, dass die Exekutive vor Abstimmungen hin und wieder und immer mehr versucht, durch ihre Informationsarbeit Einfluss zu nehmen. Aber das ist keine Aufgabe der Exekutive und darum scheint es mir, der Kredit wäre immer noch hoch genug, wenn man dem Antrag zustimmen würde. Ich hoffe, dass wir nächstes Jahr ein richtiges Produktgruppen-Budget erhalten, so dass man gezielter eingreifen und festlegen kann, was man fördern und was ein wenig zurückschrauben möchte.

Rolf Schuler (SP): Die Fraktion SP/JUSO lehnt den Antrag ab, weil die Bevölkerung unserer Stadt das Recht und den Anspruch auf eine gute und rasche Information durch die Behörden hat. Um diese Information gewährleisten zu können, braucht es die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Mittel. Allerdings habe ich diesen Morgen festgestellt, dass ich innerhalb von drei Stunden drei Medienmitteilungen auf dem Mail hatte. Vielleicht wäre es eine gewisse Vereinfachung, diese drei Mitteilungen in einem Mail zu bearbeiten.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich bitte Sie darum, den Antrag abzulehnen. Wir dürfen glaube ich mit Recht sagen, dass wir noch nie einen so guten Informationsdienst hatten wie heute. Es ist übrigens nicht der Informationsdienst der PRD, sondern es ist vor allem der Informationsdienst des Gesamtgemeinderats. Und wenn wir jetzt, nachdem man schon letztes Jahr um 200'000 Franken zurückgegangen ist, weitere 150'000 Franken einsparen, so heisst das nichts anderes, als dass Sie Leistung abbauen. Man wird eine Stelle streichen müssen, weil beim Informationsdienst fast nur Lohnkosten anfallen. Wenn die Meinung ist, dass man in einem Zeitalter eine Stelle abbauen und Leistungen zurückfahren will, in dem immer mehr und immer schneller Informationen verlangt werden und in dem man Internet und Intranet ausbauen will, damit die Bevölkerung besser an Informationen gelangt, so kann man das machen.

Bernhard Eicher (JF): Teurer heisst noch nicht besser. Nur weil ich 150'000 Franken mehr ausgabe, heisst das noch nicht, dass ich im Kommunikationszeitalter bin. Man sieht das beim VBS. Dort gibt es recht viele Kommunikationsberater und die haben nicht immer ein glückliches Händchen, wie wir herausfinden konnten. Alexander Tschäppät begründet die Ablehnung des Antrags vor allem damit, dass man eine Stelle streichen müsste. Das mag stimmen, aber Strukturhaltung ist für mich kein Argument. Man muss sich überlegen, ob diese Stelle etwas bringt oder nicht und wir sind der Meinung, sie bringt nichts.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 ab (28 Ja, 38 Nein). Abst.-Nr. 031

- | | | | |
|----|--------------------------------|-------------------------|---|
| 5. | S. 71; Finanzinspektorat (060) | Antrag Fraktion GFL/EVP | <p>Kürzung der Nettokosten um Fr. 700'000.00 auf Fr. 1'037'265.00</p> <p>Verzicht auf Fortführung des Auftrags Revision „Sozialhilfedossiers“ 2009 PG 060000 (<i>Revisionsauftrag Fr. 655'000.00 + Anteil Führungs- und Leitungsaufgaben geschätzt Fr. 45'000.00, vgl. Bemerkungen S. 72).</i></p> |
|----|--------------------------------|-------------------------|---|

Conradin Conzetti (GFL): Der Voranschlag beinhaltet in der BSS ca. 640'000 Franken für den Aufbau eines Sozialinspektorats und eines Sozialrevisorats, als Folge der Diskussionen und Entscheide des vorigen und des laufenden Jahres, wie wir sie zur Kenntnis genommen haben. Bereits vor diesen Entscheiden hatte der Gemeinderat beschlossen, alle Dossiers des Sozialdienstes durch das Finanzinspektorat überprüfen zu lassen, seit einem Jahr ist man jetzt an der Arbeit. Wir haben gehört, es gebe einen Zwischenbericht und wir haben letzten Donnerstag auch beschlossen, es müsse einen allen zugänglichen Abschlussbericht geben. Unsere Fraktion findet, das reicht. Die neue Kontrollstruktur steht und wir sollten die Überbrückungslösung auf Ende 2008 abschliessen, denn wir wollen ja schliesslich keinen nachträglichen, lang dauernden Kontrollwahn. Darum unser Antrag, im Finanzinspektorat die Kosten für diese spezielle Revision im Sozialbereich um 655'000 Franken zu senken. An dieser Stelle ergibt sich ein kleines Problem des Produktegruppen-Budgets. Auf S. 72 ist vermerkt, dass noch ein Anteil an Führungs- und Leitungsaufgaben im Finanzinspektorat dazukäme. Wir hatten darum geschätzt, man könnte diesen Betrag von 655'000 Franken auf 700'000 Franken aufstocken, haben aber inzwischen gehört, dass dies so gar nicht abgrenzbar sei. Das ist vielleicht eine Detailschwäche dieses Produktegruppen-Budgets. Wir wollen an dieser Stelle nicht weiter kämpfen sondern korrigieren den Betrag von 700'000 auf 655'000 Franken. Ich bitte, dem Antrag so zuzustimmen.

Philippe Müller (FDP): Der Antrag ist interessant, aber wir können ihn nicht beurteilen, weil wir die Grundlagen dazu nicht haben. Conradin Conzetti hat es vorhin gesagt, der wahnsinnig geheime Bericht, der in der Zwischenzeit zu einem Zwischenbericht wurde, damit man eine Begründung hat, um ihn nicht publizieren zu müssen, dieser Bericht liegt nicht vor. Wir finden es eine Zumutung, dass man einen Bericht erstellt und dann über Monate zurückbehält, weil er wahrscheinlich dermassen katastrophal ausgefallen ist und wir deshalb über den vorliegenden Antrag befinden müssen, ohne eine Ahnung zu haben, worüber wir entscheiden. Es ist höchste Zeit, dass die Geheimnistuerei um diesen Bericht des Finanzinspektorats aufhört. Weil es eventuell nach wie vor notwendig ist, die Kontrollen weiterzuführen, lehnen wir den Antrag der Fraktion GFL/EVP ab. Vielleicht ist das ein Fehlentscheid, aber wir können die Situation schlicht nicht beurteilen und die Schuld dafür liegt beim Gemeinderat.

Beat Zobrist (SP) Vielleicht ist dieser Antrag sinnvoll. Wahrscheinlich macht es keinen Sinn, diese teure Übung weiter zu ziehen. Wir haben inzwischen genügend Instrumente, um einem Missbrauch zu begegnen und das Finanzinspektorat kann ohnehin nur sehr beschränkte Teile der Dossiers kontrollieren. Wir stimmen dem Antrag zu.

Simon Glauser (SVP/JSVP): Wir sind in einem Zwiespalt. Auf der einen Seite handelt es sich um einen Sparantrag der GFL und damit hat er die Chance, im Rat gutgeheissen zu werden, auf der anderen Seite gibt es einen Zwischenbericht, den man geheim halten will, so dass wir noch keine Zwischenresultate haben und jetzt will man das Geld für eine Weiterführung der Dossier-Überprüfung schon wieder kürzen. Eigentlich erstaunt mich gar nichts, auch nicht das

Votum der linken Seite, wonach man genügend Möglichkeiten habe, um Kontrollen durchzuführen. Es schmerzt uns zwar, weil man hier Geld sparen könnte, aber für uns überwiegen die Argumente um zu sagen, wir wollen erst einmal einen sauberen Abschluss dieser Untersuchung und wir wollen Resultate sehen. Wir laufen nämlich Gefahr, dass wir am Schluss überhaupt nichts sehen werden. Auch ich muss sagen, es ist vielleicht ein Fehler, den Antrag abzulehnen, aber wir lehnen ihn ab.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Der Zwischenbericht ist kein Geheimbericht, sondern eben ein Zwischenbericht. Wer etwas von parlamentarischer Arbeit begriffen hat weiss, dass Zwischenberichte eine Etappe sind auf dem Weg zu einem Schlussbericht. Wenn der Schlussbericht vorliegt, wird er Ihnen selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Ein Zwischenbericht soll dazu dienen, Meinungen einzuholen, verwaltungsintern zu prüfen, ob man auf dem richtigen Weg ist, ob Korrekturen anzubringen sind, ob man gewisse Situationen richtig oder falsch eingeschätzt hat. Genau aus diesem Grund wird dieser Zwischenbericht erstellt und wenn man jetzt einen Geheimbericht daraus machen will, ist das einfach nicht wahrer. Ich kann einfach sagen: Es wird einen Schlussbericht geben und dieser Schlussbericht wird kommuniziert. Was das Inhaltliche des Antrags angeht, kann man mit beidem leben. Der Gemeinderat neigt eher zur Meinung, man habe von der statistischen Erfassung her genügend Dossiers angeschaut, um die strukturellen Fehler erkennen zu können, so dass ein weiteres Überprüfen von Dossiers wahrscheinlich eine repetitive Arbeit ist. So gesehen kann man durchaus Verständnis dafür aufbringen, wenn man nicht weitere Sozialhilfedossiers überprüfen lassen will.

Philippe Müller (FDP): Ich möchte die Unterstellung zurückweisen, ich habe keine Ahnung von parlamentarischer Arbeit. Es wäre nett, wenn es ohne persönliche Angriffe ginge, auch wenn man derart in der Defensive ist wie die Regierung im Moment. Der zweite Punkt: Wenn die Überprüfung positiv ausgefallen wäre, wäre der Schlussbericht am nächsten Tag vorgelegen. Wir wissen immer noch nicht, wann er kommt, wahrscheinlich wird dies nach den Wahlen der Fall sein, aber der Gemeinderat weiss schon jetzt, dass man auf weitere Überprüfungen verzichten kann und das geht einfach nicht auf.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 5 zu (41 Ja, 29 Nein). Abst.-Nr. 032

6.	S. 78; Zentrales Controlling (070)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Kürzung der Bruttokosten um Fr. 328'452.12 auf Fr. 6'050'000.00 zulasten P 070030 Informatikmigration
----	------------------------------------	--------------------------	---

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wir sind ganz klar der Meinung, dass auch bei diesem Budgetposten Einsparungen möglich wären, wie das bei jedem Posten dieses Budgets der Fall ist. Es ist grundsätzlich überall einzusparen, manchmal schmerzt es halt etwas mehr als an anderen Orten. An einigen Orten muss vielleicht Personal abgebaut werden. Manchmal wird mit weniger Personal sogar effizienter gearbeitet, als mit mehr Mitarbeitenden. Aus diesem Grund stellen wir hier den Antrag, die Kosten um 328 452.12 Franken auf 6 050 000 Franken zu senken. Wir müssen durch das ganze Budget hindurch sparen und wenn wir jetzt nicht sparen, werden wir es in Zukunft machen müssen. In Zukunft wird es aber noch viel schwieriger werden, weil es uns wirtschaftlich weniger gut gehen wird. Wir werden weniger Steuereinnahmen haben und es ist einfach den Gurt während der besseren Konjunktur enger zu schnallen. Jetzt schmerzt es noch niemanden. Wir müssen für geringere Steuereinnahmen gewappnet sein. Die Wirtschaftszyklen gab es schon immer, manchmal geht es

etwas besser, dann wieder etwas schlechter. Man darf nicht immer, wenn Geld da ist, sofort wieder mehr ausgeben, wie das die Stadt Bern tut. Ich bitte, dieser Kürzung zuzustimmen. Überall eine kleine Einsparung gibt zuletzt einen grossen Betrag. Alle unsere Kürzungsanträge belaufen sich auf ca. 133 Millionen Franken. Dies würde bedeuten, dass wir die Altlasten zurückzahlen und Steuersenkungen einläuten könnten.

Direktorin *Barbara Hayoz*: Es geht hier nicht um eine Einsparung. Das ist das Budget der Informatikdienste im Bereich Informatikmigration. Dafür haben wir eine Spezialfinanzierung. Dieser Antrag verlangt, dass wir etwas aus dieser Spezialfinanzierung nehmen. Dann haben wir dort auch keinen Ertrag und es ist ein Nullsummenspiel. Dies ist kein Sparantrag.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 ab (14 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 033

Präsidialdirektion

Miriam Schwarz (SP) für die Kommission SBK: Es gab einen Antrag der Kommission, dass LaCapella mit einem Beitrag von 150 000 Franken zu unterstützen. LaCapella gibt es schon seit zehn Jahren, es ist eine gute Adresse für Chanson und Kabarett und betreibt auch Nachwuchsförderung. Die Kommission beantragt dem Stadtrat das Produktegruppen-Budget der Präsidialdirektion mit der genannten Änderung zu genehmigen. Dies mit 4 : 4 Stimmen und dem Stichentscheid der Präsidentin.

Urs Frieden (GB) für die Kommission PVS: Die Kommission PVS behandelte die drei Abteilungen Stadtentwicklung, Stadtplanung und Bauinspektorat und hat die entsprechenden Budgets mit 9 : 1 Stimmen angenommen. Wir stellen als Kommission keine Anträge. Es gab aber sehr interessante Diskussionen und ich möchte insbesondere auch den Delegationsmitgliedern und der Verwaltung für das gute Klima danken. Thematisch möchte ich vier Punkte herausgreifen. Beim Schlachthofareal gab es Differenzen, weil wir dort mindestens fünf Prozent Wohnungen erwartet hatten und im Moment keine einzige Wohnung vorgesehen ist. Die Zusammenarbeit zwischen dem Stadtplanungsamt, der Abteilung Stadtentwicklung und dem Wohnbaufonds ist nicht immer optimal. Bei der Stadtbildkommission wünschen wir uns mehr Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz. Der Stadtpräsident signalisierte uns, dass dies beispielsweise in Form eines Jahresberichtes oder eines Internetauftritts möglich wäre. Im Zusammenhang mit den Stellenbesetzungsschwierigkeiten besonders bei technischen Berufen haben wir darauf hingewiesen, dass wir für die Nachfolge des Bauinspektors rechtzeitig nach Nachfolgern suchen. Die Umsetzung des Wohnhaltungsgesetzes macht uns nach wie vor grosse Sorgen und wir erhoffen uns dort von einem hängigen Vorstoss Hilfe.

7.	S. 87; Dir.stabdienst, Gleichstellung und Rechtsdienst (100)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Kürzung der Bruttokosten um Fr. 133'164.70 auf Fr. 1.5 Mio zulasten P 100120 Leistung für Verwaltung
----	---	-----------------------------	---

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wir müssen einsparen, hier wieder eine Scheibe mehr. An dieser Stelle können auf jeden Fall Einsparungen gemacht werden und begreife nicht, wieso dies hier niemand sehen will. Unter diesen Einsparungen würde kein Bürger leiden. Sie sind dringend nötig und wir sollten sie dort machen, wo es niemanden schmerzt. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 ab (14 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 034

Der Vorsitzende schlägt vor, die Anträge 8 bis 13 zusammen zu diskutieren. Das ist bestritten.

Ordnungsantrag Hess

Die Anträge 8 bis 13 sind separat zu diskutieren.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Hess ab (10 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 035

- | | | | |
|-----|---|-----------------------------|--|
| 8. | S. 89;
Dir.stabdienst,
Gleichstellung und
Rechtsdienst (100) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Kürzung der Bruttokosten um Fr. 21'791.72
auf Fr. 400'000.00
zulasten P 100210 Finanzwesen
Fachstelle für Gleichstellung |
| 9. | S. 89;
Dir.stabdienst,
Gleichstellung und
Rechtsdienst (100) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Kürzung der Bruttokosten um Fr. 14'304.95
auf Fr. 340'000.00;
zulasten P 100220 Personalwesen
Fachstelle für Gleichstellung |
| 10. | S. 89;
Dir.stabdienst,
Gleichstellung und
Rechtsdienst (100) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Kürzung der Bruttokosten um Fr. 37'396.65
auf Fr. 300'000.00;
zulasten P 100240 Ausbildung
Fachstelle für Gleichstellung |
| 11. | S. 92;
Dir.stabdienst,
Gleichstellung und
Rechtsdienst (100) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Streichung der Bruttokosten von Fr.
214'513.65 bei P 100310 Gleichstellungsprojekte
→ Aufhebung „Fachstelle für Gleichstellung“ |
| 12. | S. 92;
Dir.stabdienst,
Gleichstellung und
Rechtsdienst (100) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Streichung der Bruttokosten von Fr.
128'708.14 bei P 100320 Auskunft und Beratung
→ Aufhebung „Fachstelle für Gleichstellung“ |
| 13. | S. 92;
Dir.stabdienst,
Gleichstellung und
Rechtsdienst (100) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Streichung der Bruttokosten von Fr.
85'805.31 bei P 100330 Öffentlichkeitsarbeit
→ Aufhebung „Fachstelle für Gleichstellung“ |

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wir wollen hier eine seriöse Debatte und über jeden Antrag einzeln diskutieren. Dies abzukürzen fällt mir sehr schwer. Die beantragten Kürzungen sind alle schmerzlos möglich. Heutzutage braucht es beim besten Willen keine Gleichstellungsstelle mehr. Die Frauen sind sowieso überberechtigt, weil sich diese Stelle nur für die Frauen einsetzt. Man sieht dies beim Rentenalter und beim Militär. Im Prinzip sollten die Frauen während die Männer im Militär sind eine Rüebli-RS machen, wie das früher der Fall war. Dann würden sie wieder kochen, putzen, waschen und bügeln lernen. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass Frau und Mann gleichberechtigt sind und dass wir hier nicht extra noch eine Stelle dafür brauchen. Das ist eine völlig überflüssige, linke Stelle, die man gut streichen kann. Ich bitte eindringlichst, diese Kürzungen zu bewilligen. Die Kürzungen sind sehr minim, es müssten also keine grossen Mühen gemacht werden, um diese zu erreichen. Die Gleichstellungsprojekte sind veraltet. In den 60er-, 70er-, 80er-Jahren konnte man viel-

leicht noch ein gewisses Verständnis aufbringen, aber heute beim besten Willen nicht mehr. Wir haben den Frauen seit 1960 so viel zugestanden, dass sie heute wirklich gleichberechtigt sind. Wir wollen die ganze Fachstelle für Gleichstellung streichen.

Ursula Marti (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Alle Jahre wieder will die SVP die Fachstelle für Gleichstellung abschaffen. Dies obwohl die SVP das Gleichstellungsbüro am nötigsten hätte. Das beweist schon ihre Zusammensetzung im Rat. Zudem wollen sie das Gleichstellungsbüro gleich zweimal streichen. Auf die lächerlichen Argumente gehe ich nicht ein. Wir sind gegen eine Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung. Im Gegenteil haben wir damals in einem interfraktionellen Postulat von GB, GFL und SP einen neuen Aktionsplan für die Gleichstellung in der Stadt Bern verlangt. Daraus wurde ein Massnahmenplan erarbeitet und dieser soll jetzt umgesetzt werden. Diese Arbeit ist nötig und wir sind froh, dass sie mit so viel Know-how und Engagement betrieben wird.

Simon Glauser (SVP): Ich unterstütze diesen Antrag, obwohl ich nicht der Meinung bin, dass die Frauen überbevorzugt sind. Auch vielen Männern würde eine Rüebl-RS gut tun, denn es ist nicht schlecht, wenn man als Mann putzen, kochen, waschen und bügeln kann. Dies ist allerdings nicht unbedingt die Aufgabe der Fachstelle für Gleichstellung. Wir sind der Meinung, dass die Bestrebungen zur Gleichstellung genügend umgesetzt wurden und es keine Fachstelle mehr braucht. Dieses Geld könnte eingespart werden. In unserer Fraktion sitzt zurzeit keine Frau. Es ist eine Sache der Wählerinnen und Wähler zu sagen, wer in diesem Rat sitzt und das sind bei der SVP mehr Männer als Frauen. Nach den nächsten Wahlen sieht es vielleicht anders aus. Wir sind gegen Quotenfrauen. Diese Fachstelle kann abgeschafft werden und zwar schon seit ein paar Jahren, weshalb wir diesen Antrag jedes Jahr wieder stellen.

Rudolf Friedli (SVP): Ich werde diesem Kürzungsantrag nicht zustimmen, obwohl diese Fachstelle überflüssig ist. Es ist leider so, dass eine solche Fachstelle in der Gemeindeordnung steht. Das kann man also nicht einfach so abschaffen. Die Gemeindeordnung würde damit verletzt und ich als Jurist kann dies nicht tun.

Thomas Weil (SVP): Wenn die Linken auch bei wirtschaftlichen Grundrechten ein Büro oder eine Fachstelle schaffen würden, könnte ich mich vielleicht noch etwas erwärmen. Eine Fachstelle für Wirtschaftsfreiheit oder für Eigentumsгарantie, einfach diese wirtschaftlichen Grundrechte. Aber nicht jedes Grundrecht hat ein Büro, ausser den linken Grundrechten, die zudem völlig verzerrt dargestellt werden. Wir haben in der Stadt Bern genügend Fachstellen und die ganze Gleichstellung ist auch gesellschaftspolitisch längstens verwirklicht. Wenn man denkt, was da alles an Aufwand dahintersteckt mit Massnahmenplänen etc. ist das völlig absurd.

Liselotte Lüscher (SP): Ich möchte darauf hinweisen, dass alle Frauen, die hier im Rat sitzen, nicht hier sitzen, weil sie Frauen sind.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 ab (11 Ja, 55 Nein). Abst.-Nr. 036
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 ab (12 Ja, 54 Nein). Abst.-Nr. 037
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 ab (12 Ja, 53 Nein). Abst.-Nr. 038
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11 ab (13 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 039
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 ab (13 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 040
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 13 ab (16 Ja, 51 Nein). Abst.-Nr. 041

- | | | | |
|-----|--|-----------------------------|--|
| 14. | S. 94;
Dir.stabdienst,
Gleichstellung
und Rechts-
dienst (100) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Kürzung der Bruttokosten um Fr. 92'358.00
auf Fr. 400'000.00
zulasten P 100510 Enteignungen, Bausperren |
|-----|--|-----------------------------|--|

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Man muss hier sicher einige organisatorischen Verbesserungen vornehmen, sonst sind die Kürzungen nicht möglich. Diese sind aber nötig, denn es kann nicht sein, dass wir immer mehr Steuergelder verschleudern. Hier kann man eine weitere Scheibe einsparen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 14 ab (25 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 042

- | | | | |
|-----|-------------------------------------|------------|--|
| 15. | S. 98; Abt.
Kulturelles
(110) | Antrag SBK | Erhöhung der Nettokosten um Fr.
150'000.00
zugunsten PG 110000 Kulturförderung (neuer
Beitrag an La Capella) |
|-----|-------------------------------------|------------|--|

Rudolf Friedli (SVP) für die Kommission BAK: In der Kommission wurde dieser Antrag mit 5 : 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Wir haben grundsätzlich Mühe damit, dass immer wieder Anträge zwecks Aufstockung des Kulturbudgets gestellt werden. Spontane Kleinkunst darf nicht plötzlich zu einem subventionierten Betrieb werden. Ausserdem hat LaCapella durchaus schon Beiträge der Stadt erhalten. Es gibt ein Konzept und daran muss man sich halten.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es geht hier um eine Rettungsaktion. LaCapella übernahm in den letzten zehn Jahren die Führung in der in Bern traditionellen Kleinkunst. 220 Vorstellungen und 17 000 Zuschauer pro Jahr auf eine sehr spannende und kulturfördernde Art. Neben bekannten Grössen treten im LaCapella auch noch unbekannte Nachwuchskünstler und -künstlerinnen auf und es gibt eigene Produktionen. Die Unterstützung der Stadt Bern betrug in zehn Jahren 40 000 Franken für eine Schallisolation und 4 000 Franken für eine einzelne Produktion. Das ist alles. Das LaCapella Team hat Tausende von Stunden unentgeltlich gearbeitet und es ist verständlich, wenn ihnen da mal die Luft ausgeht und eine Teilprofessionalisierung in den Bereichen Veranstaltung, Technik und Sekretariat angestrebt wird. Auch wenn wir diese 150 000 Franken bewilligen, wird weiterhin viel Gratisarbeit geleistet werden. LaCapella gehört zu Bern, wie Kleinkunst zu Bern gehört. Das Argument, Kleinkunst sei dynamisch und es sterbe das eine und komme das nächste zählt hier nicht. LaCapella ist nicht einfach ersetzbar. Verständlich, dass einige hier kein Verständnis für noch mehr Kulturbudget haben. Aber warum immer nur den grossen Institutionen mehr Geld geben. Beim ZPK versuchen sie es auch mit Kleinkunst haben dramatisch wenig Zuschauer und darin investieren wir, anstatt die erfolgreichen Kleinkunstbetriebe zu fördern. Mit diesem Kredit schaffen wir kein Präjudiz. Im Kulturkonzept 2009 bis 2011 waren sechs Institutionen vorgesehen. Das LaCapella ist als einziges rausgeflogen. Diesen Fehlentscheid des Gemeinderats gilt es heute zu korrigieren. Es ist kein Zufall, dass sich innerhalb von fünf Tagen 300 Künstlerinnen und Künstler dazu entschlossen haben, für LaCapella ihre Unterschrift zu geben. Auch der SP/JUSO-Fraktion ist es unsympathisch, während einer Budgetdebatte Beträge aufzustocken, aber dies ist eine Rettungsaktion.

Ordnungsantrag Fraktion FDP

Es wird beantragt, dass die Redezeit für die Begründung von 5 auf 3 Minuten und für Einzelvoten von 3 auf 2 Minuten gesenkt wird.

Beschluss

Dieser Antrag wird vom Rat angenommen (57 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 042

Verena Furrer-Lehmann (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir haben uns mit diesem Antrag sehr schwer getan. Strukturell strategisch sind wir eigentlich dagegen. Wir haben eine Kulturstrategie und es geht nicht an, dass wir ständig wieder aufstocken. Aber es ist hier wirklich ein Sonderfall. Inhaltlich haben wir uns intensiv mit dem Antrag auseinandergesetzt und recherchiert. Die Förderung vieler jungen Leute steht im LaCapella im Vordergrund. So ist das LaCapella unter Umständen ein Sprungbrett für diese Leute. Die Gelder, die LaCapella bisher von der Stadt erhielt, waren Förderungen für die Künstler und davon sieht LaCapella nichts. So fehlt ihnen Geld für Infrastruktur. Im Sinne auch einer Belohnung für die jahrelange ehrenamtliche Tätigkeit und weil wir Angst haben, das könnte verloren gehen, sind wir der Meinung, hier eine Ausnahme zu machen. Wir erwarten aber, dass dieser Betrag nächstes Jahr im Budget ausgewiesen wird und wir nicht mehr über Sonderkredite befinden müssen.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion hat durchaus Sympathien für die Kleinkunstszene und für das LaCapella. Weil wir vorhin beim Finanzinspektorat 655 000 Franken einsparen konnten, ist der Stadtrat jetzt in der Lage für einen solchen Schnellschuss. Wir tun uns sehr schwer mit diesem Antrag, werden aber trotzdem mehrheitlich zustimmen. Dieser Antrag mit einem Brief ist ein Präjudizfall. Wenn andere Kulturinstitutionen in eine Not-situation gelangen, was des Öfteren vorkommt, wird wieder ein solcher Brief an den Rat gelangen. Uns fehlt hier ein Leistungsvertrag. Wenn die Stadt etwas zahlt, soll ein Leistungsvertrag vereinbart werden. Das erwarten wir im nächsten Jahr.

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Eine Rettungsaktion hier, ein Sonderfall da. Es ist immer dasselbe mit immer derselben Argumentation. Gut gejamert ist halb gekünstelt. Was für die Landwirte gilt, gilt auch für die Kulturschaffenden. Wir sind der Meinung, dass wir für Kultur schon genug Geld ausgeben und lehnen diese Rettungsaktion ab. Mir tut es auch weh, wenn ein solches Kulturprojekt stirbt, aber es ist nicht richtig, wenn man immer wieder Pflästerchen verteilt.

Pascal Rub für die Fraktion FDP: LaCapella macht gute Arbeit, ist aber nicht dafür berühmt, das kommerzielle Potential auszunützen. Es gibt sicher ein internes Verbesserungspotential. Schnellschüsse hier im Rat sind nicht geeignet solche Probleme zu lösen. Es gibt ein Strategiepapier und eine relativ hohe Ausgabenkompetenz innerhalb der Kultursektion und wenn das LaCapella eine gute Sache ist, wird es sicher am Leben erhalten. Es ist nicht Aufgabe des Rates hier solche Positionen hinein zu setzten und wenn man dies konsequent machen wollte, hätte das innerhalb des Budgets kompensiert werden müssen. Wir empfehlen, diese Erhöhung abzulehnen.

Rudolf Friedli (SVP): Vor einem oder zwei Jahren hatten wir eine ähnliche Situation mit dem Effingertheater. Damals wurde kein Geld gesprochen, weil die Linke das nicht wollte. Das Theater existiert heute noch und wenn das LaCapella so gut ist, wird es auch weiterexistieren. Es wird Leute geben, die sich weiterhin einsetzen und Freiwilligenarbeit leisten werden. Es ist keine Kunst einfach die hohle Hand zu machen.

Bernhard Eicher (JF): Links-grün funktioniert nach wie vor nach dem Prinzip Weihnachtsmann: wer bittelt, der bekommt. Wir werden das in Zukunft auch machen.

Beat Zobrist (SP): Das Effingertheater existiert noch, weil es massiv subventioniert wird.

Christof Berger (SP): Ich möchte zu bedenken geben, dass es sich bei der Kleinkunst um eine Form handelt, die mit der Stadt Bern ganz stark verbunden ist. Bern ist eine Art Hauptstadt der Kleinkunst. Mani Matter war einer der Gründerväter des jungen Bern. Diese Tradition sollte in Bern erhalten werden.

Rudolf Friedli (SVP): Es hat ein Jahr gegeben, in welchen das Effingertheater kein Geld der Stadt erhalten hat und es konnte diese Durststrecke überwinden. Dies erwarte ich nun auch vom LaCapella.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich möchte im Namen des Gemeinderats bitten, diesen Antrag abzulehnen. So wie der Gemeinderat auch alle anderen Anträge ablehnt, weil wir denken, dass wir ein ausgewogenes Budget vorgelegt haben. Mögen die Anträge auch sympathisch sein, wir bitten, diese abzulehnen. Ausserdem haben wir die Kulturstrategie schon sehr breit diskutiert, letztes Jahr war es das Kornhaus, dieses Jahr das LaCapella. Mich wundert, warum wir überhaupt noch Strategie und Konzepte beschliessen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 15 an (37 Ja, 29 Nein, 5 Enthaltungen). Abst.-Nr. 044

16.	S. 98; Abt. Kulturelles (110)	Antrag Fraktion FDP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 1.5 Mio auf Fr. 31'851'800.60 zulasten PG 110000 Kulturförderung
17.	S. 98; Abt. Kulturelles (110)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Kürzung der Bruttokosten um Fr. 4'356'005.15 auf Fr. 30 Mio zulasten PG 110000 Kulturförderung
18.	S. 98; Abt. Kulturelles (110)	Antrag Gubser EDU	Kürzung der Nettokosten um Fr. 1 Mio. auf Fr. 32'351'800.60 zulasten PG 110000 Kulturförderng

Beat Gubser (EDU): Das Kulturbudget wurde bereits letztes Jahr um 3 Millionen Franken erhöht. Auf eine nochmalige Erhöhung ist aus unserer Sicht zu verzichten. Kultur ist bereits heute der viertgrösste Budgetposten überhaupt. Dies ist nicht ein Kürzungs-, sondern ein Nichterhöhungsantrag. Ich unterstütze auch den Antrag der FDP. Den Antrag SVP/JSVP lehne ich ab.

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVP: Für uns braucht Kultur und Kunst auch einen Markt. Und wenn es auch keinen Markt braucht, so zumindest ein Publikum. Solange es in dieser Stadt Barfuss- und Nackttanzproduktionen gibt, die viel Kosten und am Schluss, leider oder auch zu Recht, kein Publikum haben, obwohl das Eintrittsbillet 35 Franken kostet und vielleicht noch von der Stadt mit 40 Franken subventioniert ist. Solange sind wir der Meinung, dass wir zuviel Geld für Kultur ausgeben und beantragen Kürzungen. Alle kennen unsere Meinung und ich bitte, diesen Kürzungen, die alle in dieselbe Richtung gehen, zuzustimmen.

Pascal Rub für die Fraktion FDP: Der Kürzungsantrag der FDP um 1.5 Millionen ist Bestandteil des ausgeglichenen Budgets mit den Steuersenkungen. Wir denken, dass hier aus folgen-

den Gründen gekürzt werden kann. Neu geplant für 2009 ist die Unterstützung des Festivals der Kulturen und Religionen mit 500 000 Franken. Wir sind dezidiert der Meinung, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die daran partizipieren, zu einem grossen Teil Institutionen mit beträchtlichem Vermögen sind. Die Stadt soll kein Begegnungsfest der Religionen und Kulturen mitfinanzieren, sondern hat sich aus diesen Themen herauszuhalten. Wir sehen Verbesserungsmöglichkeiten bei der Nutzung der städtischen Infrastruktur, konkret bessere Auslastungen der Spielstätten und besseres Controlling. Wenn man all dies berücksichtigt, können die 1.5 Millionen gespart werden, ohne dass dies die Kulturschaffenden direkt zu spüren bekommen. Also eine Verbesserung der Administration.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Man muss immer wieder berücksichtigen, wie das Kulturbudget zusammengesetzt ist. Auf der einen Seite sind das die Positionen der fünf grossen Kulturinstitutionen, wo die Beträge durch Leistungsverträge fest sind, auf der anderen Seite sind das die kleinen Betriebe. Die Beträge an die grossen Institutionen sind festgelegt, dort kann nicht gekürzt werden. Wenn jetzt Kürzungsanträge gestellt werden, heisst das, man streicht bei der freien Szene, die der kreativste Teil unserer Kultur ausmacht. Es kann ja nicht der Sinn der Sache sein, dass diesen, welchen schon jetzt der kleinste Teil des kulturellen Kuchens zusteht, noch massiv weggenommen wird. Dazu kommt, dass die Steuersenkung jetzt nicht kommt und damit dieser Antrag nicht mehr nötig ist. Ich möchte bitten, diese Anträge abzulehnen. Das Festival der Kulturen und Religionen ist gar nicht budgetiert und kann deshalb auch nicht gestrichen werden.

Erich J. Hess (JSVP): Man kann bei den kleinen kulturellen Institutionen genau gleich einsparen. Gute Kultur ist selbsttragend. Wir haben immer gegen die grossen Kulturverträge gestimmt, weil wir überzeugt sind, dass sich Einsparungen machen lassen. Je mehr Geld in die Kultur gesteckt wird, desto schlechter wird die Kultur und desto mehr Kultur, die niemanden interessiert, wird produziert. Wieso braucht es Kulturschaffende? Um die Leute zu unterhalten. Was niemanden interessiert, braucht es nicht. Die kulturellen Veranstaltungen sollen durch Billeteinnahmen finanziert werden. Dann wird eine qualitativ hoch stehende Kultur geschaffen und nicht so ein Mist, wie er in Bern vielfach produziert wird. *Das Votum wird vom Vorsitzenden wegen Zeitüberschreitung abgebrochen.*

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 16 ab (27 Ja, 37 Nein). Abst.-Nr. 045
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 17 ab (10 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 046
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 18 ab (26 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 047

Erich J. Hess (JSVP): Es dünkt mich nicht richtig, dass hier jeder Antragssteller sein Votum einzeln begründen durfte, während ich bei unseren Anträgen nur einmal 5 Minuten Zeit bekam. Das ist nicht gerecht.

- | | | | |
|-----|--------------------------------|-----------------------------|--|
| 19. | S. 104; Denkmalpflege
(120) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Streichung der Bruttokosten von Fr. 1'083'720.80;
Aufhebung Dienststelle 120 Denkmalpflege |
|-----|--------------------------------|-----------------------------|--|

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 19 ab (14 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 048

- | | | | |
|-----|-----------------------------|------------------------|---|
| 20. | S. 108; Abteilung Stadtent- | Antrag Fraktion
FDP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 443'444.44 auf Fr. 2'015'171.51 |
|-----|-----------------------------|------------------------|---|

	wicklung (130)		zulasten PG 130100 Stadtentwicklung und Statistik
21.	S. 110; Abteilung Stadtentwicklung (130)	Antrag Fraktion GFL/EVP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 224'000.00 zulasten P 130210 Dienstleistungen Statistik (Wechsel vom Zweijahres- auf mehrjährigen Rhythmus der Bevölkerungsbefragung; Plafo- nierung Nettokosten, Erhöhung der Kosten VA 08-09 nur um 1,5%)
22.	S. 110; Abteilung Stadtentwicklung (130)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Kürzung der Bruttokosten um Fr. 217'792.52 auf Fr. 1.2 Mio zulasten P 130210 Dienstleistungen Statistik

Dolores Dana für die Fraktion FDP: Die FDP beantragt eine Kürzung der Nettokosten zu Lasten von Produkt 130100 Abteilung Stadtentwicklung. Die Stadt ist weitgehend entwickelt. Es braucht nicht viel um zu sehen, dass Bern nur noch im Westen wachsen kann. Ich frage mich, wo die Stadtentwicklung blieb, als man beim Bund in Sachen Metropolitanraum lobbyieren musste. Zudem muss eine Bevölkerungsbefragung auch nicht alle zwei Jahre stattfinden. Es reicht, wenn man das einmal pro Legislaturperiode macht.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Position 130210 der Stabsdienste verlangt unter anderem, dass die Bevölkerungsbefragung alle zwei Jahre durchgeführt wird und besagt, dass das ungefähr 224 000 Franken kostet. Eine Befragung alle zwei Jahre ist nicht nötig, es reichen auch alle vier oder alle sechs Jahre. Diese 224 000 Franken sind vielleicht eine Schätzung. Hier kommen wir auch zu einem allfälligen Problem des Produktegruppen-Budgets und seinen Abgrenzungen. Stimmt es, dass diese Befragung soviel kostet?

Gisela Vollmer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Dass die Stadt entwickelt ist, das erstaunt mich schon einigermaßen. Die Stadt verändert sich laufend. Es kann überhaupt nicht möglich sein, dass die Stadt entwickelt ist. Ausserdem haben wir diverse Grossprojekte, die aufzeigen, dass wir voll im Entwicklungsstadium sind. Wir hatten vor Jahren dank dem bürgerlichen Lager einmal einen Stillstand, den wir heute dringend aufholen müssen. Wir werden diese Anträge sicher ablehnen. Wir sind über den Antrag GFL/EVP etwas erstaunt. Diese Statistik wird für die Stadtentwicklung gebraucht und vor allen Dingen braucht es die Statistik für die Anträge Nummer 23, wo man wissen will wie viele Wohnungen bezogen werden etc. Dazu braucht es eigentlich jährlich eine Statistik. Sonst kann man keine Zahlen liefern. Da hebt der eine Antrag den anderen aus, das ist unlogisch. Die 224 000 Franken zu kürzen, würde heissen, die Befragung und die dazugehörige Stelle zu kürzen. Dann kann man gar keine richtige Stadtentwicklung mehr betreiben.

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Wir können uns grossmehrheitlich der GFL/EVP anschliessen und sind auch der Meinung, dass es im Bereich der Statistik einen gewissen Synergiegewinn geben muss. Wir wollen dabei nicht unbedingt im Bereich Stadtentwicklung sparen. Es ist effektiv so, dass sich eine Stadt nie fertig entwickelt hat und stetig in der Veränderung ist. Man muss aber heute vielleicht nicht mehr so viel Mittel einsetzen, wie das früher noch der Fall war.

Peter Bühler (SVP): Es gab unter den Bürgerlichen keine Stagnation des Bauwesens. Man muss schauen, wer blockierte. Es war Rot-Grün die kein Wankdorf-Stadion mit der Erneue-

rung wollte und gegen die Allmend protestierte. Sämtliche Bauvorhaben in der Stadt Bern, wie zum Beispiel Westside, wurde von bürgerlicher Seite immer unterstützt.

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Reduktion bei der Dienstleistungsstatistik auf alle drei oder vier Jahre könnte einen Sinn machen. Für uns sind aber die Konsequenzen nicht klar, wenn wir hier diese Reduktion von 224 000 Franken beschliessen. Nach meinen Informationen betrifft die Reduktion eine Stelle und ungefähr 80 000 Franken Material. Wir sind nicht bereit diesen Antrag zu unterstützen, solange wir die genauen Konsequenzen nicht kennen. Die Anträge für neue Kennzahlen werden wir unterstützen.

Gisela Vollmer (SP): Wir haben die zehnjährige Planung Allmend nicht gestoppt und auch nicht die wiederholten Vetos gegen den Bahnhofplatz ausgesprochen. Diese Dinge waren unglaublich teuer. Die Projekte in der Stadtentwicklung werden immer grösser und Kosten somit immer mehr Geld. Das muss man berücksichtigen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich möchte bitten, diese Anträge abzulehnen. Es ist verlockend zu denken, es sei nur eine Statistik. Ein direkter Gewinn ist nicht erkennbar. Trotzdem ist es fatal, wenn ein Gemeindegewesen nicht mehr weiss, über welchen Datenmaterial es verfügen kann. Wenn man Schulräume oder Verkehrsströme planen will, ist man dringend auf exaktes Datenmaterial angewiesen. Man verlangt heute mit den neuen Kennzahlen erheblich mehr Daten vom statistischen Dienst, aber gleichzeitig will man dort Stellen streichen. Das ist in sich nicht stimmig. Die Bevölkerungsbefragung ist schlussendlich eine Frage, die der Stadtrat entscheiden soll. Ob es ihm wichtig ist, was die Bevölkerung über die Politik denkt, oder nicht. Wenn man dies nicht will, soll der Rat das so beschliessen. Ich würde das bedauern und befürchte, dass jede Amtsstelle und jede Direktion, um zu wissen, ob sie auf dem rechten Weg ist, Kundenbefragungen durchführen müssen wird. Bei der Abschaffung der Bevölkerungsbefragung sprechen wir von einer Reduktion von 80 000 Franken, alle zwei Jahre. Alles darüber betrifft Stellen, denn bei den Statistikdiensten haben wir nichts ausser Personalkosten. Das dünkt mich nicht zu verantworten. Ausserdem wäre es eine unverschuldete Entlassung eines Statistikers. Das hätte eine Umplatzierung zur Folge, was vermutlich mehr Kosten verursachen würde. Im Falle eines gewünschten Hinauszögerns oder eine längere Abschaffung der Bevölkerungsbefragung kann man festhalten, dass man die betreffende Stelle bei einer nächsten Vakanz nicht unbedingt wieder besetzen muss. Aber eine Entlassung in der jetzigen Konjunkturlage und bei der jetzigen finanziellen Situation der Stadt ist schlicht nicht verantwortbar. Geht man bei den Kürzungen soweit wie der Freisinn, so streicht man nicht nur freiwillige Erhebungen, sondern Zwangserhebungen, die wir als Gemeinde für Kanton und Bund machen müssen. Wenn wir dieses Personal nicht haben, wird uns der Bund eine Rechnung stellen, weil er dieses statistische Material durch Aussenstehende erheben lässt. Ich finde Entlassungen in der jetzigen Zeit ein fatales Zeichen an die Adresse der städtischen Angestellten. Wenn der Rat die Bevölkerungsbefragungen streichen will, reduziert den Kürzungsbetrag auf 80 000 Franken. Das muss ich akzeptieren, denn es ist etwas Freiwilliges.

Pascal Rub (FDP): Wir verlangen 2 Millionen für Stadtentwicklung und Statistik, das ist, was wir im Jahre 2007 ausgegeben haben. Auch in Zukunft sollte die Arbeit mit diesem Betrag möglich sein.

Peter Künzler (GFL): Wir sehen das Problem, dass wenn wir eine Leistungsvorgabe kürzen, wir an personalrechtliche Grenzen gelangen. Das ist unserer Meinung nach ein Systemfehler. Wir können so nämlich jederzeit im Rahmen der Debatte eine Leistung aufstocken, können sie aber nicht kürzen. Es ist nicht unsere Absicht, ein solches Problem auf den Köpfen der

städtischen Angestellten auszutragen. **Wir wandeln unseren Antrag um und beantragen eine Kürzung um 100 000 Franken.** Das werden wir bei all unseren gleichen Anträgen so handhaben, erwarten aber jeweils von der Verwaltung des Gemeinderats die Information, wieviel man kürzen kann, bevor es personalrechtlich nicht mehr geht. Wir werden dieser Sache langfristig nachgehen und denken, dass man dieses Problem im Rahmen der anstehenden GO-Revision lösen müssen wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 20 ab (25 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 049
2. Der Stadtrat nimmt den geänderten Antrag 21 an (37 Ja, 31 Nein). Abst.-Nr. 050
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 22 ab (26 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 051

- | | | | |
|-----|--|-------------------------|--|
| 23. | S. 110; Abteilung Stadtentwicklung (130) | Antrag Fraktion GFL/EVP | <p>Neue Kennzahlen fürs PGB 2010
 Betreffend P 130120 Förderung Wohnbautätigkeit
 9) Anzahl Mandate mit Dritten pro Jahr (Investoren)
 10) Anzahl Wohnungen für welche in diesem Jahr die planerischen Rahmenbedingungen geschaffen wurden
 11) Anzahl bezugsbereite Wohnungen pro Jahr</p> |
| 24. | S. 110; Abteilung Stadtentwicklung (130) | Antrag Fraktion GFL/EVP | <p>Neue Kennzahlen fürs PGB 2010
 9 bzw. 12) Anzahl gemeinsamer Planungsgremien in Bezug auf Bauprojekte und Verkehrsprojekte
 10 bzw. 13) Anzahl Aufgaben der Stadt Bern, welche interkommunal erfüllt oder ausgebaut oder mit weiteren Gemeinden zusammen wahrgenommen werden.
 <i>P 130130 Aussenbeziehungen und Politisches Controlling</i></p> |
| 25. | S. 112; Abteilung Stadtentwicklung (130) | Antrag Fraktion GFL/EVP | <p>Neue Kennzahl fürs PGB 2010
 9) Anzahl Aufträge extern /verwaltungsintern / Aufträge GR / Aufträge SR
 <i>P 130210 Dienstleistungen Statistik</i></p> |

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich habe kein Problem damit, dass man mehr Daten und Zahlen möchte. Aber es ist ein Problem, wenn man diese als Kennzahlen bei der Abteilung Stadtentwicklung unterbringt, da sie von der Stadtentwicklung selbst nicht beeinflussbar sind. Die planerischen Rahmenbedingen sind nicht eine Frage der Stadtentwicklung. Ob das Finanzinspektorat für eine kleine Gemeinde eine Revision durchführt oder nicht, kann die Stadtentwicklung nicht beeinflussen. Ich möchte deshalb bitten, diese Anträge so zu formulieren, dass wir beauftragt werden, diese Zahlen im Rahmen der Legislaturentwicklung oder im Band 3 bei den statistischen Zahlen aufzunehmen. Dies wäre kein Problem, aber die Zahlen können nicht als Kennzahlen einer Abteilung vorgegeben werden, wenn diese Abteilung keine Möglichkeit hat, diese Kennzahlen selbst zu beeinflussen. Das wäre nicht korrekt. Ich schlage vor, dass die Anträge GFL/EVP diese Zahlen nicht als Kennzahlen aufnehmen, sondern festhalten, dass sie im Band 3 der Statistikdienste als effektive Zahlen aufgelistet werden.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unserer Meinung nach muss die Abteilung Stadtentwicklung besser aufzeigen, was gearbeitet wird. Wir verstehen, dass die Kontakt- und Beziehungsarbeit schwer darzustellen ist. Das ist ein Wahrnehmungsproblem. Vor diesem Hintergrund bestehen wir auf einer Ausweisung als Kennzahl. Dies sind Kennzahlen, die im Nachgang des Jahres feststellen, was passiert ist und keine Steuerungsvorgaben. Dieser Antrag betrifft nicht das Budget 2009, sondern den Voranschlag 2010. Der Gemeinderat und die Kommission haben also noch die Möglichkeit für eine möglicherweise nötige Präzisierung. In diesem Sinne bleiben wir bei unseren Anträgen.

Gisela Vollmer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir verstehen nicht, warum neue Inputzahlen verlangt werden. Wir kriegen seit dem letztem Jahr eine Statistik darüber, wie viele Wohnungen verloren gegangen, wie viele neu entstanden und wie viele im Bau sind. Das sind meines Erachtens wichtige Zahlen und die werden uns zur Verfügung gestellt. Als wir uns vor ein paar Jahren dafür einsetzten, die Stadtentwicklung auf eine seriöse Art und Weise zu überarbeiten, half uns niemand. Wir sind der Meinung, für neue Kennzahlen braucht es ein etwas seriöseres Vorgehen.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Diese Kennzahlen würden uns auch interessieren. Wir denken aber, dass die Rückmeldung aus dem Gemeinderat ausschlaggebend ist und werden eher gegen diese Anträge stimmen.

Peter Künzler (GFL): Eine Kennzahl ist eine Darstellung und keine Leistungsvorgabe. Ich glaube, da gab es eine schlichte Verwechslung. Wir fordern nicht eine Vorgabe, sondern eine beschreibende Kennzahl. Die Aktion für die betreffende Amtsstelle ist für eine Kennzahl und einen Vermerk im Statistikband genau dieselbe. Wir wollen, dass eine gewisse Beschreibung der Leistungen des Amtes im Produktegruppen-Budget als Kennzahl auftritt und haben kein Interesse daran, eine Leistungsvorgabe zu fordern. Man kann doch ohne weiteres eine zusätzliche Beschreibung ins Budget aufnehmen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Man verlangt die Anzahl Wohnungen, für welche die planerischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, nicht beim Stadtplanungsamt. Das begreife ich nicht. Die planerischen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau sind definitiv nicht in der Stadtentwicklung zu suchen. Ich bitte, die Anträge in dieser Form abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt den Anträge 23 und 24 zu (34 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen).

Abst.-Nr. 052

2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 25 zu.

26.	S. 131; Stadtplanungsamt (170)	Antrag Fraktion GFL/EVP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 222'000 zulasten PG 170500 Stadtplanung (Plafonierung Nettokosten, Erhöhung der Kosten VA 08-09 nur um Teuerung)
27.	S. 131; Stadtplanungsamt (170)	Antrag Fraktion FDP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 379'847.55 auf Fr. 4 Mio zulasten PG 170500 Stadtplanung
28.	S. 131; Stadtplanungsamt (170)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Kürzung der Bruttokosten um Fr. 474'418.55 auf Fr. 4 Mio zulasten PG 170500 Stadtplanung

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Im letzten Jahr baute das Stadtplanungsamt eine Stelle ab. Das war eine Haushaltsverbesserungsmassnahme. Dieses Jahr wird nun wieder aufgestockt. Aus unserer Sicht sollte mit Haushaltsverbesserungsmassnahmen nachhaltig umgegangen werden. Es geht nicht, dass man in einem Jahr ein bisschen abbaut und im nächsten Jahr wieder ein bisschen aufstockt. Wir sind gerne bereit aufzustocken, wenn wir wissen warum. Das ist hier aber nicht dokumentiert. Das Stadtplanungsamt hat bekanntlich keine Steuerungsvorgaben. Wir möchten hier aber gerne steuern und sind auch bereit, für bestimmte Aufträge Kredite zu sprechen, die extern vergeben werden. Ab und zu einen Auftrag extern zu vergeben macht Sinn und bringt frischen Wind ins Stadtplanungsamt.

Dolores Dana für die Fraktion FDP: Wir können uns der Argumentation der GFL/EVP weitgehend anschliessen. Wir wollen allerdings einen höheren Betrag einsparen. Die Stadt ist weitgehend geplant, die grossen Projekte wie Brünnen und Bahnhofplatz sind erledigt. Eine Erhöhung ist deshalb nicht sinnvoll und bewirkt nur, dass sich die Verwaltung um Details kümmert, die sie nichts angehen. Planen heisst nach vorne zu schauen und dabei den Realitätssinn nicht zu verlieren. Bei den Planungen des Stadtplanungsamtes vermissen wir das. Zudem ist eine grosse Planungstiefe festzustellen, die praxisfremde Lösungen zu Folge hat. Die Folge davon sind Papiertiger mit Stadtplanern, die sich engagieren, als ob es ihr Projekt wäre, wie zum Beispiel Weyermannshaus und Viererfeld. Im Moment stehen keine grossen Planungsvorlagen an und das müsste sich auch bei den Personalressourcen niederschlagen. Es ist zu hoffen, dass weniger Mittel dazu führen, sich aufs Wesentliche zu konzentrieren. Wir legen wert auf schlanke, einfache Projekte und wollen keine unnötige Detailtiefe. Effizienzsteigerung täte dem Planungsamt gut.

Urs Frieden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir möchten uns nicht daran gewöhnen, dass man dem Stadtplanungsamt wichtige Mittel wegnimmt und so einen Planungsstau provoziert. Der Antrag ist gegen die Legislaturziele und zudem höchst widersprüchlich. Man kann nicht dauernd neue Planungen verlangen und nachher die Mittel nicht sprechen. Gegenüber anderen Städten ist unser Stadtplanungsamt eher mager dotiert und das ist ein grosser Nachteil für die Stadt. In den nächsten Jahren stehen folgende Planungen an: regionale Siedlungs- und Verkehrsplanung, neue Masterplanung Bahnhof Bern, Überarbeiten des Stadtentwicklungskonzepts 95, Fertigstellen der Quartierpläne und Planungen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen. Wer sich darüber beklagt, dass Bern keine Metropolitanregion ist, sollte die Planung nicht noch schwächen.

Stefan Jordi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wer diese Stadt nicht weiterentwickeln will, der nimmt diese Anträge an. Es braucht nicht weniger, sondern eher mehr Ressourcen im Stadtplanungsamt. Der Aufwand ist nicht kleiner, sondern es stehen grosse Projekte an. Es ist auch nicht klar, warum die GFL/EVP wieder diesen Antrag stellt. Die Stadtplanung ist ein Schlüsselamt und nicht etwas, das weg gestrichen werden kann. Die Entwicklung des Stadtentwicklungskonzept 95 ist nicht einfach so auf die Schnelle gemacht und braucht sehr viel Ressourcen. Wenn man dort spart, haben die Planenden vielleicht weniger Zeit um die betroffene Bevölkerung nach ihrer Meinung zu fragen, also leidet die Mitwirkung. Ich bitte, diese Anträge abzulehnen im Sinne einer Stadt, die sich weiterentwickeln kann.

Ueli Stückelberger (GFL): Die Stadtentwicklung ist nicht einfach ein Amt, das gute Arbeit leistet und wenn man da etwas streicht, ist nicht einfach Stillstand und es gibt einen Planungsstau. Das ist zu einfach. Wir haben zurzeit extrem viel weniger grosse Planungen als früher. Viele Themen, die die SP aufbringt, sind etwas gesucht. Eine Hochhausplanung oder eine neue Aareraumplanung sind nicht prioritär. Wir haben keinen Planungsstau, es ist eine Frage

der Prioritätensetzung. Als ich in den Stadtrat kam, dachte ich, die Quartierrichtpläne kämen nächstens. Jetzt bin ich zwölf Jahre hier und die Pläne sind immer noch nicht da. Das liegt an der Prioritätensetzung und geht auch mit einer Stelle weniger.

Hans-Peter Aeberhard (FDP): Ich bin jetzt 10 oder 12 Jahre Präsident des Länggass-Leists und ich habe so viele Gratisstunden in Diskussionen und an runden Tischen verbracht. Jetzt höre ich, dass eine neue Masterplanung kommt. Man hätte damals als man Tage und Wochen investierte und sich im Länggass-Leist mit Plattform West und Plattform Ost aufregte schon sagen können, dass dies wahrscheinlich nie finanzierbar sein wird. Wenn man in der Länggasse früher nachgefragt hätte, wie es mit dem Viererfeld steht, hätte man auch gewusst, dass eine teure Detailplanung dort nichts bringt.

Gisela Vollmer (SP): Ich stelle fest, dass das Planungsverständnis der GFL/EVP etwas einfach ist. Es geht nicht nur darum, dass Masterpläne gemacht werden. Die Planung ist in den letzten Jahren viel differenzierter geworden und ich möchte daran erinnern, dass wir eine neue Bauordnung angenommen haben. Damit sind einige neue Aufgaben für das Stadtplanungsamt entstanden, zum Beispiel die Nutzung des öffentlichen Raumes. Darüber haben wir in den letzten Monaten viel diskutiert und festgestellt, dass das Stadtplanungsamt hier in aller Stille schon 2003 seine ersten Aufgaben erledigt hat. Die Stadtbildkommission bindet auch. Es gibt heute neue Aufgaben, die vielleicht nicht so transparent und öffentlich gemacht werden. Den Vorstoss ‚Grüne Lungen‘ hat auch die GFL/EVP mit überwiesen und ich dachte, man sei sich einig, dass der Aareraum zu einem der wichtigsten Räume Berns gehört und noch einiges zu machen ist. Städte, die nicht entwickelt werden, kriegen wahnsinnige soziale Probleme.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: In Zürich prägte Frau Koch einmal den fatalen Satz: 'Die Stadt ist gebaut'. Wenn man jetzt hier sagt: 'Die Stadt ist geplant', ist das genauso fatal, genauso dumm und genauso falsch. Eine Stadt ist nie fertig geplant und wenn man sagt, es stünden keine grösseren Planungsvorhaben an, dann zähle ich jetzt ein paar auf: Der neue Tiefbahnhof muss jetzt geplant werden; das Viererfeld; das Kasernenareal, das der Kanton überbauen will; Mutachstrasse; das Wegziehen der KVA am Warmbächliweg; das Gaswerkareal; die Stadtentwicklungskonzepte; das Ziel der Erhöhung der Einwohnerzahl und eine anstehende Freiraumplanung. Soviel zum Thema keine Planungen. Fast alle Planungen der letzten Jahre wurden vom Volk deutlich angenommen. Ich möchte bitten, nur weil ein paar Projekte fertig sind, nicht dem Irrglauben zu unterliegen, die Stadt sei jetzt fertig geplant. Der Metropolitanraum hat mit dem allem wenig zu tun. Der Kampf um die Frage, was ein Metropolitanraum ist und wer unter diese Definition fällt, wurde noch nicht geführt. Die GFL/EVP forderte auf zu sagen, was die freien Gelder seien. Im Budget 2009 ist die Aufstockung um eine halbe Stelle vorgesehen, das sind rund 75 000 Franken. Das ist eine nicht besetzte Stelle. Eine Kürzung um 75 000 Franken hätte also keine personellen Konsequenzen. Alles darüber heisst Personalabbau.

Pascal Rub (FDP): Wir hören nicht auf zu planen. Die Stadt hat im Jahre 2007 4 Millionen für Planung ausgegeben und wir möchten einfach, dass wir mit diesen 4 Millionen weiterfahren. Damit kann ziemlich viel geplant werden.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt den Antrag 26 an (39 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 053
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 ab (28 Ja, 44 Nein). Abst.-Nr. 054
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 28 Fraktion ab (19 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 055

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie

Dolores Dana (FDP) für die Kommission FSU: Ich spreche hier zur SUE und FPI. Ich möchte der Verwaltung danken, dass sie uns Red und Antwort gestanden ist und auch den Kommissionsmitgliedern für die geleistete Arbeit. Wir konnten in einem guten Klima diskutieren und brauchten keine Angst vor den Medien am kommenden Morgen zu haben, was nicht selbstverständlich ist. Grundsätzlich fanden wir keine Böcke. Sämtliche Fragen, abgesehen von einem Thema, konnten zu unserer vollsten Zufriedenheit beantwortet und erklärt werden. Die Verwaltung hat für ihre Möglichkeiten gut und seriös gearbeitet. Da sich die Stadt Bern aufgrund von höheren Steuereinnahmen zu einer finanzkräftigen Stadt entwickelt hat, nähern sich die Disparitätenausgleichszahlungen den Zentrumslasten an, 32.1 Millionen Zentrumslasten und 29.1 Millionen Disparitätenausgleich. Das heisst, dass sich das ganze FILAG langsam aber sicher zu einem Nullsummenspiel entwickelt. Dieser Effekt kommt von höheren Steuereinnahmen und davon, dass die Zentrumslasten gemäss unserer und der Meinung der Verwaltung immer noch nicht so abgegolten werden, wie sie sollten. Im Budget 2009 hat die FPI 200 Steuerzahler mehr budgetiert. Das ist erfreulich und zeigt, dass es die Leute wieder in die Stadt zieht. Was die Schul- und Büromaterialzentrale (SBZ) angeht, so ist sie das Sorgenkind der FPI. Im 2009 hofft man, hier schwarze Zahlen zu schreiben. Bis Ende 2010 muss es die SBZ schaffen, sonst wird nochmals in Erwägung gezogen, alles extern einzukaufen. Zum Budget der SUE: Vor allem beim Polizeiinspektorat ist die Lage prekär. Immer mehr Aufgaben werden auf die Gemeindeebene delegiert, beispielsweise Aufgaben aus dem neuen Ausländergesetz. Personalmässig wurden hier von den vorgesehenen sechs Stellen erst zwei geschaffen und zwar auf den 1.1.2008. Das Polizeiinspektorat ist klar unterdotiert und kann seinen Aufgaben nur mit Überstunden oder nicht verfolgten von Anzeigen nachkommen. Dies ist mehr als stossend. Wir stellen deshalb zu diesem Thema die einzigen finanzrelevanten Anträge. Diese wurden mit 7 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung beantragt. Antrag 29 ist ein redaktioneller Antrag, der Antrag 34 ist eine Ergänzung, Antrag 39 betrifft die Ergänzung der übergeordneten Ziele, Antrag 40 betrifft eine neue Steuerungsvorgabe, die Mobilitätsberatungen messen soll, Antrag 41 betrifft eine neue Kennzahl, die Auskunft geben soll, wie viele Punkte wir vom Label Energiestadt Gold erreichen, Antrag 43 ist eine Änderung der Steuerungsvorgabe betreffend Jugendschutz, Antrag 48 betrifft die Änderung einer Steuerungsvorgabe. Sämtliche aufgezählten Anträge waren in der Kommission unbestritten und wurden in der Kommission 9 : 0 für gut befunden. Die FSU hat einzig zwei finanzrelevante Anträge, Nummer 42 und 44. Bei beiden Anträgen verlangen wir eine Erhöhung von 120 000 Franken, was je einer Stelle entspricht. Eine Stelle wird bei der Orts-, Gewerbe- und Marktpolizei geschaffen und soll im Jugendschutz eingesetzt werden. Eine zweite Stelle beim Einwohnerwesen soll im Bereich Menschenhandel, Kinderhandel und Schattenwirtschaft eingesetzt werden. Heutzutage kann man einem grossen Teil der gemeldeten Verdachtsfälle nicht nachgehen, weil die Ressourcen fehlen.

29. S. 140; Übersicht Antrag FSU

Redaktioneller Antrag

Personalentwicklung:

„Gegenüber dem Budget 2008 sind folgende Stellen neu budgetiert: (...) 0,4 Stelle Administration Wirtschaftsamt (Fr. 39 105.00) **finanziert über zusätzliche Einnahmen.**“

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 29 unbestritten an.

- | | | | |
|-----|------------------------------------|------------------------|---|
| 30. | S. 143;
Dir.stabdienst
(200) | Antrag Fraktion
FDP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 300'000.00
auf Fr. 870'585.70
zulasten PG 200100 Leistungen für Politik
und Verwaltungsführung |
|-----|------------------------------------|------------------------|---|

Pascal Rub für die Fraktion FDP: Bei der Polizeifusion hat man uns Synergiegewinne in Millionenhöhe in Aussicht gestellt. Diese Synergiegewinne haben wir durch rot-grüne Beschlüsse grosszügig verteilt. Das meiste ist in den Sozialbereich und in die Kultur geflossen. Jetzt merkt man bei der SUE, dass die Synergiegewinne doch nicht so gross waren und Stellen fehlen. Dies beantragt man uns wieder über das normale Budget. Eigentlich müsste man das mit dem kompensieren, was man an anderen Orten bereits ausgegeben hat. Da dies nicht mehr möglich ist, stellen wir den Antrag, den Stab vorerst nicht zu erhöhen. So lange ist diese Polizeifusion noch nicht her und man sollte sich zuerst richtig in die neue Situation einspielen und die vorhandenen Ressourcen richtig einsetzen können. Sollte es dann effektiv nötig sein, aufzustocken, sind wir bereit, noch einmal darüber zu diskutieren.

Stephan Hügli, Direktor SUE: Das Generalsekretariat wurde in der letzten Verwaltungsreform mit zwei neuen Ämtern beglückt. Das braucht Personal. Zweitens führte das Outsourcing durch die Polizeifusion zu einem höheren Koordinationsaufwand. Städte wie Biel oder Thun haben für diese Koordination extra neue Stellen geschaffen. Dieser Mehraufwand kam schon in den Vorbereitungsarbeiten zur Fusion klar zum Ausdruck. Diese Vorbereitungsarbeiten wurden von einem externen Begleiter begleitet, der alles analysierte und Vorschläge machte. Deshalb beantragen wir für das nächste Jahr keine neuen Stellen. Dies wurde bereits letztes Jahr gemacht und die neu geschaffene Stelle war im Budget 2008 ausgewiesen und wurde vom Stadtrat gutgeheissen. Die Erfahrungen der letzten acht Monate bestätigen den hohen Koordinationsaufwand. Künftig kann es aber sein, dass dieser Koordinationsaufwand noch höher wird, da die Polizei eher weiter von der Stadt Bern wegrückt. Ich weiss nicht, wo man kürzen könnte. Die Zahlen im Budget auf Seite 143 zeigen, dass die Nettokosten zurückgegangen sind auf 1.17 Millionen. Hier wurde nicht aufgestockt, sondern reduziert. Ich beantrage, diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 30 ab (28 Ja, 42 Nein). Abst.-Nr. 056

- | | | | |
|-----|------------------------------------|-----------------------------|---|
| 31. | S. 143;
Dir.stabdienst
(200) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Kürzung der Bruttokosten um Fr. 24'830.22
auf Fr. 1.7 Mio
zulasten PG 200200 Stabsdienstleistungen |
|-----|------------------------------------|-----------------------------|---|

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Auch hier müssen wir Kürzungen vornehmen, damit wir dereinst unsere Schulden zurückzahlen können. Leider wurden unsere Anträge bis jetzt alle abgelehnt. Es geht nur um 24 830 Franken. Wenn hier kein Sparwillen gezeigt wird, demonstriert das, dass das Geld hier keine Rolle spielt und es nur darum geht, die Bürger mittels Steuergeldern auszunehmen.

Stephan Hügli, Direktor SUE: Ich möchte wissen, wo das dieses Geld nach zehn Sparrunden konkret noch gespart werden soll. Wir könnten beispielsweise darauf verzichten, die Rechnungen für die Hundetaxen zu verschicken, aber dann verlieren wir unter dem Strich 300 000 Franken. Bei den Bruttokosten könnte damit durchaus eingespart werden.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 31 ab (17 Ja, 47 Nein, 4 Enthaltungen). Abst.-Nr. 057

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Andreas Zysset*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Die Protokollführerin: *Ursina Wälchli*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Andreas Zysset

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Simon Glauser	Christine Michel
Cristina Anliker-Mansour	Thomas Göttin	Patrizia Mordini
Rania Bahnan Buechi	Guglielmo Grossi	Erik Mozsa
Thomas Balmer	Beat Gubser	Reto Nause
Giovanna Battagliero	Ueli Haudenschild	Nadia Omar
Christof Berger	Erich J. Hess	Stéphanie Penher
Peter Bernasconi	Beni Hirt	Pascal Rub
Henri-Charles Beuchat	Mario Imhof	Hasim Sancar
Dieter Beyeler	Ueli Jaisli	Emine Sariaslan
Margrith Beyeler-Graf	Roland Jakob	Beat Schori
Lea Bill	Stefan Jordi	Rolf Schuler
Manfred Blaser	Dannie Jost	Miriam Schwarz
Peter Bühler	Ruedi Keller	Yves Seydoux
Conradin Conzetti	Peter Künzler	Hasim Sönmez
Dolores Dana	Claudia Kuster	Ernst Stauffer
Bernhard Eicher	Annette Lehmann	Barbara Streit-Stettler
Susanne Elsener	Edith Leibundgut	Ueli Stückelberger
Anastasia Falkner	Anna Magdalena Linder	Luzius Theiler
Karin Feuz-Ramseyer	Liselotte Lüscher	Martin Trachsel
Andreas Flückiger	Markus Lüthi	Gisela Vollmer
Urs Frieden	Daniela Lutz-Beck	Thomas Weil
Rudolf Friedli	Ursula Marti	Rolf Zbinden
Verena Furrer-Lehmann	Corinne Mathieu	Christoph Zimmerli
Jacqueline Gafner Wasem	Robert Meyer	Beat Zobrist
Karin Gasser		

Entschuldigt

Michael Aebersold	Andreas Krummen	Philippe Müller
Natalie Imboden	Markus Kiener	Anne Wegmüller

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI	Stephan Hügli-Schaad SUE	Edith Olibet BSS
-------------------	--------------------------	------------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Regula Rytz TVS
-------------------------	-----------------

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin	Beat Roschi, Ratsweibel
Matthias Uhlmann, Protokoll	Umut Akdas, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

- 2 Produktegruppen-Budget 2009**
- Stabe Budget 2009 (Kenntnisnahme)
- Antrag Gemeinderat: Ziff 9, Seiten 24 PGB 2009 (Genehmigung)
- Abstimmungsbotschaft

Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf, vergleiche Anhang.

Fortsetzung: Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

- | | | | |
|-----|------------------------------|--------------------------|--|
| 32. | S. 150; Kantonspolizei (210) | Antrag Fraktion SVP/JSVP | Erhöhung der Bruttokosten um Fr. 5'785'344.00 auf Fr. 35 Mio; zugunsten PG 210100 (Polizeipräsenz in Quartieren und Innenstadt erhöhen) |
|-----|------------------------------|--------------------------|--|

Erich J. Hess (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir haben das Budget sehr genau angeschaut und nicht nur Einsparungen vorgesehen. Wenn man an einen Ort spart, kann man an anderer Stelle dafür wieder Geld ausgeben.

Wir beantragen eine Erhöhung des Polizeibudgets. Es soll um Fr. 5 785 344.00 auf 35 Millionen Franken aufgestockt werden. Bern ist eine unsichere Stadt. Es kann nicht sein, dass Leute Angst haben, sich in gewissen Gebieten aufzuhalten, wie es im Moment der Fall ist. Viele fürchten sich dafür, an der Reithalle oder am Bollwerk vorbeizugehen. Das darf nicht sein. Es muss rigoros durchgegriffen werden. Dealer sollen nicht mehr geduldet werden. Jeder und jede muss sofort verhaftet werden, der oder die irgendwelche Drogen verkauft.

Es gibt in der Stadt Bern viel zu viele Diebstähle. Die Polizei hat gar nicht die Kapazitäten, diesen nachzugehen. Wenn bei einem zu Hause eingebrochen wird, kommt die Polizei, wenn man Glück hat, eine halbe Stunde nachdem das Delikt auf dem Posten gemeldet wurde. Vorher haben sie gar nicht die Zeit. Wir müssen die Polizei mit mehr Mitteln ausstatten, damit wir in Zukunft in einer sicheren Stadt leben können. Ich bitte den Stadtrat deshalb, unserem Aufstockungskredit zuzustimmen. Die Sicherheit muss uns etwas Wert sein. Bürgerinnen und Bürger zahlen dafür Steuern und nicht für all den anderen Mist, für den das Geld ausgegeben wird. Mit den Steuern sollen die elementaren Grundbedürfnisse der Bevölkerung gewährleistet werden. Der von uns beantragte zusätzliche Betrag ist aber nicht für mehr Verkehrskontrollen und mehr Parkkontrollen einzusetzen.

Corinne Mathieu (SP): In der Eintretensdebatte hat der Fraktionssprecher der FDP uns bezichtigt, wir würden das Geld nach dem Giesskannenprinzip verteilen und würden uns als Weihnachtsmänner, respektive Weihnachtsfrauen aufspielen. Die SVP/JSVP-Fraktion will nun mit diesem Antrag zusätzlich über 5 Millionen Franken ins Budget buttern. Das wäre aber ein ganz grosses Geschenk, wenn man schon Weihnachten bemühen will. Dieser Antrag ist auch sonst erhellend, denn einerseits spielt sich die SVP/JSVP-Fraktion als Sparapostel auf und will andererseits im Sozialbereich kürzen. Würde dieser Antrag angenommen, würde im Budget ein Defizit von rund 5 Millionen Franken resultieren. Ist das für die SVP nichts? Sie scheinen nach einer eigenen Logik zu funktionieren.

Die SVP/JSVP-Fraktion kommt mit ihren Anträgen reichlich spät. Wenn es ihnen ernst gewesen wäre, hätte sie diese bereits anlässlich der Diskussion um den Ressourcenvertrag im Stadtrat gestellt. Damals wurde aber kein entsprechender Antrag gestellt, wenn ich mich richtig erinnere. Auch die FDP-Fraktion stimmte damals dem Vertrag und dem Kredit von 28.3 Millionen Franken zu. Offensichtlich hat die SVP/JSVP-Fraktion zudem Mühe mit dem Rech-

nen. Wenn man das Budget der Kantonspolizei auf 35 Millionen Franken erhöhen will, müsste ein zusätzlicher Beitrag von 7.5 Millionen Franken eingesetzt werden und nicht nur 5 Millionen Franken. Im jetzigen Ressourcenvertrag haben wir nämlich Leistungen im Umfang von 28.3 Millionen Franken eingekauft.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass die vorhandenen Ressourcen ausreichen. Die Frage ist höchstens, wie sie eingesetzt werden.

Peter Bühler (SVP): Es ist richtig, dass wir in der Erhöhung der Polizeipräsenz eine Priorität sehen. Hätte man unsere vorangehenden Kürzungsanträge unterstützt, müssten wir jetzt nicht darüber diskutieren, wo die 5.7 Millionen Franken herkommen sollen. Der Fall ist klar. Wir wollen eine höhere Polizeipräsenz. Das Volk hat Anrecht auf eine sichere und ruhige Stadt. Es darf nicht jedes Wochenende Schwerverletzte oder sogar Tote geben, so wie in letzter Zeit. Das ist eine Fehlentwicklung. So etwas darf in unserer Stadt nicht mehr vorkommen. Wir erwarten, dass die Polizei aufgestockt wird.

Bernhard Eicher (JF): Die FDP-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen. Es wurde eine Volksinitiative lanciert, die Ähnliches fordert. Wir wollen nun erst einmal den Volksentscheid abwarten. Wir gehen davon aus, dass die Initiative angenommen wird. Es wäre somit nicht korrekt, diese Erhöhung bereits ins Budget 2009 aufzunehmen. Diese Aufstockung kann dann allenfalls ins Budget 2010 aufgenommen werden.

Simon Glauser (SVP): Die Argumente von Bernhard Eicher wollte ich eigentlich gerade zu Gunsten des Antrags verwenden. Ich bin der Meinung, dass - analog zum Vorgehen betreffend einen verkehrsfreien Bahnhofplatz - auch hier im Hinblick auf die Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ und der damit verbundenen höheren Polizeipräsenz das Geld bereits bereitgestellt werden sollte. Nicht zuletzt deshalb, damit man dann trotzdem etwas in diese Richtung tun kann, sollte die Initiative abgelehnt werden. Ich bitte den Stadtrat, unseren Antrag zu unterstützen.

Erich J. Hess (JSVP): Wenn ich Corinne Mathieu zuhöre, muss ich sagen, dass unsere Väter einen grossen Fehler begangen haben, indem sie 1971 den Frauen das Stimmrecht verliehen haben. Ich muss Corinne Mathieu korrigieren: Die Bruttoausgaben belaufen sich auf 29.2 Millionen Franken. Die Differenz zu 35 Millionen Franken ist und bleibt deshalb Fr. 5 785 344.00. Die Aussage, wir würden in einer sicheren Stadt leben, ist falsch. In einer sicheren Stadt fühlen sich alle Bürgerinnen und Bürger sicher. Es darf nicht sein, dass die Leute Angst haben, sich in der Stadt zu bewegen.

Corinne Mathieu (SP): Das Niveau von Erich J. Hess ist beinahe unterirdisch. Tiefer kann es nicht mehr sinken. Ich war die Referentin des Ressourcenvertrags und des Police Bern-Kredits. Der Kredit beläuft sich auf 28.3 Millionen Franken. Wie viel nun die Differenz zu 35 Millionen Franken beträgt, kann Erich J. Hess ja mit dem Taschenrechner ausrechnen, wenn er sonst nicht fähig ist, die korrekte Zahl zu ermitteln.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass die vorhandenen Ressourcen ausreichen. Die Frage ist einzig, wie sie eingesetzt werden. Wenn die Kantonspolizei lieber irgendwelche seltsamen Informationskampagnen durchsetzt, statt sich auf ihre Kernaufgabe, nämlich die Garantierung der Sicherheit der Bevölkerung, zu konzentrieren, ist das nicht ein Problem der Politik, sondern eine Frage der Prioritätensetzung bei der Einsatzplanung. Der SP/JUSO-Fraktion ist die Polizeipräsenz in den Quartieren auch sehr wichtig. Ich erinnere an unsere Dringliche Interpellation von letztem November zu diesem Thema. Damals hat sich die SVP überhaupt nicht zu Wort gemeldet. Die Schlägerei von letzter Woche, die zu einem Todesfall geführt hat, stellt

eine äusserst bedauerliche Eskalation von Gewalt vor der Reithalle dar. Wir sind zutiefst bestürzt und schockiert über diesen Vorfall und verurteilen das Geschehene aufs Schärfste. Dass die Bürgerlichen diesen tragischen Vorfall aber nun benutzen, um die Politik von RGM anzuprangern, ist allerbilligster Populismus und einfach nur widerlich. So werden ganz sicher keine Probleme gelöst.

Beat Schori (SVP): Zu Erich Hess: Ich bin froh, dass ich mit meiner Frau darüber diskutieren kann, was wir abstimmen wollen. Ebenso bin ich froh, dass wir das früher in der Familie mit meinen Eltern tun konnten.

Pascal Rub (FDP): Dass die Polizei über zu wenig Ressourcen verfügt, haben wir schon mehrmals gesagt. Wir werden uns diesbezüglich mit Corinne Mathieu heute nicht einig. Wenn wir heute Polizisten bestellen, bekommen wir sie frühestens 2010. Selbst wenn wir sie heute bezahlen würden, bekämen wir sie nicht früher. Wir sind deshalb aus Seriositätsgründen dafür, dass dieser Budgetposten für das Jahr 2009 noch nicht aufgenommen wird.

Henri-Charles Beuchat (CVP): Ich verstehe Corinne Mathieu nicht. Der von mir gestellte Antrag auf Diskussion wurde abgelehnt. In der Budgetdebatte wird das Thema nun aber aufgenommen. Corinne Mathieu muss sich überlegen, was sie eigentlich will.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Zunächst zu den Zahlen: 28.3 Millionen Franken betrug der ausgehandelte Betrag für das Jahr 2007. Unterdessen wurde zweimal die Teuerung dazu gerechnet, deshalb kommt man mittlerweile auf 29.2 Millionen Franken. Zur Aussage, Bern sei unsicher: Immerhin ist Bern gemäss Mercer-Studie die zweitsicherste Stadt von insgesamt 215 weltweit untersuchten Städten. Obwohl ich ein grosses Verständnis für das Anliegen der SVP/JSVP-Fraktion habe, scheint mir die Argumentation der FDP-Fraktion ausserordentlich vernünftig. Die Volksabstimmung über die Initiative wird zeigen, welcher Betrag im nächsten oder übernächsten Budget allenfalls aufgenommen werden muss. Ich bitte den Stadtrat im Namen des Gemeinderats, den Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 32 ab (16 Ja, 54 Nein). Abst.-Nr. 058

33.	S. 151/152; Kantonspolizei (210)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Änderung Steuerungsvorgabe 4) Kontrolltätigkeit Verkehr in Std; SOLL 30'000 [statt 60'000] PG 210100
-----	--	-----------------------------	--

Erich J. Hess (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Die Sicherheit in unserer Stadt leidet. Wir würden besser mehr Polizisten einsetzen, um die Kriminalität zu bekämpfen. Das Dealen, die Überfälle, die Diebstähle und alles, was in dieser Stadt kriminell ist und worunter die Menschen zu leiden haben, soll bekämpft werden. Wenn es ab und zu falsch parkierte Autos hat, stört das grundsätzlich niemanden, solange die Durchfahrtswege nicht versperrt werden. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Steuerungsvorgabe verändert werden muss. Wir beantragen eine Halbierung der Verkehrskontrollen in der Stadt Bern von 60 000 auf 30 000 Stunden. Auch diese verminderte Kontrolltätigkeit würde mehr als ausreichen. Es ist klar, dass der Bussenertrag dadurch sinken würde. Es ist dasselbe wie bei Antrag 32, wo man etwas mehr ausgeben wollte. Wenn der Stadtrat so schlau wäre und unseren Anträgen folgen würde, würden wir unter dem Strich 133 Millionen einsparen und keinen Franken an Mehrausgaben tätigen.

Leute, die zu uns in die Stadt kommen, zum Beispiel um einzukaufen, sollen nicht noch mit Parkbussen verärgert werden, sonst verlegen sie ihre Einkaufstätigkeiten ins Shoppyland oder demnächst ins Westside. In Bern werden unverhältnismässig viele Verkehrsbussen verteilt. Es vergeht kein Tag, wo die Bussen verteilenden Polizistinnen und Polizisten nicht unterwegs sind. Das kann es nicht sein. Wir müssen die Polizei dort einsetzen, wo sie der Bevölkerung etwas bringt.

Thomas Weil (SVP): Diesen Antrag haben wir in der Kommission FSU schon über Jahre hinweg immer wieder gestellt. Die Forderung nach einer Halbierung der Kontrollen im Verkehrsbereich ist nicht neu. Es wurde schon gesagt, es geht um die Prioritätensetzung. Bei schweren Delikten ist unsere RGM-Mehrheit nicht gewillt, die Sicherheit durch eine verstärkte Polizeipräsenz zu erhöhen. Hingegen reagiert man bei Bagatellen, wie Parkvergehen oder Geschwindigkeitsübertretungen unverhältnismässig und setzt möglichst viele Polizeistunden ein, was einer Behinderung des motorisierten Verkehrs entspricht. Das passt in das systematische Bestreben der Stadt Bern, den Autoverkehr aus der Stadt zu verbannen. Dem wollen wir entgegenwirken und hoffen deshalb, dass unser Antrag angenommen wird.

Simon Glauser (SVP): Ich muss Thomas Weil und Erich Hess Recht geben. Wenn in der Stadt Bern kontrolliert wird, ist es übermässig und unverhältnismässig. Das stellen all jene fest, die schon einmal am Donnerstagabend während einer Stadtratssitzung das Auto in der Postgasse abgestellt haben, weil sie nicht bereit waren, für einen ganzen Abend im Parkhaus Fr. 30.00 zu bezahlen. Kontrollen sollen der Verkehrssicherheit dienen und nicht im Sinn von budgetierten Einnahmen erfolgen. Es ist grundlegend falsch, dass für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs überhaupt Steuerungsvorgaben bestehen. Es soll dort kontrolliert werden, wo es der Verkehrssicherheit dienlich ist. Das kann auch bei falsch parkierten Fahrzeugen sein, wenn sie Blaulichtorganisationen behindern oder andere Verkehrsteilnehmende tangieren. In solchen Fällen scheint es mir logisch, dass ein Fahrzeug abgeschleppt wird. Während des Jahres stelle ich als Autofahrer fest, dass mehr kontrolliert wird. Im Herbst sind die Kassen voll und da man ja die budgetierten Einnahmen nicht übertreffen darf, wird weniger kontrolliert. Man bekommt fast keine Parkbussen mehr, egal wo man sein Auto hinstellt. Da kann ja etwas nicht stimmen in der Verteilung übers ganze Jahr. Ich hoffe, dass uns der Stadtrat bei diesem Antrag entgegenkommt und ihm zustimmt.

Beat Zobrist (SP): Von wegen Verhältnismässigkeit, beim Hanfkonsum ist die SVP weit weniger grosszügig. Ich habe noch eine wichtige Durchsage betreffend unverhältnismässige Verkehrsbussen zu machen: Vor einer Viertelstunde bin ich durch die Rathausgasse gefahren. Dort standen insgesamt 30 Autos im Parkverbot.

Ueli Stückelberger (GFL): Die SVP/JSVP-Fraktion unterliegt einem Irrtum. Man kann nicht die Verkehrspolizei gegen die Kriminalitätsbekämpfung ausspielen. Das sollte eigentlich bekannt sein. Die Verbrechensbekämpfung ist Sache der Gerichtspolizei. Da hat die Stadt Bern überhaupt nichts zu sagen. Die Kantonspolizei handelt in diesem Bereich so, wie sie es für gut befindet.

Uns sind die Verkehrskontrollen wichtig. Sie betreffen nicht nur den ruhenden Verkehr. Wenn wir in der Innenstadt schöne verkehrsfreie Zonen schaffen, ist das nur dann sinnvoll, wenn sie in den Zeiten, wo das Parkieren verboten ist, auch wirklich frei bleiben. Die Einhaltung dieser Regeln soll kontrolliert werden.

Roland Jakob (SVP): Ich finde es stossend, dass nur die Autos kontrolliert werden. Die überall herumstehenden Velos und Motorräder müssen auch in die Verkehrskontrollen einbezogen

werden. Wenn schon kontrolliert wird, dann alle Verkehrsteilnehmenden. Ich weiss nicht, ob Beat Zobrist bei seinen eben geschilderten Beobachtungen in der Rathausgasse auch die falsch parkierten Velos mitgezählt hat.

Simon Glauser (SVP): Beat Zobrist möchte ich sagen, dass es klar ein Zeichen einer verfehlten Verkehrspolitik ist, wenn es jetzt, lange nach der Einführung des Parkverbots, dort immer noch parkierte Fahrzeuge hat. Es ist halt schlicht ein Bedürfnis, das sich auch mit einem Verbot nicht unterdrücken lässt. Die Linke hat das Gefühl, man könne alle Leute zwingen, ins Parkhaus zu gehen oder nicht mehr mit dem Auto in die Stadt zu kommen. Das ist eine falsche Politik. Die Konsequenz wäre, eine grosse Mauer um die Stadt herumzuziehen, so dass nur noch Menschen und keine Autos mehr in die Stadt gelangen können. Es wird immer wieder Übertretungen geben. Das ist eine Folge der RGM-Verkehrspolitik, die einfach nicht aufgeht.

Gisela Vollmer (SP): Es handelt sich nicht um „unsere“ Verkehrspolitik. Es ist die Verkehrspolitik von uns allen. Vor einigen Jahren haben wir nämlich einen Verkehrskompromiss geschlossen, darauf beruht auch die Anzahl Parkplätze. An den ursprünglich auch von der SVP/JSVP-Fraktion unterschriebenen Verkehrskompromiss will sie sich nun nicht mehr halten. Die SVP ist eine schwierige Partnerin.

Stadtratspräsident *Andreas Zysset (SP)*: Ich erinnere daran, dass es hier um eine Steuerungsvorgabe geht und bitte die votierenden, beim Thema zu bleiben.

Simon Glauser (SVP): Ich finde es nicht in Ordnung, dass uns der Stadtratspräsident rügt, wenn wir diskutieren. Ich bitte ihn, solche Äusserungen in Zukunft zu unterlassen. Zum Verkehrskompromiss: Es wäre schon lange an der Zeit, dass man wieder einmal kontrolliert, was eigentlich seinerzeit vom Volk verlangt und was in den über zehn Jahren seither wirklich umgesetzt wurde, das nicht im Sinn des Volksvorschlags ist.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Die Stadt kann gemäss Ressourcenvertrag auch im Verkehrsbereich Schwerpunkte setzen oder Vorgaben bezüglich der Zielgrössen machen. Es ist aber auseinander zu halten, was in die kantonale Zuständigkeit der Gerichtspolizei und was in das Gebiet der Verkehrspolizei fällt, wo wir mitbestimmen können. Auch die Verfolgung von Verkehrssündern ist letztlich eine gerichtspolizeiliche Aufgabe. Der Kanton gibt also vor, was er will. Selbstverständlich dürfen wir gemäss Ressourcenvertrag gewisse Vorgaben machen. In letzter Instanz entscheidet aber die Kantonspolizei, wenn sie aus Gründen der Verkehrssicherheit findet, sie müsse andere Schwerpunkte setzen. Man kann diese Steuerungsvorgabe durchaus so drin lassen. Die Kantonspolizei will sich grundsätzlich auch daran halten. Sollte sie aber finden, die Kantonskasse müsste aufgefüllt werden, kann sie so viele Verkehrskontrollen durchführen, wie sie will. Ich weiss nicht, ob in der Stadt unverhältnismässig viel kontrolliert wird oder ob es unverhältnismässig viele Parksünderinnen und Parksünder gibt. Es scheint mir, dass sich beides gegenseitig bedingt. Ich stelle in Frage, ob es an uns ist, auf Gemeindeebene festzulegen, welche Verfehlungen im Rahmen eines Strassenverkehrsgesetzes geahndet werden sollen und welche nicht. Ich bitte den Stadtrat deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 33 SVP/JSVP ab (14 Ja, 52 Nein, 3 Enthaltungen). Abst.-Nr. 059

34. S. 156; Amt für Antrag FSU Bemerkungen:

Umweltschutz
(220)

„Die für das Jahr 2008 eingeleiteten Haushaltverbesserungsmassnahmen werden **wie folgt** fortgesetzt (...):
Streichung der Kosten für Aktionen Mobilitätsberatung (**100'000 Franken**).“

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 34 an.

- | | | | |
|-----|------------------------------------|--------------------------|--|
| 35. | S. 156; Amt für Umweltschutz (220) | Antrag Fraktion FDP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 664'000.00 auf Fr. 3'514'812.58
zulasten PG 220100 Umweltschutz |
| 36. | S. 156; Amt für Umweltschutz (220) | Antrag Fraktion SVP/JSVP | Streichung der Bruttokosten von Fr. 666'842.18;
Aufhebung P 220140 Lokale Agenda 21 |

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Wir beantragen, bei der Produktgruppe Umwelt eine Reduktion von Fr. 664 000.00 vorzunehmen. Es geht um die Lokale Agenda 21. Wir finden, dass diese nichts bringt. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Umweltschutz, im Gegenteil. Der Umgang mit nachhaltigen Ressourcen ist wichtig, aber letztlich muss jede Aktivität, welche die Stadt ausübt den Effizienz- und Effektivitätskriterien entsprechen. Bei der Lokalen Agenda 21 ist das leider nicht der Fall. Das zeigt sich zum Beispiel beim Tag „Bern bewegt“. Das mag für gewisse Leute eine lustige Veranstaltung sein. Aber man erreicht damit vor allem Leute, die sowieso schon nicht mehr Auto fahren. Alle Auto fahrenden regen sich auf, insofern kann man sie mit einer solchen Aktion offenbar nicht erreichen. Weiter gibt es die Klimaplattform der Wirtschaft. Das finden wir an sich eine sehr gute Sache und wir hoffen, dass sie noch weiter bestehen bleibt. Aber dafür brauchen wir nicht Fr. 600 000.00. Sie soll kostenneutral sein. Wir sind der Meinung, dass man dieses Geld besser einsetzen kann und bitten den Rat, unseren Antrag zu unterstützen.

Thomas Weil (SVP): Die Abschaffung der Lokalen Agenda 21 verlangten wir mittels eines Vorstosses auch schon. Die meisten Leute wissen wohl gar nicht, worum es dort geht. Es handelt sich um ein ideologisches und engstirniges Projekt, das den Leuten in unserer Stadt aufgezwungen wird, genauso wie der autofreie Tag. Das sind rücksichtslose fanatische Übungen der Linken, bei denen gar nicht klar ist, worum es geht. Beim autofreien Tag geht es darum, wieder irgendeine Möglichkeit zu haben, gegen das Auto vorzugehen. In diesem Bereich werden sämtliche Facetten ausgeschöpft und so führt man noch einen autofreien Tag ein. Das kostet sehr viel und ist gewerbefeindlich, da Umsatzeinbussen resultieren. Der autofreie Tag ist Gift für das städtische Gewerbe, aber das scheint ja keine Rolle zu spielen, da die Klientschaft der Linken ja sowieso meist keine oder nur ganz wenig Steuern bezahlt. Die Lokale Agenda 21 beinhaltet irgendwelche Schrottprojekte. Sie ist völlig absurd. Vielleicht kann mir dann noch jemand erklären, worum es dort überhaupt genau gehen soll. Die Lokale Agenda 21 ist relativ teuer und bringt nichts. Angesichts der jetzigen Finanzlage sollte man sich auf Wesentliches beschränken, statt solchen Nonsens zu veranstalten.

Stefan Jordi (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die Wortwahl meiner Vorredner zeigt in etwa, was sie von der Umwelt halten. Sie sind immer noch der Ansicht, dass die Umwelt für uns Menschen in der Stadt Bern wohl nicht so wichtig ist. Messungen zeigen immer wieder, dass die Grenzwerte oft überschritten werden. Wir werden im kommenden Winter wieder mit der

Feinstaubproblematik konfrontiert werden. Irgendeinmal werden das auch die Bürgerlichen einsehen.

Die CO₂-Reduktion ist mit der Aktion „Bern atmet durch“ ein Schwerpunkt der Lokalen Agenda 21. Wer ignoriert, was in diesem Bereich in den letzten zwei Jahren getan wurde, läuft blind durch die Stadt Bern. Relativ viele Leute wurden mit dieser Aktion erreicht, das wird immer wieder gemessen. Wer das nicht akzeptiert, ignoriert Tatsachen. Auch die Klimaplattform der Wirtschaft ist etwas sehr Gutes. Es ist das Ziel, den CO₂-Ausstoss um einige tausend Tonnen im Jahr zu reduzieren.

Noch etwas zum autofreien Tag: Es gibt 364 Tage im Jahr, die nicht autofrei sind. Ein einziger Tag ist annähernd autofrei, das sollte auch für Auto Fahrende zumutbar sein. In diesem Jahr wird es um die Freizeitmobilität gehen. Es soll aufgezeigt werden, dass man in der Freizeit auch ohne Auto unterwegs sein kann, beispielsweise mit dem Fahrrad, mit Inline-Skates oder mit dem öffentlichen Verkehr. Die SP/JUSO-Fraktion wird die beiden Anträge 35 und 36 ablehnen.

Rolf Schuler (SP): Thomas Weil hat gesagt, dass unsere Klientschaft in der Regel keine oder nur wenig Steuern bezahle. Zu meiner Klientschaft gehören zum Teil Menschen mit Behinderung, die aufgrund ihrer Behinderung nicht oder nur beschränkt in der Lage sind, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Aus meiner Sicht ist es bedenklich, wenn man diesen Bevölkerungsgruppen den Vorwurf macht, sie würden keine Steuern zahlen. Das grenzt bereits an Menschenverachtung.

Ruedi Friedli (SVP): Stefan Jordi hat vorhin gesagt, die Umwelt sei uns wohl nicht so wichtig. Das stimmt nicht. Aber die Massnahmen der Lokalen Agenda 21 bringen nichts. Ich kenne jedenfalls niemanden, der aufgrund des autofreien Tages sein Mobilitätsverhalten grundlegend verändert oder sein Auto verkauft hat. Der Tag wird vielmehr als Schikane wahrgenommen. Ich kenne Leute, die ihr Auto verkauft haben, weil sie kein Geld mehr haben oder weil sie weggezogen sind.

Manfred Blaser (SVP): An Stefan Jordi: Im Winter fahren wahrscheinlich mehr Autos als im Sommer. Es wird nicht geschaut, woraus die Luftbelastung resultiert. Sie wird nicht nur von den Autos verursacht, sondern von anderer Seite. Mit den Autos hat das überhaupt nichts zu tun. Ich weiss nicht, wie man so etwas immer wieder behaupten kann.

Erich J. Hess (JSVP): Wir unterstützen natürlich den FDP-Antrag. Noch besser wäre es aber, wenn unser Antrag angenommen würde. Die Lokale Agenda 21 soll vollständig gestrichen werden. Manfred Blaser hat es gesagt, man soll nicht immer mit diesem Umweltschutz kommen. Wenn man sich die Protokolle der städtischen Messanlagen anschaut, stellt man fest, dass die Aussagen der Linken nicht stimmen. Während des Wasserschadens am Bollwerk vor zwei Jahren konnten die Autos dort über zwei Monate nicht verkehren, die Messwerte blieben aber dennoch unverändert. Die Belastungen kommen von der Bahn und von allen anderen Fahrzeugen. Im Winter hat es viel Staub auf der Strasse. Er kann bereits durch ein Fahrrad aufgewirbelt werden.

Umweltpolitik ist nicht städtische Politik. Sie muss in grösseren Dimensionen angeschaut werden. Zudem ist die Stadt Bern schon heute sehr ökologisch. Sehr viele Leute benutzen schon heute den öffentlichen Verkehr. Im Vergleich mit anderen Städten, zum Beispiel in Mexiko oder Amerika, sind wir hier doch schon viel fortschrittlicher. Es soll also nicht unnötig Geld in etwas investiert werden, das es sowieso nicht braucht. Das bis anhin für die Lokale Agenda 21 eingesetzte Geld kann sinnvoller verwendet werden. Sie bringt nichts, ausser, dass sie einigen Linken den Lohn bezahlt.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Das Amt für Umweltschutz arbeitet grundsätzlich auf drei verschiedenen Ebenen. Einerseits werden Grundlagen erarbeitet, wie beispielsweise Messungen von Luft, Lärm, Gewässer, Trinkwasser und Asbest. Wie wir heute sehen, werden diese gesicherten Zahlen völlig unterschiedlich interpretiert. Weiter arbeiten wir bei den Planungen mit, damit rechtzeitig und kostengünstig möglichst viele Arbeiten im Sinne des Umweltschutzes realisiert werden können. Die dritte Säule stellt die Prävention dar, wo auch die Lokale Agenda 21 dazu gehört. Es geht um die Umsetzung der Energiestrategie, was übrigens auch in der Gemeindeordnung so steht. Im Gemeinderat haben wir die Lokale Agenda 21 mit den Themenschwerpunkten CO₂-Reduktion, das Umweltmanagement in der Stadtverwaltung und die Mobilitätsberatung festgelegt. Eine globale Kürzung hätte zur Folge, dass das Amt für Umweltschutz seine Aufträge nicht mehr erfüllen könnte.

Der Aktionstag „Bern bewegt“ wurde in Frage gestellt. Bis im letzten Jahr hat diese Veranstaltung tatsächlich stark polarisiert. Sie war aus meiner Sicht kontraproduktiv. Dieser Anlass hat sich aber zu einer lösungsorientierten Veranstaltung bezüglich Mobilitätsfragen weiter entwickelt. Offenbar waren nicht viele Mitglieder der SVP und der FDP am letzten Aktionstag „Bern bewegt“ vom 22. September 2007 dabei. Es waren zahlreiche Leute anwesend, die sich darüber informieren wollten, was es im Fahrzeugbereich vom Elektrovelo bis zum erdgasbetriebenen Fahrzeug für tolle Möglichkeiten gibt, sich fortzubewegen. Die Aktion hatte einen grossen Zuspruch, und die Leute haben sich Gedanken über umweltfreundlichere Möglichkeiten der Fortbewegung gemacht. Der Aktionstag ist eben gerade kein Selbstbeweihräucherungsanlass mehr. Er zeigt vielmehr mit der Unterstützung verschiedenster Akteure vernünftige Lösungsansätze in Mobilitätsfragen auf.

Die Klimaplattform der Wirtschaft ist eine sehr wichtige Austauschplattform zwischen der Wirtschaft und der Verwaltung. Über 40 Unternehmen machen in diesem Projekt mit. Zusätzliche Projekte zur CO₂-Reduktion wurden wie erwähnt lanciert. Bereits umgesetzte Massnahmen werden von anderen Unternehmen übernommen. Dieser Austausch untereinander stellt ein wichtiges Signal der Verwaltung dar, dass eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren gesucht wird, um umsetzbare und wirkungsvolle Massnahmen zu definieren.

Ich möchte jene Mitglieder des Stadtrats, die nicht genau wissen, was das Amt für Umweltschutz in seinen Projekten alles macht, herzlich einladen, einmal vorbeizukommen. Wir würden ihnen gerne zeigen, in welcher Art dort sinnvoll gearbeitet wird. Sollte einer der Anträge angenommen werden, müsste man uns dann noch sagen, was wir mit dem verbleibenden Restbetrag machen sollen. Damit kann man diese Produktgruppe nämlich nicht mehr aufrechterhalten.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 35 ab (26 Ja, 45 Nein). Abst.-Nr. 060
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 36 ab (24 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 061

37.	S. 156; Amt für Umweltschutz (220)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Streichung der Bruttokosten von Fr. 619'858.38; Aufhebung P 220150 Energiestadt
-----	------------------------------------	--------------------------	--

Simon Glauser (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Ich möchte, dass mir *Stephan Hügli* erklärt, worum es bei der Energiestadt geht. Handelt es sich um ein Label, das eine Stadt erhält, die gewisse energiepolitische Voraussetzungen erfüllt? Mich würde interessieren, was dieses Energielabel unserer Stadt bringt. Gibt es Leute, die nach Bern ziehen, weil Bern dieses Label besitzt? Wenn mich die Erklärungen von *Stephan Hügli* überzeugen, können wir diesen Antrag vielleicht noch zurückziehen.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Im Mai 2006 hat der Gemeinderat die Energiestrategie der Stadt Bern mit konkreten Zielsetzungen verabschiedet. Für die Umsetzung dieser Zielsetzungen braucht es eine Fachstelle innerhalb der Verwaltung. Die Energiefachstelle koordiniert die Umsetzung dieser Energiestrategie. Grossen Wert legen wir dabei auf die Zusammenarbeit mit den Akteuren in der Stadt Bern und innerhalb der Verwaltung. Sie fokussiert auf jene Bereiche, die eine grosse Hebelwirkung haben und wirtschaftlich sinnvoll sind. Beispielsweise im Gebäudebereich besteht nach wie vor ein grosser Handlungsbedarf. Die Energiefachstelle ist auch für das Label „Energistadt“ verantwortlich. Die Stadt Bern hat dieses Label seit 1997. Im Jahr 2006 fand die letzte Re-Zertifizierung statt. Der Gemeinderat strebt in seiner Energiestrategie das Label „Energistadt Gold“ an. Dazu braucht es diese Fachstelle. Alle grossen und sehr viele mittlere Städte in der Schweiz sind Energiestädte. Die Stadt Bern kann es sich schlicht nicht leisten, diese Arbeit zu vernachlässigen und aus der Liste dieser Städte hinaus zu fallen. Eine Aufhebung dieses Produktes hätte zur Folge, dass weder die Energiestrategie umgesetzt werden könnte noch das Label „Energistadt“ weiter erhalten werden könnte.

Hier noch eine kleine Auswahl von Aktionen der Energiefachstelle seit 2007: Die Solarkampagne 2008 ist ein grosser Erfolg, die Nachfrage riesig. Der Energieunterricht an Berner Schulen, das Energieversorgungskonzept und die Vorbereitung des dazugehörigen Richtplans, die Veranstaltungen „Energistadt Bern lädt ein“, der Berner Energiepreis und die Vorbereitungen des Gebäudesanierungsprogramms für die Stadt Bern sind weitere Aktivitäten der Energiefachstelle. Ich bitte den Stadtrat um Ablehnung dieses Antrags.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 37 ab (16 Ja, 44 Nein, 6 Enthaltungen). Abst.-Nr. 062

38.	S. 158; Amt für Umweltschutz (220)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Streichung Steuerungsvorgabe 5) Durchführung autofreier Tag; SOLL nein [statt ja]
-----	------------------------------------	--------------------------	---

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 38 ab (23 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 063

39.	S. 158; Amt für Umweltschutz (220)	Antrag FSU	Ergänzung Übergeordnete Ziele Neu: „Die Energiestrategie wird konsequent umgesetzt (P 220150).“
-----	------------------------------------	------------	--

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 39 an.

40.	S. 158/159; Amt für Umweltschutz (220)	Antrag FSU	Neue Steuerungsvorgabe 5) Mobilitätsberatung SOLL 15 (10) <i>(15 Erstberatungen sind durchgeführt, davon haben 10 Unternehmen mindestens eine der vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt)</i> PG 220100
-----	--	------------	--

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 40 an.

- | | | | |
|-----|--|------------|---|
| 41. | S. 160; Amt für
Umweltschutz
(220) | Antrag FSU | <p>Neue Kennzahl 9): Anzahl Punkte Label Energiestadt. Istwert 2006: 327.3 (363).
PG 220100
<i>(Anzahl erreichte Punkte (Anzahl Punkte Label Energiestadt Gold). Die Re-Zertifizierung findet alle vier Jahre statt)</i></p> |
|-----|--|------------|---|

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 41 an.

- | | | | |
|-----|--|------------|--|
| 42. | S. 162; Poli-
zeiinspektorat
(230) | Antrag FSU | <p>Erhöhung der Nettokosten um 120'000 Franken auf 25'158.64 Franken zugunsten PG 230300 Orts-, Gewerbe- und Marktpolizei
(zusätzliche 100%-Stelle im PI)</p> |
| 43. | S. 162; Poli-
zeiinspektorat
(230) | Antrag FSU | <p>Erhöhung der Nettokosten um 120'000 Franken auf 3'091'630.92 Franken zugunsten PG 230400 Regelung des Einwohnerwesens
(zusätzliche 100%-Stelle im PI)</p> |

BAK-Referent *Ruedi Friedli* (SVP): Wir haben uns in der BAK im Gegensatz zur Sachkommission gegen diese Erhöhung ausgesprochen. Der Gemeinderat hatte ursprünglich ein Konzept, das sechs Stellen beinhaltete. Zwei Stellen sind heute schon realisiert. Für das Jahr 2008 waren ebenfalls zwei Stellen vorgesehen, ebenso für das Jahr 2009. Der Gemeinderat hat damit spekuliert, dass in diesem Budget kein neues Geld zur Schaffung weiterer zwei Stellen aufgenommen werden muss. Man wollte zunächst schauen, ob das im Budget übrig bleibende Geld allenfalls dafür ausreicht.

Die Sachkommission hat die Auffassung vertreten, dass sie alle vier Stellen sofort schaffen wolle, da die Orts-, Gewerbe- und Marktpolizei unter chronischer Überlastung leide. In der Budget- und Aufsichtskommission haben wir dann getrennt abgestimmt. Zunächst ging es um jene zwei Stellen, die der Gemeinderat offenbar schon im Mai dieses Jahres beschlossen hat. Wir kamen zur Auffassung, dass wir das Geld dafür nicht ins Budget aufnehmen wollen, schliesslich wollte es der Gemeinderat ja auch nicht tun. Wir waren diesbezüglich der Ansicht des Gemeinderats, dass man einen Nachkredit stellen könne, für den Fall, dass nicht genug Geld verbleibt. Danach wurde über jene beiden Stellen befunden, die erst in Zukunft geschaffen werden sollen. Wir haben beschlossen, sie erst recht nicht in das vorliegende Budget aufzunehmen, dies analog zur Ansicht des Gemeinderats. Wir wollten ihm hier nicht ins Handwerk pfuschen.

FSU-Referentin *Dolores Dana* (FDP): Ursprünglich waren im IAFP sechs Stellen vorgesehen, aufgeteilt auf die Bereiche Einwohnerdienste sowie Markt und Behörden. Per 1. Januar 2008 wurden die beiden ersten Stellen geschaffen. Sie waren bereits im Budget 2008 enthalten. Man wollte danach abwarten, wie sich diese beiden Stellen im Polizeiinspektorat auswirken. Der Budgetablauf war zu jener Zeit schon beendet und der Gemeinderat musste einen entsprechenden Beschluss fällen für weitere zwei Stellen. Es handelt sich um die beiden Stellen, die wir dem Stadtrat nun beantragen, je eine im Einwohnerwesen und eine im Bereich Markt und Behörden. Dies, weil es nicht angeht, dass man andauernd neue Dinge einkauft, andererseits aber nicht die nötigen Ressourcen schafft. Ob diese Stellen kompensiert werden kön-

nen, scheint uns fraglich. Es ist schon heute klar, dass ein Nachkredit gestellt werden muss. Es ist also einerlei, ob wir heute die beiden Stellen ohne Nachkredit schaffen, oder formalistisch vorgehen, wie es die BAK wünscht. Ich bitte den Rat, die beiden Anträge zu unterstützen.

Luzius Theiler (GPB): Ich bin etwas erstaunt. Wenn ich es richtig verstanden habe, wurden die beiden Stellen bereits geschaffen und besetzt. Wofür sie sind, wird uns nicht genau gesagt, es gibt keine richtige Begründung dafür. Man wollte diese Stellen auch nicht ins Budget des nächsten Jahres aufnehmen unter der Begründung, man könne ja dann einen Nachkredit beantragen. Dieses Vorgehen missachtet völlig Sinn und Zweck des neuen Rechnungsmodells der wirkungsorientierten Verwaltung. Der Gemeinderat kann nur Stellen im Rahmen des ihm zur Verfügung stehenden Globalbudgets bewilligen. Mich würde interessieren, was die Finanzdirektorin zu diesem Vorgehen sagt. Das kann doch nicht in ihrem Sinn sein. Ich lehne die beiden Anträge ab. Es geht nicht an, dass man den Stadtrat vor vollendete Tatsachen stellt.

Margrith Beyeler-Graf (SP): Die SP/JUSO-Fraktion empfiehlt dem Stadtrat, diese beiden Stellen ins Budget aufzunehmen. Wir haben es von der Kommissionssprecherin gehört, sie wurden bereits vom Gemeinderat genehmigt. Es kommen viele neue Aufgaben auf das Polizeiinspektorat zu, die sie einfach nicht mehr bewältigen können. Die Ressourcen fehlen und es werden schon heute viele Überstunden geleistet. Es ist wichtig, dass die neuen Aufgaben seriös erledigt werden können. Im Jugendschutz plädieren wir bei jeder Gelegenheit dafür, dass mehr getan wird. Dafür braucht es eine zusätzliche Stelle. Der Gemeinderat hat sie zudem bereits bewilligt. Wir sind klar der Ansicht, dass man nun auch das Geld dafür sprechen und ins Budget aufnehmen muss.

Erich J. Hess (JSVP): Die Stelle in diesem Bereich aufzustocken, wäre theoretisch gar nicht nötig. Es ist richtig, dass das Polizeiinspektorat überlastet ist. Die linke Regierung drückt der Markt- und Gewerbepolizei immer neue Aufgaben aufs Auge. Es werden immer mehr Reglemente geschaffen, die eingehalten und kontrolliert werden müssen. Gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten müssen beispielsweise kontrollieren, ob jemand einen Zigarettenstummel wegwirft. Es kann doch nicht ihre Aufgabe sein, tagelang durch die Stadt zu laufen und Leute zu büssen, die etwas wegwerfen. Es sollen die wesentlichen Dinge kontrolliert werden. Wir dürfen der Gewerbepolizei nicht immer mehr unnötige Aufgaben übertragen. Wenn man sie davon entlastete, würde die Schaffung dieser Stelle überflüssig.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Vor zwei Jahren wurde festgestellt, dass es im Polizeiinspektorat zu wenig Leute hat. Konkret wurde ein Minderbedarf von zwei Mitarbeitenden im Bereich Jugendschutz festgestellt, der zur Markt- und Gewerbepolizei gehört. Weiter wurde ein Minderbedarf von vier Stellen im Bereich Fremdenpolizei geortet. Es konnte nicht mehr allen Anzeigen nachgegangen werden, die eingegangen sind. Immer mehr blieb liegen. Daraufhin hat man anlässlich der letzten Budgetdebatte entschieden, nicht mehr als zwei Stellen ins Budget aufzunehmen. Der Gemeinderat hat diese zwei Stellen geschaffen und ausgeschrieben. Anfang 2008 wurden zwei Personen eingestellt. Gleichzeitig hat der Gemeinderat mit seinem Beschluss zwei Stellen zu schaffen gesagt, man wolle zuerst Erfahrungen sammeln, bevor weitere Stellen ausgeschrieben werden. Das wurde im letzten Jahr auch so kommuniziert. Per Ende Juni hat der Gemeinderat dann beschlossen, weitere zwei der sechs dringend benötigten Stellen zu schaffen. Das Ausschreibungsverfahren ist abgeschlossen und die Leute werden demnächst angestellt. Sie werden benötigt und zwar nicht, weil RGM dem Polizeiinspektorat immer neue Aufgaben überträgt. Der Hauptgrund ist das

neue Ausländergesetz. Das ist mit vielen neuen Aufgaben verbunden, dafür braucht es entsprechende personelle Ressourcen. Heute müssen zum Beispiel Wegweisungen von Ausländerinnen und Ausländern, die zu unrecht da sind, mittels begründeter und beschwerdefähiger Verfügung von statten gehen. Früher konnte man das mit einem Formular erledigen. Das neue Verfahren braucht viel mehr Zeit.

Der Stadtrat hat auf Beginn 2008 zwei Stellen bewilligt. Der Gemeinderat hat dann für den Herbst 2008 zwei weitere Stellen bewilligt. Über die Stellen fünf und sechs sprechen wir heute nicht.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz* für den Gemeinderat: Ich möchte die Frage von Luzius Theiler beantworten. Es handelt sich nicht um einen Schachzug. Der Bedarf für diese Stellen war schon anerkannt, als ich noch SUE-Direktorin war. Das Ganze wurde auch finanztechnisch korrekt umgesetzt. Das Budget 2009 war bereits erstellt, als die SUE mit den Anträgen für die Stellen drei und vier gekommen ist. Wir konnten sie also nicht mehr ins Budget aufnehmen. Der Gemeinderat hat aber erkannt, dass es nötig ist, diese Stellen zu schaffen. Weil das Budget eben schon erstellt war, haben wir die SUE beauftragt, dies 2009 entweder noch aufzufangen oder einen Nachkredit zu beantragen. Wenn der Stadtrat heute diesen Betrag ins Budget aufnimmt, ist das korrekt und folgerichtig den Entscheid des Gemeinderats umgesetzt.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt den Antrag 42 an (49 Ja, 11 Nein, 4 Enthaltungen). Abst.-Nr. 064
2. Der Stadtrat nimmt den Antrag 43 an (40 Ja, 23 Nein, 4 Enthaltungen). Abst.-Nr. 065

44.	S. 172; Polizeiinspektorat (230)	Antrag FSU	Änderung Steuerungsvorgabe 1) Monatliche Kontrollen im Gastgewerbe inkl. Jugendschutz; SOLL mind. 25 Kontrollen [statt 25 Kontrollen] PG 230300
-----	----------------------------------	------------	---

Erich J. Hess (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Diese Steuerungsvorgabe belastet die Gewerbebehörde unnötig. Ich bin sicher, dass die Gewerbebehörde ihre Aufgabe sehr gewissenhaft macht. Man soll nicht in eine Steuerungsvorgabe schreiben, es brauche mindestens 25 Kontrollen pro Monat. Wir haben ein klares Alkoholverkaufsverbot für Bier an unter 16-jährige und von hochprozentigem Alkohol für unter 18-jährige. Ob es sinnvoll ist, beurteile ich an dieser Stelle nicht. Ich bin sicher, dass die Gewerbebehörde das Gastgewerbe auch ohne diese Steuerungsvorgabe ab und zu kontrolliert. Es ist aber auch für die Wirte oder Ladenbesitzer oft sehr schwierig, das Alter ihrer Kundinnen und Kunden nachzuvollziehen. Oft kaufen ältere Jugendliche für ihre jüngeren Kolleginnen und Kollegen ein. Das ist ja nicht verboten.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Es geht nur darum, statt 25 Kontrollen mindestens deren 25 festzuschreiben in dieser Steuerungsvorgabe. Das Gastgewerbe ist durchaus der Ansicht, dass diese Kontrollen durchgeführt werden sollen, weil sonst die korrekt Handelnden gegenüber jenen, die das Gesetz missachten, benachteiligt werden. Insofern ist man froh, wenn allenthalben durchgesetzt wird, was gilt.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 44 an (50 Ja, 9 Nein). Abst.-Nr. 066

Simon Glauser (SVP): Praktisch alle Fraktionspräsidenten haben mich gebeten, dass wir uns mässigen und damit aufhören sollen, Anträge einzureichen. Ich sage noch einmal ganz

klar: Das hat der Stadtrat zu einem grossen Teil selber zu verantworten. Es hat damit zu tun, wie in den letzten Jahren von der politischen Mehrheit mit uns umgegangen wurde. Was immer wir tun, unsere Anträge werden abgewiesen. Unsere Anträge sind nicht so undurchdacht, wie immer behauptet wird. Dass nun die Fraktionspräsidien zu mir kommen und uns drohen, man würde uns im nächsten Jahr kein Kommissionspräsidium mehr zugestehen, passt genau in die von mir monierte Machtpolitik. Aus diesem Grund werden wir mit unseren Anträgen fortfahren, auch wenn die Debatte noch länger als elf Stunden dauert. Vielleicht diskutiert man beim einen oder anderen Antrag doch noch mit uns, denn so schlecht sind unsere Anträge nämlich nicht.

- | | | | |
|-----|--|-----------------------------|---|
| 45. | S. 174; Poli-
zeiinspektorat
(230) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Kürzung der Bruttokosten um Fr.
1'721'301.06 auf 1.5 Mio
zulasten P 230420 Aufenthaltsregelung von
ausl. Personen |
|-----|--|-----------------------------|---|

Erich J. Hess (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Es geht um die Aufenthaltsregelung von ausländischen Personen. Wir sind der Meinung, dass man diese Regelung günstiger umsetzen könnte. Es braucht den hier vorgesehenen Kredit mit Sicherheit nicht. Wir sind davon überzeugt, dass man hier eine Kürzung um Fr. 1 721 301.06 vornehmen kann.

Wir haben Gäste in unserem Land und schauen gut zu ihnen. Wenn sie uns Kosten verursachen, müssen wir aber vielleicht auch einen Teil auf sie abwälzen können. Es sollte das Ziel sein, dass sie gewisse Kosten selber tragen und der Standard in diesem Bereich etwas gesenkt wird, dann können wir diesen Betrag problemlos kürzen. Vielleicht müsste auch effizienter gearbeitet werden. Man sollte etwas weniger auf diese Leute eingehen. Grundsätzlich muss sich jeder und jede in unserem Land selber behaupten. Die Integration läuft letztlich über den Integrationswillen jeder einzelnen Person. Die Aufenthaltsregelungen und Kontrollen sollten vermehrt auf Eigenverantwortung beruhen.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Es wäre schön, wenn die SVP/JSVP-Fraktion ihre Anträge rechtzeitig in der zuständigen Sachkommission eingebracht hätte. Man hätte sie dann vorab diskutieren können, und es wäre zum Ausdruck gekommen, dass dieser Antrag formell unzulässig und undurchdacht ist. Man redet hier davon, die Bruttokosten zu kürzen und vergisst, dass damit zwingend auch eine Reduktion der Einnahmen einhergehen würde. Das Einbürgerungswesen ist ja gebührenpflichtig. Will man nun, dass es weniger kostet oder will man gar nichts mehr machen? Mit dieser Kürzung, sofern ich sie richtig verstanden habe, wären wir lediglich noch in der Lage 47% der Aufenthaltsregelungen nachzukommen. Dadurch würden einerseits Bundesrecht und andererseits die bilateralen Verträge mit der EU sowie das Völkerrecht generell verletzt. EU- und EFTA-Angehörige haben gemäss internationalem Völkerrecht und gemäss bilateralen Verträgen Anrecht auf eine Bewilligung oder auf eine Erneuerung der Bewilligung. Es müsste darüber hinaus Personal entlassen werden. Dieser Antrag scheint mir nicht so durchdacht. Würden wir Bundesrecht verletzen, würden Bund oder Kanton früher oder später diese Bewilligungen auf unsere Kosten ausstellen. Gespart wäre damit nichts und bringen würde es ebenso wenig. Ich bitte den Stadtrat, diesen Antrag abzulehnen.

Erich J. Hess (JSVP): Ich danke Stephan Hügli, dass er uns auf diesen Fehler aufmerksam gemacht hat. Deshalb stelle ich den Antrag, dass sämtliche Kosten auf die Leute abgewälzt werden, welche diese Dienste in Anspruch nehmen.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Uns sind sowohl seitens des Bundes wie auch des Kantons Gebühren vorgegeben. Daran können wir nicht rütteln. Einzig die städtischen Gebühren könnten angepasst werden. Aber dies hier im Sinn eines Schnellschusses zu machen, halte ich nicht für angebracht. Ich empfehle gegebenenfalls einen Vorstoss zu machen oder anlässlich der nächsten Budgetdebatte rechtzeitig einen Antrag zu stellen.

Beschluss

Der Antrag 45 wird zurückgezogen.

46.	S. 174; Polizeiinspektorat (230)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Erhöhung der Bruttokosten um Fr. 756'774.99 auf Fr. 1 Mio. zugunsten P 230440 Fremdenpolizei (Missbrauchsbekämpfung Scheinehen, illegaler Aufenthalt etc.)
-----	----------------------------------	--------------------------	---

Erich J. Hess (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Es ist schade, dass nicht dem einen oder anderen Antrag von uns zugestimmt wurde, sonst könnten wir dieser Erhöhung hier mit gutem Gewissen zustimmen. Es leben viele Illegale in der Schweiz. Auch in der Stadt Bern besteht das Problem der so genannten „Sans Papiers“. Es darf nicht sein, dass Leute illegal unter uns leben. Sie leiden nämlich letztlich selbst am meisten unter ihrem illegalen Status. Sie sind von allen Seiten erpressbar. Arbeitgebende können sie ausnutzen, und sie können sich nicht bei offiziellen Stellen melden. Der neulich aufgedeckte Fall mit diesen Heiratsschwindeleien hätte vielleicht auch schon früher aufgedeckt werden können, wenn man bei der Fremdenpolizei allenfalls noch etwas mehr Leute gehabt hätte. Es ist wichtig, dass diese Stellen aufgestockt werden.

Thomas Weil (SVP): Es handelt sich eigentlich um ein altes Anliegen, das auch schon in der Kommission FSU, unter der Mitwirkung der GFL, eingebracht wurde. Es haben sich also auch RGM-Parteien dafür ausgesprochen, bei der Fremdenpolizei Stellen aufzustocken. Ich habe vor etwa zwei Jahren diesbezüglich auch in der Verwaltung vorgeschlagen. Es sind dort massiv zu wenig Ressourcen vorhanden. Gesamthaft wären sechs Stellen nötig. Die Mitarbeitenden kommen mit den zu bewältigenden Problemen mit dem heutigen Stellenetat nicht mehr zurecht. Da die Stadt Bern im Bereich der Fremdenpolizei immer noch selbständig tätig ist, wäre mit der Stellenaufstockung allen gedient. Der Missbrauch und die Schliessung von Scheinehen haben zugenommen. Mit den vorhandenen Ressourcen können diese Probleme nicht mehr bewältigt werden.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Das Abstimmungsverhalten der SVP/JSVP-Fraktion erstaunt mich etwas. Hier diskutieren wir einen Antrag, der jenem von der FSU vorhin gestellten in weiten Zügen entspricht. Dem Antrag 42, wo es um den Jugendschutz ging, hat die eine Hälfte der SVP/JSVP-Fraktion zugestimmt, die andere Hälfte nicht. Antrag 43, Aufstockung von Stellen bei der Fremdenpolizei, hat die SVP/JSVP-Fraktion dann geschlossen abgelehnt, obwohl sie hier einen Antrag einbringt, der eine wesentlich grössere Aufstockung vorsieht. Ich habe grundsätzlich nichts gegen eine Aufstockung bei der Fremdenpolizei und teile bezüglich der Begründung die Haltung der FSU. Ich empfehle aber dennoch, den vorliegenden Antrag abzulehnen, nachdem man vorher die Stellen bei der Fremdenpolizei schon genehmigt hat.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 46 ab (13 Ja, 52 Nein). Abst.-Nr. 067

- | | | | |
|-----|--|-----------------------------|--|
| 47. | S. 174; Poli-
zeiinspektorat
(230) | Antrag Fraktion
SVP/JSVP | Streichung der Nettokosten von Fr.
594'963.02;
Aufhebung P 230450 Regelung von Einbürgerungen |
|-----|--|-----------------------------|--|

Erich J. Hess (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir haben vorher bereits einen ähnlichen Antrag gestellt. Diesen hier haben wir sogar richtig formuliert. Es geht darum, die Nettokosten bei den Einbürgerungen zu streichen. Es handelt sich um jene Auslagen, welche die Stadt selber tragen muss und nicht auf die Einbürgerungswilligen überwälzen kann. Wer sich einbürgern lassen will, soll die Kosten dafür selber tragen. Es darf nicht sein, dass die Steuerzahlenden dafür aufkommen müssen. Kommt der Antrag durch, müsste der Gemeinderat das Budget dementsprechend ändern und uns sofort eine Änderung des Einbürgerungs- und des Gebührenreglements vorlegen, damit die Neuerung auf Anfang nächsten Jahres möglich wäre. Ich bitte den Stadtrat, wenigstens bei diesem kleinen Posten, einmal etwas Sparwillen zu zeigen.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Ich muss Erich Hess schon fast loben. Bei diesem Antrag liegt die Richtigkeit bei rund 80%. Der Antrag ist korrekt formuliert, man will die Nettokosten streichen. Inhaltlich habe ich aber nicht begriffen, was man mit dem Antrag beabsichtigt. Will man mit der Streichung der Nettokosten bezwecken, dass es keine Einbürgerungen mehr geben soll? Das würde in eklatanter Weise gegen Bundesrecht und gegen kantonales Recht verstossen und wäre somit nicht zulässig. Wenn ich die Ausführungen von Erich Hess aber richtig verstanden habe, will man die Gebühr Kosten deckend ausgestalten. Auch diese Forderung kann so nicht erfüllt werden, weil vorgängig das Gebührenreglement geändert werden müsste. Die Umsetzung des Antrags ist also unmöglich. Ich bitte den Stadtrat deshalb, auch diesen Antrag abzulehnen.

Erich J. Hess (JSVP): Ich habe vorher aufgezeigt, wie man vorgehen könnte. Wir stimmen unserem Antrag zu, der Gemeinderat ändert danach das Budget ab und bereitet sofort eine Vorlage zur Änderung des Gebührenreglements vor, damit wir den Antrag auf Anfang nächsten Jahres umsetzen können.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 47 ab (11 Ja, 53 Nein). Abst.-Nr. 068

- | | | | |
|-----|---|------------|--|
| 48. | S.189; Feuer-
wehr, Zivil-
schutz und
Quartieramt
(250) | Antrag FSU | Änderung Steuerungsvorgabe
1) Kostendeckungsgrad, SOLL 60% [statt >
50]
PG 250200 |
|-----|---|------------|--|

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 48 an.

- | | | | |
|-----|--------------------------------------|------------------------|---|
| 49. | S. 198; Wirt-
schaftsamt
(260) | Antrag Fraktion
FDP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 687'524.07
auf Fr. 2'700'956.92
zulasten PG 260100 Wirtschaftsförderung |
|-----|--------------------------------------|------------------------|---|

- | | | | |
|-----|---------------|-----------------|--|
| 50. | S. 199; Wirt- | Antrag Fraktion | Kürzung der Bruttokosten um Fr. 34'315.06 |
|-----|---------------|-----------------|--|

	schaftsamt (260)	SVP/JSVP	auf Fr. 300'000.00 zulasten P 260130 Beratung Behörden, Verw., Institutionen
51.	S. 199; Wirt- schaftsamt (260)	Antrag Fraktion SVP/JSVP (zurückgezogen)	Kürzung der Bruttokosten um Fr. 170'000.00 auf Fr. 2.4 Mio zulasten P 260140 Beiträge an Institutionen

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Ich begründe den Antrag 49. Viele werden sich sicher fragen, weshalb gerade die FDP bei der Wirtschaftsförderung streichen will. Der Grund ist derselbe wie vorhin beim Amt für Umweltschutz. Wir sind logischerweise weder gegen die Wirtschaft noch gegen den Umweltschutz, aber wir fragen immer nach dem Nutzen von eingesetztem Geld.

Bei der Wirtschaftsförderung muss man differenzieren. In der Tourismusförderung kann sich die Stadt Bern profilieren. Wir finden das sinnvoll und möchten diesen Teil beibehalten. Den ganzen Rest kann man streichen. Schliesslich haben wir auch noch eine regionale Wirtschaftsförderung. Es ist viel wichtiger, dass ausländische Unternehmen erst einmal auf unsere Region aufmerksam werden. Es muss das Ziel sein, dass sie nach Bern kommen und sich die Verhältnisse anschauen. Ob sie sich dann letztlich für den Standort Bern entscheiden, hängt wohl vom Steuerfuss ab. Wir sind deshalb für tiefe Steuern, die Mehrheit des Stadtrats scheint anderer Meinung zu sein. Wie gesagt, wir finden, dass man alles ausser Bern Tourismus streichen kann.

Erich J. Hess (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Ich begründe den Antrag 50. Diese Kürzung ist nun wirklich minimal. Unter dieser Einsparung würde niemand leiden. Würden wir viele kleine Kürzungen vornehmen, hätte das eine positive Auswirkung auf die Gesamtrechnung. Wir könnten dann irgendeinmal die Steuern senken. Vordringlich wäre aber natürlich, dass wir endlich einmal unseren Schuldenberg abbauen. Aber eben, der Sparwillen ist in diesem Parlament gering. Es wurden sozusagen keine Kürzungsanträge angenommen. Das macht mich sehr traurig. Ich bin etwas jünger als die Meisten im Rat. Wir Jungen müssen dann die Schulden tragen, die uns von den Älteren aufgeladen wurden. Wir müssen deshalb darauf achten, dass wir möglichst viele Altlasten zurückzahlen und die Steuern senken können. Die Stadt Bern soll fit sein für die Zukunft. Ich bin überzeugt davon, dass die Wirtschaftsförderung etwas effizienter arbeiten und diese Kürzung bestens verkraften kann. Ich bitte deshalb den Stadtrat, dieser kleinen Ausgabenminderung zuzustimmen.

Simon Glauser (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir ziehen Antrag 51 zu Gunsten von Antrag 50 zurück. Am Antrag 50 ändern wir nichts.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Liselotte Lüscher hat es eingehend schon einmal erwähnt. Was hier in Form von Anträgen seitens der SVP/JSVP-Fraktion abläuft, ist einfach nicht konform mit dem neuen Rechnungsmodell. Es geht einfach nicht, dass man Bruttokosten kürzt. Damit wir uns nicht noch während Stunden mit falschen Anträgen auseinander setzen müssen, möchte ich beliebt machen, dass die SVP/JSVP-Fraktion alle Anträge zurückzieht, bei denen die Kürzung von Bruttokosten verlangt wird. Oder aber, sie präsentiert die formell ungültigen Anträge in einer Art und Weise, dass man sie wenigstens vollziehen kann.

Andreas Flückiger (SP): Ich bin sehr erstaunt darüber, dass die FDP als selbsternannte Wirtschaftspartei plötzlich das Wirtschaftsamt abschaffen will. Die FDP versucht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Offenbar ist sie mit der Leistung des Amtes nicht zufrieden oder der

eine oder andere Kopf passt ihr nicht. Deswegen ein ganzes Amt abzuschaffen, scheint mir etwas hemdsärmelig zu sein. Besser würde man die Ansprüche formulieren und sagen, was man vom Wirtschaftsamt erwartet. Wir sind auch der Meinung, dass mehr gemacht werden könnte, aber man muss halt konkrete Anforderungen stellen. Wie bei Bern Tourismus gilt auch beim Wirtschaftsamt, dass Asienreisen wahrscheinlich nicht das Wichtigste sind. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Karin Gasser (GB): Die GB/JA!-Fraktion hat im Stadtrat schon mehrmals die Einbindung der städtischen Wirtschaftsförderung in kantonale und regionale Strukturen verlangt. Eine Motion von uns wurde erheblich erklärt. Zum Punkt Regionalisierung und Kantonalisierung warten wir noch immer auf den Bericht des Gemeinderats, er ist noch ausstehend. An dieser Stelle möchte ich den zuständigen Gemeinderat fragen, wo dieser Bericht bleibt.

So ein Antrag gehört nicht in eine Budgetdebatte. Man muss das mit einem Vorstoss seriös prüfen. Wir finden es schlecht, einen solchen Schnellschuss vorzunehmen und fast Fr. 700 000.00 zu kürzen. Wir lehnen die Anträge ab, möchten aber, dass der Gemeinderat die städtische Wirtschaftsförderung bis zur nächsten Budgetdebatte überdenkt und auf unsere Motion eine Antwort gibt.

Bernhard Eicher (JF): Ich muss es noch einmal klar sagen: Uns geht es nicht darum, dass wir keine Wirtschaftsförderung mehr wollen. Ebenso geht es uns nicht darum, dass wir keinen Umweltschutz wollen. Die entscheidende Frage ist für uns, ob eine Staatsaufgabe sinnvoll erledigt wird. Ist das nicht der Fall, muss die logische Konsequenz sein, dass wir sie streichen. Leider hinterfragt man hier im Stadtrat die Dinge viel zu selten kritisch. Statt ideologisch zu handeln, sollte man sich öfter fragen, ob es eine Sache bringt oder nicht.

Thomas Weil (SVP): An Hans Peter Aeberhard: Die Sache mit unseren nicht konformen Anträgen hätte man auch vorher diskutieren können. Ich finde es daneben, dass man uns hier im Stadtrat seitens des Bündnispartners lächerlich macht und uns bittet, die Anträge zurückzuziehen. Die Linken werden es euch danken, dass ihr mit ihnen gemeinsame Sache macht.

Was das Wirtschaftsamt angeht, sind wir auch der Meinung, dass es nicht sehr innovativ und nicht sehr effektiv ist. Es wurde dort in den letzten Jahren nicht gerade eine enorme Energie entfaltet. Wir haben deshalb noch den Antrag 52 eingereicht, der eine neue Steuerungsvorgabe verlangt, die handfest ist. Es ist sicher von überparteilichem Interesse, wenn man 50 Stellen schafft und neue Unternehmen in die Stadt holt. Das ist eine Vorgabe, die man messen und erfüllen kann.

Simon Glauser (SVP): Das ist genau einer der Anträge, die vielleicht nicht so unüberlegt sind. Thomas Weil hat schon auf unseren Antrag 52 übergeleitet. Auch bei der Wirtschaftsförderung hat man immer wieder über Sinn und Unsinn der Steuerungsvorgaben diskutiert. Lustig ist auch immer wieder, dass man eigentlich von Links bis Rechts hört, dass man mit der Wirtschaftsförderung, zum Teil aus personellen Gründen, nicht so zufrieden ist. Ich persönlich frage mich auch, ob es sinnvoll ist, wenn man pro Jahr rund 80 Mal mit Vertreterinnen oder Vertretern von Berner Firmen zum Mittagessen oder Golfspielen geht. Ich weiss nicht, ob das die richtige Wirtschaftsförderung ist. Wir sind der gleichen Meinung wie die FDP, die Wirtschaftsförderung muss regional oder kantonal aufgezogen werden und dann ganz klar etwas für die Stadt Bern bringen, nämlich Arbeitsplätze. Deshalb haben wir Antrag 52 gestellt. Es bringt nichts, wenn jährlich 100 Einzelfirmen mit je einem Arbeitsplatz gegründet werden und dann Ende Jahr wieder 90 von ihnen verschwinden. Es sind nicht diese Dinge, die uns als Kennzahl interessieren, weil sie nicht relevant sind. Deshalb schlagen wir eine neue Steuerungsvorgabe vor.

Die Kürzung von Antrag 50 ist sicher verkraftbar. Ich bitte den Stadtrat deshalb um Zustimmung.

Erich J. Hess (JSVP): Ich möchte Hans Peter Aeberhard noch rasch erklären, weshalb wir unsere Anträge auf der Basis der Bruttokosten gestellt haben. Wenn aufgrund der Nettokosten Anträge gestellt werden, kann die Stadt einfach die Gebühren erhöhen und die Nettokosten wieder ins Lot bringen. Kürzt man die Bruttokosten des Gesamtbudgets, geht es danach besser auf. Wir werden unsere Anträge sicher nicht zurückziehen. Wir wären bereit gewesen, alle Anträge zurückzuziehen, wenn der Stadtrat der Variantenabstimmung der FDP-Fraktion zugestimmt hätte. Es war von Anfang an bekannt, dass wir mit unseren Anträgen kommen werden. Wir werden versuchen, die restlichen Anträge so gut wie möglich zu begründen. Vielleicht hat es noch den einen oder anderen Fehler drin. Kein Mensch ist unfehlbar.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Ich habe nicht die SVP/JSVP-Fraktion angegriffen, nur ihre Arbeit. Ich wollte nichts anderes sagen, als dass uns die SVP aufzeigen soll, was mit ihren Budgetanträgen geschehen soll und wie sie zu verstehen sind. Die SVP/JSVP-Fraktion will sich einfach nicht helfen lassen. Wir können diese Anträge ja nicht durchgehen lassen, weil sie in dieser Form nicht gehen.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Ich habe meine Schwierigkeiten mit dem Antrag der FDP. Es wurde schon gesagt, es ist seltsam, dass das Begehren auf die Streichung der Anlaufstelle für die Wirtschaft ausgerechnet von der FDP kommt, die sich immer als Vertreterin der Wirtschaft sieht. Jeder Marketingspezialist würde sagen, dass die Primäre Aufgabe des Marketings darin liegt, die bestehenden Kunden zu halten. Das ist auch die Hauptaufgabe unserer Wirtschaftsförderung.

Wer würde denn die Aufgaben der Wirtschaftsförderung übernehmen? Auf welche Ämter würden sie aufgeteilt? Oder will man auf jede aus der Wirtschaft kommende Anfrage antworten, die FDP hätte die Wirtschaftsförderung gestrichen, die Wirtschaft in der Stadt Bern interessiert uns nicht und die Anfrage könne somit nicht beantwortet werden? Das kann es ja wohl nicht sein. Wer übernimmt die rund 80 Besuche von Berner Unternehmen, die jährlich gemacht werden, übrigens ohne Mittagessen. Wir waren ein einziges Mal bei einer ganz grossen Unternehmung zum Morgenessen eingeladen. Sie haben sich sehr darüber beklagt, dass sich die Stadt nie zeige und dass man nie etwas von ihr höre. Dieser Austausch ist nämlich wichtig. Die Wirtschaftsförderung ist in dieser Hinsicht am Puls der Wirtschaft. Sie weiss, wo der Schuh drückt, seien es kleine oder grössere Probleme. Sie nimmt die Anliegen betreffend Verkehr und Parkplätze, Energie, Stadtentwicklung oder was auch immer auf und bringt sie in den entsprechenden Stellen ein. Die Wirtschaftsförderung übernimmt so gesehen eine Art Ombudsfunktion für die Wirtschaft. Wenn man diese Stelle streicht, soll man dann nie mehr sagen, der Staat kümmere sich nicht um die Wirtschaft.

Wer soll die zahlreichen Anfragen aus der Wirtschaft von bestehenden, allenfalls wegziehenden oder neu zuziehenden Firmen beantworten? Wer soll ihnen Helfen, ihnen zeigen, wie die Verfahren laufen und wo sie sich hinwenden müssen? Wer soll ihnen Helfen, Räumlichkeiten und Gelände zu finden? Wer führt die Gespräche mit Investoren und koordiniert diese Abläufe? Wer besucht die Investorenmessen und vertritt dort die Stadt Bern? Die anderen Städte sind dort anwesend, die Stadt Bern wird fehlen, wenn man die Wirtschaftsförderung abschafft. Das ist sicher kein sinnvoller Ansatz für die Wirtschaftspolitik der Stadt Bern. Es kommt dazu, dass wir ja unterdessen eine regionale Wirtschaftsförderung haben. Die Region bezahlt also mit. Rund die Hälfte der Ausgaben der Wirtschaftsförderung kommt über die Einnahmen wieder hinein. In gewissen Bereichen delegiert der Kanton Aufgaben an die städtische Wirt-

schaftsförderung und bezahlt dafür. Andererseits werden solche Aufgaben gegen Bezahlung auch für die Region wahrgenommen.

Zur Frage von Karin Gasser bezüglich der Aufgabenteilung von Stadt und Kanton: Dieser Bericht wird selbstverständlich kommen. Er ist auch an den Quartalsgesprächen zwischen der Volkswirtschaftsdirektion, der kantonalen Wirtschaftsförderung, unserer Wirtschaftsförderung, dem Stadtpräsidenten und mir immer ein Thema. Dort werden die Probleme diskutiert und der Lead für die Problemlösung bestimmt. Hier eine Klammerbemerkung zu Antrag 52: Die Aufgabenteilung sieht im Moment so aus, dass die Stadt Bern für alle neu zuziehenden sowie für alle ansässigen Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden zuständig ist. Die kantonale Wirtschaftsförderung soll für die grossen Unternehmen sorgen. Man hat festgestellt, dass es sich nicht sehr bewährt, wenn der Kanton für städtische Firmen der Ansprechpartner ist. Man hat sich deshalb darauf geeinigt, dass man diese Besuche gemeinsam durchführt. Vor allem, wenn Firmen von sich aus an uns gelangen, versuchen wir, ihre Probleme soweit möglich zu lösen.

Die Kosten werden im Fall einer Annahme dieses Antrages wesentlich höher sein als die Einsparungen, weil nämlich die Einnahmen wegfallen würden. Überdies stellt sich die Frage, ob wir aufgrund der diesbezüglichen Verträge rechtlich für das kommende Jahr nicht sogar gebunden wären. Die kantonalen und regionalen Einnahmen im Umfang von rund Fr. 460 000.00 würden also wegfallen. Man müsste die Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton und mit dem Verein Region Bern (VRB) aufkünden, was nicht auf nächstes Jahr gehen würde. Es wären Kündigungsfristen einzuhalten. Mit dem verbleibenden Restbudget von Fr. 130 000.00 könnte man die Wirtschaftsförderung einstellen. Die 2.57 Millionen Franken sind das Geld, das man an Bern Tourismus weitergibt. Einerseits für die Übernachtungsabgabe und andererseits als Entschädigung für den Leistungsauftrag zur Führung der touristischen Einrichtungen in der Stadt Bern und vielem mehr. Bei einer Abschaffung des Wirtschaftsamtes könnten zwar die Verträge mit den Mitarbeitenden und für die Büroräumlichkeiten gekündigt werden, das braucht aber Zeit und könnte nicht im nächsten Jahr geschehen ohne dass die Kosten weiterlaufen. Zudem müssten andere Verwaltungsstellen die verbleibenden Aufgaben übernehmen. Man müsste festlegen, welche Budgetposten man um wie viel erhöhen möchte. Wer würde die Antworten auf die wirtschaftsrelevanten Vorstösse des Stadtrats bearbeiten und vorbereiten? Wer würde die Einhaltung der mit der Wirtschaftsförderung verbundenen Leistungsverträge kontrollieren? Wo wäre die neue Anlaufstelle für die Wirtschaft?

Ich habe den Wink mit dem Zaunpfahl durchaus verstanden. In einem oder anderen Gebiet sehe ich es durchaus ähnlich wie einzelne Stadratsmitglieder. Das Wirtschaftsamt hat ein gewisses Entwicklungspotenzial. Ich bitte den Stadtrat, mir etwas Zeit zu geben. Dieses Amt ist seit diesem Jahr in meiner Direktion. Die Leute arbeiten im Wirtschaftsamt durchaus bis zum Umfallen. Die Frage ist aber, ob effektiv und effizient gearbeitet wird. Die Effizienz ist relativ gross, die Frage ist wie hoch die Effektivität ist. Wir sind daran, dies zu überprüfen. Im Moment liegen wir in den letzten Zügen für die Ausarbeitung einer neuen Strategie, die festlegen soll, wo es mit dem Wirtschaftsamt hingehen soll.

Ich bitte die FDP-Fraktion, diesen Antrag zurückzuziehen und uns ein Jahr oder ein halbes Jahr Zeit zu geben, damit wir aufzeigen können, wo sich das Wirtschaftsamt hinentwickeln soll. Viele heute aufgeworfene Fragen, könnten dann wahrscheinlich beantwortet werden. Würden die Antworten nicht befriedigen, könnte man dann immer noch einen Vorstoss zur Abschaffung des Wirtschaftsamtes einreichen und in aller Ruhe überlegen, was mit allen Aufgaben geschehen soll, die das Wirtschaftsamt tatsächlich wahrnimmt.

Stadtratspräsident *Andreas Zysset* (SP): Ich erlaube mir folgende etwas freche und nicht sehr qualifizierte Bemerkung: Es ist mir bewusst, dass alles höchst komplex ist, aber der Stadtrat hat sich eine extreme Redezeitbeschränkung auferlegt, ich bitte auch den Gemeinderat, sich

wenn möglich kurz zu halten. Es ist sonst absehbar, dass die nächste Sitzung sehr lange dauern wird.

Dolores Dana (FDP): Der Stadtratspräsident sprich mir aus dem Herzen. Was wir von Stephan Hügli eben gehört haben, diskreditiert eigentlich das Wirtschaftsamt schon gänzlich. Wenn man erst nach vier Jahren bei einem Unternehmen vorbeigeht um zu fragen, wo der Schuh drückt, dann frage ich mich, was denn das Wirtschaftsamt vorher gemacht hat. Wohl eben nichts. Wir sagen deshalb, dass das Fass nun voll ist. Es läuft nicht. Wenn man unter Wirtschaftsamt ein Beizenamt versteht, würde der Name passen. Ich frage mich, ob man überhaupt will, dass in der Stadt neue Arbeitsstellen entstehen. Alexander Tschäppät hat einmal selber gesagt, dass man hier keine neuen Arbeitsstellen mehr wolle, weil das den Pendelverkehr erhöhen würde. Irgendwie widerspricht sich die ganze Strategie unter den Gemeinderäten. Das Wirtschaftsamt hat in den letzten Jahren, was Effizienz und Effektivität angeht, nichts gezeigt.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt den Antrag 49 an (37 Ja, 28 Nein, 5 Enthaltungen). Abst.-Nr. 069
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 50 ab (16 Ja, 43 Nein, 3 Enthaltungen). Abst.-Nr. 070
3. Der Antrag 51 wurde zurückgezogen.

52.	S. 200; Wirtschaftsamt (260)	Antrag Fraktion SVP/JSVP	Neue Steuerungsvorgabe 3): Holt neue Unternehmen mit mindestens 50 Arbeitsstellen (100%) in die Stadt Bern; SOLL mind. 20 PG 260100
-----	---------------------------------	-----------------------------	--

Simon Glauser (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Man muss sich einmal die Steuerungsvorgaben anschauen, die heute festgeschrieben sind. Dort heisst es „Kontakte zur Berner Wirtschaft, Kontakte zu auswärtigen Unternehmen“. Ich habe schon vorhin kritisiert, dass es nichts bringt, wenn man sich einfach mit den verschiedenen Wirtschaftsvertretenden zum Apéro, zum Mittagessen oder zu anderen Freizeitaktivitäten trifft. Es wäre besser, eine Steuerungsvorgabe zu machen, die eine konkrete Aufgabe für die Wirtschaftsförderung bezeichnet. Deshalb verlangen wir hier, dass pro Jahr mindestens 20 Unternehmen in die Stadt geholt werden, die mindestens 50 Arbeitsstellen schaffen. Diese Aufgabe wird sicher schwierig zu erfüllen sein. Wenn wir aber diese Steuerungsvorgabe machen, erhalten wir einen Anhaltspunkt darüber, was die Wirtschaftsförderung zu leisten vermag und was nicht.

Ich hoffe, dass dies ein vertretens- und unterstützungswürdiger Antrag ist aus der Sicht der FDP und der Anderen. Wir hoffen deshalb auf die Zustimmung des Stadtrats.

Andreas Flückiger (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Nachdem das Wirtschaftsamt eben abgeschafft wurde, verstehe ich nicht, was diese neue Steuerungsvorgabe überhaupt noch soll. So intelligent, wie die Steuerungsvorgabe tönt, ist sie nicht. Sie betrifft nur Unternehmen mit 50 Arbeitsplätzen. In der Schweiz haben aber 70% aller Unternehmungen 10 oder weniger Angestellte. Das Gros, also die Kleinstunternehmungen, interessiert die SVP/JSVP-Fraktion offenbar nicht, wie wir vorher gehört haben. Ich sehe das etwas anders. Die SVP scheint etwas KMU-feindlich zu sein. Aus unserer Sicht handelt es sich hier wieder um einen Schnellschuss, der nichts bringt und der nun sowieso überflüssig geworden ist.

Erich J. Hess (JSVP): Was Andreas Flückiger gesagt hat, ist nicht richtig. Wir sind selbstverständlich auch an kleinen Unternehmen sehr interessiert, aber man muss auch gewisse Vor-

gaben machen. Jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin eines Unternehmens hat schliesslich auch eine Vorgabe und gewisse Jahresziele, die er oder sie bis Ende Jahr erreichen muss. Hier wurde einfach eines dieser Jahresziele so definiert, dass mindestens 20 neue Unternehmungen in die Stadt Bern geholt werden müssen und mindestens 50 Arbeitsplätze entstehen sollen. Wir sind natürlich froh, wenn darüber hinaus noch 100 Kleinfirmer in die Stadt geholt werden können. Wir haben die Vorgabe bewusst nicht so formuliert, dass wir 20 Firmen mit zwischen einem und fünfzig Arbeitsplätzen anstreben. Die Steuerungsvorgabe wäre in dieser relativ einfach umzusetzen. Wir müssen die Verwaltung zwischendurch auch etwas fordern, damit mehr Steuersubstrat und mehr Arbeitsplätze in die Stadt Bern geholt werden können. Es ist wichtig, dass viele Leute in der Stadt leben. Der Wohnbau wird ja gefördert. Ebenso wichtig ist aber, dass die Leute, die nach Bern ziehen, irgendwo arbeiten können. Auch wichtig ist, dass die Unternehmen in der Stadt Bern Steuern entrichten. Ich bitte den Stadtrat deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Eben wurde gerade ein Amt abgeschafft. Nun will man noch eine neue Steuerungsvorgabe machen? Es verbleiben noch Fr. 130 000.00 für die Erfüllung der bisherigen Steuerungsvorgaben. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es schon schwierig werden könnte, die bestehenden Steuerungsvorgaben zu erfüllen. So gesehen kommt es gar nicht darauf an, ob noch eine dazu kommt oder nicht.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 52 ab (16 Ja, 43 Nein, 9 Enthaltungen). Abst.-Nr. 071

53.	S. 210; Amt für Erwachsenen- und Kinder- schutz (280)	Antrag Fraktion FDP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 153'739.22 auf Fr. 1'059'6567.42 zulasten PG 280300 Erbgangssicherung
-----	--	------------------------	---

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: In diesem Amt stockten wir im Rechnungsjahr 2007 auf das neue Jahr bereits um Fr. 700 000.00 auf. Weitere Fr. 153 000.00 sind geplant. So kommt man also auf über Fr. 800 000.00. Es sind zwei neue Stellen geplant. Wir nehmen die Problematik der Erbgangssicherung nicht auf die leichte Schulter, bitten aber darum, dass die Ämter wie bei anderen Dingen etappenweise aufbaut und nach einem Jahr mit den zwei neuen Stellen zunächst geschaut wird, wie weit man es gebracht hat und wie effektiv der Bedarf ist. Wir können im nächsten Jahr dann gerne wieder darüber sprechen, ob es eine weitere Aufstockung braucht. Gleichzeitig drei neue Stellen zu schaffen, scheint uns etwas viel zu sein.

Direktor SUE *Stephan Hügli* für den Gemeinderat: Hier geht es um eine Stelle für den Bereich Erbgangssicherung. Man hat sie mit 60% eingegeben. Es geht also um Fr. 85 000.00. Nun will man um Fr. 153 000.00 kürzen. Ich habe nicht richtig verstanden, von wo denn dieses restliche Geld kommen soll. Gemäss den Artikeln 551 und 553 des Zivilgesetzbuches (ZGB) sowie gemäss Artikel 60 des Einführungsgesetzes des ZGB ist vorgesehen, dass unabhängig von der Höhe einer Erbschaft ein Sicherungsinventar, ein so genanntes Erbschaftsinventar, erstellt werden muss. Die Inventarbehörde im Kanton Bern sind die Notare. In Absprache mit dem Regierungsstatthalteramt verzichtet jedoch das Erbschaftsamt bei geringen Nachlassvermögen auf die Anordnung eines Inventars. Das heisst, es übernimmt diese Aufgabe selber. Dies, um der Stadt Kosten zu sparen. Die Stadt müsste sonst bei geringen und vermögenslosen Nachlässen die sehr hohen Notariatskosten tragen. Weiter hat in den letzten Jahren die Komplexität bei Erbvertretungen, vor allem wenn Erbvertretende landesabwesend sind, zuge-

nommen. Vermehrt müssen auch ältere, teilweise demente Erben vertreten werden. Die Leiterin des Erbschaftsamts hat bis anhin als einzige Juristin im Amt neben ihren Führungsaufgaben alle juristischen Aufgaben selber erledigt. Es geht dabei um Erbteilungen, Vertretungen, Inventareröffnungen und um Vieles mehr. Aufgrund der Komplexität und der Anzahl der Fälle kann sie der Erledigung dieser Arbeiten, die oft gesetzlichen Fristen unterliegen, nur noch durch Leistung von Überstunden nachkommen. Ob man also mit Überstunden arbeitet und damit der Personalverordnung nicht nachlebt oder ob man Haftpflichtfälle generiert, beides führt zu Mehrkosten. Daneben müsste man einfach mehr Arbeit extern an Notare vergeben, die dann sinnlose Erbschaftsinventare machen müssten. Das führt letztlich zu mehr Kosten für die Stadt Bern, als mit diesem Antrag eingespart würden. Ich bitte den Stadtrat deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Ich bin als Notar auf beruflicher Ebene angesprochen worden und muss deshalb auch entsprechend professionell entgegenen. Was Stephan Hügli gesagt hat, ist im Prinzip Unsinn. Es geht nicht darum, ob Notare oder das Erbschaftsamts irgendwelche Inventare machen, sondern ob überhaupt ein Inventar gemacht wird. Das Erbschaftsamts wird nie ein Inventar machen. Dafür ist im Kanton Bern einzig der Notar zuständig. Ein obligatorisches Inventar erfolgt dann, wenn das Rohvermögen Fr. 100 000.00 oder mehr beträgt. Dann gibt es ein Steuerinventar und weitere zivilrechtlich obligatorische Inventare, nämlich ein Erbschaftsinventar in Fällen, wo Erben im Ausland vertretungslos abwesend oder unbekannt sind. Es handelt sich also um relativ seltene Fälle. Das Erbschaftsamts muss in diesen Fällen versuchen, die Nachlassverhältnisse insofern zu rekonstruieren, dass man die Familie konsultiert, die gesetzlichen Erben eruiert und danach denen, die nicht da sind, eine Vertretung bestellt. Letztere kann auch extern bestellt werden, wenn es die Personalsituation nicht zulässt, dass man das intern macht. Das kostet nicht so viel. Daneben werden gar keine Erbschaftsinventare oder andere Inventare erstellt. Und wenn schon, wäre es an den Notaren, diese aufzunehmen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag 53 an (33 Ja, 31 Nein, 3 Enthaltungen). Abst.-Nr. 072

Stadtratspräsident *Andreas Zysset* (SP): Ich mache darauf aufmerksam, dass wir an der nächsten Sitzung dieses Budget fertig beraten müssen, wenn wir wollen, dass es im November zur Volksabstimmung gelangen kann. Würde das nicht gehen, wäre das eine riesige Blamage für den gesamten Stadtrat. Das heisst auch, dass man sich bewusst sein muss, dass die Debatte nächsten Donnerstag sehr lang, bis weit nach Mitternacht, gehen kann.

- Die Traktanden 3 bis 14 werden auf eine spätere Sitzung verschoben. -

Eingänge

Es werden eine Dringliche Motion, zwei Dringliche Postulate, vier Motionen, ein Postulat, zwei Interpellationen und vier Kleine Anfragen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliche Motion Fraktion FDP (Philippe Müller/Dolores Dana, FDP): Vernünftiges Poller-Regime vor Spital-Zufahrt

Im Zuge von Verkehrsentslastungsmassnahmen in der Länggasse plant der Gemeinderat in der Neubrückstrasse eine Polleranlage, die täglich von 17.00 Uhr bis 09.00 Uhr hochgefahren werden soll. Die Polleranlage kommt rund 100 m vor der Einfahrt Riedweg, der Zufahrtsstrasse zum Engeriedspital, zu stehen. Nebst den anderen Verkehrsteilnehmern wären somit auch Patientinnen und Spitalpersonal (inkl. Ärzte) gezwungen, einen Umweg von rund 2 Kilometern durch verschiedene Nebensträsschen mit 20 km/h- und 30 km/h-Limiten im Länggassquartier zu fahren, um anschliessend wieder über die gleiche Einfahrt Riedweg in das 200 Meter dahinter liegende Spital zu gelangen. Oder via den (u.U. verstopften) Neufeldtunnel einen noch grösseren Umweg zu fahren.

Die Klinik Engeried hat sich in den letzten Jahren auch zu einem Zentrum für Frauenmedizin entwickelt. Pro Jahr werden in der Klinik Engeried rund 1000 Kinder geboren, etwa drei pro Tag. Die Klinik Engeried ist als Akutspital einzustufen, denn jedes Jahr gibt es mehrere Fälle von gynäkologischen und geburtshilflichen Notfällen, bei denen jede Minute entscheidend sein kann. Bei einem Nabelschnurvorfal verstorbt das Kind innerhalb weniger Minuten, wenn keine Behandlung eingeleitet wird. Auch wenn dies ein extremes Beispiel ist – es zeigt die Problematik der Polleranlage vor der Zufahrt zum Spital. Notfallschwangerschaften und andere unvorhergesehene medizinische Bedürfnisse halten sich an keine Betriebszeiten. Wenn unter solchen Stressumständen – mit der Spitalzufahrt in Sichtweite – ein Umweg durch verkehrsberuhigte Nebensträsschen gesucht werden muss (die unter Umständen auch stark frequentiert resp. verstopft sind), so wird die Verkehrsentslastungsmassnahme zur Absurdität und die Patientin sowie deren Ungeborenes werden durch den Zeitverzug gefährdet.

Mit Bezug auf die 100 m entfernte Spitalzufahrt wird aber auch die Verkehrsentslastungsmassnahme selbst in sein Gegenteil verkehrt: Täglich erfolgen 200 bis 300 Zu- und Wegfahrten von Patienten und Spitalbelegschaft. Statt die 100 m direkt zur Zufahrt, absolvieren sie zuerst eine Zusatzschlaufe von 2 km, dass heisst: mehr Verkehr, mehr Abgase und mehr Lärm, mitten im Wohnquartier. Vernünftig wäre doch, den Patienten und der Belegschaft den direkten Zugang zu gewähren. Damit sichergestellt wird, dass dies auch effektiv auf die zwei genannten Kategorien beschränkt bleibt, und somit kein Missbrauch erfolgt, müsste dies vom Spital aus gesteuert werden. Die Fernauslösungen müssten protokolliert werden und wären somit überprüfbar, zudem 24 Stunden im Tag gewährleistet und vom Spital finanziert sein. Was in Bern für die Zufahrt zum Hotel möglich ist, müsste erst recht für ein Spital möglich sein! Auf jeden Fall zu vermeiden ist ein Gefühl der Unsicherheit bei Patientinnen, wonach der Zugang zum Spital unter Umständen nicht zweifelsfrei gewährleistet ist.

Daher fordern wir den Gemeinderat auf, mit dem Engeriedspital eine Lösung zu treffen, wonach die Polleranlage Neubrückstrasse vom Spital aus abgesenkt werden kann. Der Zugang würde ausschliesslich den Patientinnen und Patienten sowie der Spitalbelegschaft inkl. Ärzten gewährt und ist zu protokollieren. Die Kosten für die Fernsteuerung trägt das Spital Engeried.

Falls die Forderung dieser Motion in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, hat sie den Charakter einer Richtlinie.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Gemeinderat hält nach wie vor an der Pollervariante ohne Ausnahme fest. Der Bau der Anlage steht kurz bevor. Die Weichen müssen rechtzeitig gestellt werden.

Bern, 11. September 2008

Dringliche Motion Fraktion FDP (Philippe Müller/Dolores Dana, FDP), Anastasia Falkner, Karin Feuz-Ramseyer, Jacqueline Gafner Wasem, Ueli Haudenschild, Mario Imhof, Yves Seydoux, Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Pascal Rub, Dannie Jost

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliches Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GFL/EVP (Gisela Vollmer, SP/Erik Mozsa, GFL): Wankdorf City: Neuer Stadtteil ohne Wohnungen?

Ausgangslage

Das Stadtplanungsamt und die Abt. Stadtentwicklung stellten im Frühjahr in der PVS (Kommission Planung, Verkehr, Stadtgrün) das neue STEK „Wohnen“ vor. Dieses Konzept wurde in der Kommission mit grossem Wohlwollen aufgenommen.

Die Delegation, welche in der PVS für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Bauinspektorat zuständig ist, fordert seit mehreren Jahren eine Gesamtkoordinationsstelle „Wohnen“, für die Bereiche „Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, Stadtbauten, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Liegenschaftsverwaltung“. Diese wurde bisher vom Gemeinderat abgelehnt.

Problem

Mit der Vermarktung des Schlachthofareals liegt nun die Problematik offen.

Im STEK „Wohnen“ wird das Schlachthofareal auch als Wohnstandort ausgewiesen und ist Teil der Wohnstandortbilanz. In mehreren Gesprächen stellte sich nun allerdings heraus, dass der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik daran ist, das Areal ohne Wohnungen zu vermarkten.

In den Gesprächen zur neuen Bauordnung wurde hingegen immer wieder erwähnt, dass in der Zone D, in der sich das Schlachthofareal befindet, bis zu 100% Wohnen möglich ist.

Zudem hat der GR in seiner Antwort (vom 31. Januar 2008) zum Vorstoss Gisela Vollmer „Townhouses in Bern – kleine Parzellen für kleine Investoren“ eine Wohnnutzung in diesem Areal zugesagt.

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten;

1. im Hinblick auf die Wettbewerbsausschreibung darauf zu achten dass ein Mindestwohnungsanteil gefordert wird und;
2. der PVS die Wettbewerbsausschreibung, wie das bereits zur Vorlage „Mingerstrasse“ gefordert wurde, konsultativ vorzulegen.

Begründung der Dringlichkeit:

Zwei interessierte Investoren sind in Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden daran, die Grundlagen für Ausschreibungen der Architektur- und Freiraumwettbewerbe zu erarbeiten.

Bern, 11. September 2008

Dringliches Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GFL/EVP (Gisela Vollmer, SP/Erik Mozsa, GFL), Barbara Streit-Stettler, Verena Furrer-Lehmann, Daniela Lutz-Beck, Conradin Conzetti, Peter Künzler, Susanne Elsener, Anna Magdalena Linder, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi,

Ursula Marti, Beni Hirt, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Ruedi Keller, Andreas Flückiger

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliches Postulat Henri-Charles Beuchat (CVP): Sicherheitsprobleme spitzen sich zu – Todesfall vor der Reithalle

In der Nacht vom Freitag 29. August 2008 war es vor der Reithalle zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen gekommen, bei der ein 36-jähriger Mann erheblich verletzt wurde. Eine Woche nach dem Vorfall ist der Mann am Samstag, 6. September 2008 an den Folgen der Verletzungen im Spital verstorben.

In diesem Zusammenhang fordern wir eine lückenlose Aufklärung des Sachverhaltes.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen und darzulegen:

1. Die Verantwortlichen der Reithalle sind vorzuladen und an einer Krisensitzung ist eine verbindliche Vereinbarung zu treffen, mit welchen zusätzlichen zwingenden Massnahmen seitens der Reitschule die Situation verbessert werden kann. (Videoüberwachung, Polizeipräsenz, eigener Sicherheitsdienst usw...)
2. Da die Aussagen der Reithallen-Betreiber jene des Direktors für Sicherheit Umwelt und Energie und jene der Kantonspolizei voneinander abweichen prüft der Gemeinderat anhand der Polizeiprotokolle den einleitend erwähnten Sachverhalt und legt dem Stadtrat den Tatsächlichen Sachverhalt vor.
3. Der Gemeinderat prüft die Möglichkeit von unangekündigten Hausdurchsuchungen in der Reithalle.
4. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat in einer tabellarisch chronologischen Übersicht dar, welche Vorfälle sich in den letzten 4 Jahren in und um die Reithalle ereignet haben. Der Bericht gibt Auskunft über Umfang, Struktur und Entwicklung sowie die nähere Ortsbezeichnung der Vorfälle der polizeilich registrierten Straftaten resp. Straftatengruppen in und um die Reithalle.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Vorfall ist aktuell, es muss raschmöglichst eine Massnahme geprüft werden. Die Zustände der Drogenszene fordern ein rasches Handeln.

Bern, 11. September 2008

Dringliches Postulat Henri-Charles Beuchat (CVP), Reto Nause, Edith Leibundgut, Simon Glauser, Roland Jakob, Manfred Blaser, Philippe Müller, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Yves Seydoux, Peter Bernasconi, Rudolf Friedli, Jacqueline Gafner Wasem

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP (Andreas Flückiger, SP/Peter Künzler, GFL): Planung Bahnhof: Boxenstopp - Zukunft nicht verbauen, Variantenfächer öffnen

Es ist zu begrüssen, dass der Kanton Bern mit andern Beteiligten zurzeit aktiv den mittel- bis langfristigen Ausbau des Bahnknotens Bern plant. Dabei ist wichtig, dass auch in zeitlich weiten Horizonten gedacht wird, damit keine möglichen zukünftigen Entwicklungen verbaut werden.

Die zurzeit vom Kanton favorisierte Planung mit dem Schwerpunkt „Schmalspurbahnhof“ verlangt einen Ausbau der heutigen 4-spurigen Eisenbahnbrücke in der Lorraine auf 6 Gleise mit massiven Eingriffen in den als Erholungsgebiet für Lorraine und Nordquartier zentral wichti-

gen Aarehang. Dieses Vorhaben betrachten die Unterzeichnenden als städtebaulich inakzeptabel.

Aus Sicht der Bahnanbindung von Stadt und Region Bern verbaut der sich in Planung befindlichen neue RBS-Bahnhof zentrale Möglichkeiten für die Weiterentwicklung des Bahnsystems. Dies gilt zum Beispiel für den mittelfristig unerlässlichen Normalpureisenbahntunnel und einen zukünftigen attraktiven Normalspurtiefbahnhof. Es besteht somit die Gefahr, durch kurzfristige Problemlösungen bezüglich RBS die langfristige Zukunft des Knoten Berns zu gefährden und damit für Stadt und Region Bern einen bleibenden Schaden zu schaffen. Dabei ist unbestritten: die Bahnhofkapazität des RBS muss dringend ausgebaut werden. Diese soll aber aufwärtskompatibel und abgestützt auf eine Gesamtlösung erfolgen.

Die Unterzeichnenden bemängeln aus diesem Grund, dass zurzeit nur die vom Kanton favorisierte Variante konkret geprüft wird und die negativen Präjudizien für einen späteren Ausbau offenbar in Kauf genommen werden. Realistischerweise ist ja davon auszugehen dass die Umsetzung eines grösseren Ausbaus des Bahnhofs Bern noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. Es besteht somit genügend Zeit die verschiedenen Varianten zunächst auf den gleichen Stand zu bringen und sich so die Gelegenheit zu geben, nachträglich klüger zu werden. Dabei sind selbstverständlich die dringend erforderlichen Kapazitätsausbauten der Meterspur einzuplanen.

Betreffend das konkret vom Kanton Bern favorisierte Projekt ist deshalb ein Boxenstop angebracht. Es ist mit Hilfe Externer die Planung unvoreingenommen neu und breit aufzugleisen.

Aus diesen Gründen verlangen die Unterzeichnenden Folgendes:

1. Der Gemeinderat soll beim Kanton auf eine Überprüfung der bestehenden Planung „Ausbau Bahnhof Bern/Bahnknoten Bern“ hinwirken, mit dem Ziel, dass künftige Entwicklungsmöglichkeiten nicht verbaut werden.
2. Er soll in Zusammenarbeit mit dem Kanton – z.B. mit einer externe Studie (z.B. Prof. Dr. U. Weidmann, ETH Zürich) – eine Gesamtübersicht über die bestehenden Varianten gewinnen mit dem Ziel mögliche und sinnvolle künftige Ausbauvarianten im Bahnhof Bern aufzeigen und die zukünftigen Planungsschritte festzulegen.
3. Es sei eine unabhängige u.a. mit Expertinnen und Experten bestückte Begleitgruppe einzuberufen, die den ganzen Planungsprozess und die verschiedenen Szenarien kritisch begleitet und würdigt.

Bern, 11. September 2008

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP (Andreas Flückiger, SP/Peter Künzler, GFL), Conradin Conzetti, Anna Magdalena Linder, Barbara Streit-Stettler, Nadia Omar, Susanne Elsener, Daniela Lutz-Beck, Giovanna Battagliero, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Liselotte Lüscher, Margrith Beyeler-Graf, Verena Furrer-Lehmann, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Christof Berger, Ueli Stüchelberger, Rania Bahnan Buechi, Stéphanie Penher

Motion Fraktion GFL/EVP (Daniela Lutz-Beck, GFL): Einbezug des Amtes für Umweltschutz (AfU) bei der Planung von Sanierungen und Umbauten von stadteigenen Liegenschaften

Ende 2007 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Eis- und Wasseranlagen der Stadt Bern einer Gesamtschau unterzieht, damit die notwendigen Sanierungen, Renovationen, Um- und Ausbauten geprüft werden können.

Dieser Arbeitsgruppe gehören Vertretungen der Stadtbauten Bern als Eigentümerin, das Sportamt als Betreiberin sowie externe Expertinnen und Experten an, nicht jedoch des AfU.

Die GFL/EVP-Fraktion erwartet, dass das Amt für Umweltschutz (AfU) von Beginn an in die Planungsarbeit einbezogen wird und entsprechende Vorschläge in Bezug auf Energieeffizienz und konsequente Anwendung erneuerbarer Energien beim Betrieb und Unterhalt der Bäder diskutiert und gewährleistet wird, auch um die steigenden Energiekosten (Budgetposten 2009) langfristig zu reduzieren.

Die GFL/EVP Fraktion fordert den Gemeinderat auf sicherzustellen, dass das AfU bei der Planung von notwendigen Sanierungen, allfälligen Renovationen, Um- und Ausbauten der Bauten und Anlagen im Besitz der Stadt Bern konsequent einbezogen wird und dass jeweils eine Überprüfung des Energieverbrauchs und der Anwendung erneuerbarer Energien geprüft wird.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 11. September 2008

Motion Fraktion GFL/EVP (Daniela Lutz-Beck, GFL), Erik Mozsa, Verena Furrer-Lehmann, Susanne Elsener, Nadia Omar, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Rania Bahnan Buechi

Motion Edith Leibundgut (CVP): Ausbau von Spielgruppen fördern und Zugang für sozioökonomisch benachteiligte Familien erleichtern

Spielgruppen leisten einen enormen Beitrag an die Entwicklung des Kindes. In der Spielgruppe erlernen Kinder in einem zeitlich kindgerechten Rahmen das Zusammenleben mit Regeln innerhalb einer Kindergruppe. Sie lernen erste Verse, Spiele, Lieder, machen Erfahrungen mit Leim, Schere und Papier und zelebrieren kleine, gemeinsame Feste, welche in unserer Kultur wichtig sind, wie z.B. Geburtstage, Ostern, Weihnachten und vieles andere mehr.

Für fremdsprachige Kinder, für Kinder mit Integrationsdefiziten und Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien hat die Spielgruppe eine zentrale Funktion. Kinder erlernen frühzeitig eine vielfältige Sprache und die für sie teilweise fremde Kultur wird ihnen durch das Zusammenleben in der Spielgruppe nach und nach vertraut. Der Eintritt in den Kindergarten ist für die meisten Kinder, welche 1-2 Mal wöchentlich eine Spielgruppe besucht haben nur noch ein gut vorbereiteter Übergang und kein Neuanfang mehr. Weiter leisten Spielgruppenleiterinnen wertvolle Arbeit in der Elternbildung und das alles zu einem sehr guten Preis.

Im Zusammenhang mit dem von der Stadt lancierten Projekt Primano fällt nun auf, dass das Angebot und die Häufigkeit der Spielgruppen in der Stadt Bern nicht ausreicht, um den Bedarf vor allem auch für sozial benachteiligte Familien zu decken. Eltern mit kleinem Budget stossen rasch an finanzielle Grenzen, wenn sie ihren Kindern den Besuch einer Spielgruppe ermöglichen wollen.

Um den Zugang zu den Spielgruppen in der Stadt zu verbessern, ist der Ausbau der Spielgruppen zu fördern und eine stärkere finanzielle Unterstützung für sozial benachteiligte Familien zu erwägen.

Ich fordere den Gemeinderat auf:

1. Die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass der Besuch einer Spielgruppe ein- bis zweimal wöchentlich für Kinder der Stadt möglich wird.
2. Den Ausbau von Spielgruppen, welche sich den kantonalen Regelungen und Ausbildungsvorschriften anschliessen generell zu fördern.
3. Einen Entwurf auszuarbeiten, welcher vorsieht, sozioökonomisch benachteiligte Familien finanziell so zu unterstützen, dass Förderangebote bedarfsgerecht benutzt werden können.

Bern, 11. September 2008

Motion Edith Leibundgut (CVP), Henri-Charles Beuchat, Reto Nause, Roland Jakob, Martin Trachsel, Nadia Omar, Susanne Elsener, Erik Mozsa, Rania Bahnan Buechi, Peter Künzler, Daniela Lutz-Beck, Verena Furrer-Lehmann, Barbara Streit-Stettler, Anna Magdalena Linder

Motion Reto Nause (CVP), Ueli Stückelberger (GFL): Innovativere Tarifpolitik zur Entlastung des öffentlichen Verkehrs in Spitzenzeiten

Wir fordern den Gemeinderat auf, mit der RVK Verhandlungen über eine neue, innovativere und flexiblere Tarifpolitik für den Tarifverbund „libero“ (Bern-Solothurn) zu führen. In den Spitzenzeiten sollen die bestehenden Tarife grundsätzlich erhalten bleiben, die Randzeiten müssen für die Fahrgäste tariflich interessanter ausgestaltet werden.

Begründung

Damit werden zwei Ziele erreicht: Aufgrund der preislichen Attraktivität in den Randzeiten können vermehrt Personen zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr bewegt werden; in den Spitzenzeiten werden dringend benötigte Kapazitäten frei. Wir gehen davon aus, dass eine so ausgestaltete Tarifpolitik eine erhebliche Lenkungswirkung auf die Passagierströme entfalten kann. Zudem dürften die verschiedenen Verkehrsunternehmen (u.a. Bernmobil, RBS etc.) damit neue Kundinnen und Kunden ansprechen, welche allfällige Einnahmeausfälle durch das flexibilisierte Tarifsysteem auszugleichen vermögen. Bereits heute gibt es mit dem „Moonliner“ ein Angebot, welches tariflich ausserhalb der bestehenden Strukturen angesiedelt ist. Die SBB kennen mit ihrem Abonnement „Gleis 7“ ebenfalls tarifliche Anreize zur Verlagerung der Personenströme auf ausserhalb der Stosszeiten. Diese Angebote funktionieren. Es ist deshalb folgerichtig, dass sie auch im öffentlichen Nahverkehr angeboten werden. Wie die Stosszeiten genauer zu definieren sind und welche Preisnachlässe (Einzelbillete, Abonnemente) möglich wären, ist im Rahmen der Bestellverfahren mit dem Kanton und dem Bund auszuhandeln. Allerdings wird die gewünschte Lenkungswirkung wohl nur dann einsetzen, wenn die neuen Angebote auch eine erhebliche Attraktivität ausstrahlen. Zu vermeiden ist jedoch ein Tarifdschugel. Es ist deshalb unerlässlich, dass sich die Tarifbedingungen (vor allem die Zeitdefinitionen für Rabatte) schweizweit möglichst einheitlich gestalten.

Bern, 11. September 2008

Motion Reto Nause (CVP), Edith Leibundgut, Henri-Charles Beuchat, Ueli Stückelberger, Rania Bahnan Buechi, Anna Magdalena Linder, Conradin Conzetti, Bernhard Eicher, Peter Künzler, Susanne Elsener, Nadia Omar, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Dolores Dana, Anastasia Falkner, Karin Feuz-Ramseyer, Dannie Jost

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beni Hirt, JUSO): Bis der Poller in der Matte kommt, braucht's griffige Massnahmen

Das Verkehrsproblem der Matte ist seit langem bekannt. Leider wird trotz Zubringerdienst und Nachtfahrverbot munter durchs Quartier gefahren. Besonders zu Stosszeiten ist die Situation prekär vor allem für Schulkinder und andere schwächere Verkehrsteilnehmende.

Um diesem Sicherheitsrisiko, dem Lärm und der Umweltverschmutzung ein Ende zu setzen, ist ein Poller geplant. Dieser würde dem Quartier eine massive Erhöhung der Lebensqualität versprechen. Leider wird es aber noch lange dauern, bis der Poller Realität ist. Denn verschiedene Kreise opponieren fundamental dagegen. Das Einspracheverfahren ist bald abgeschlossen, das Regierungsstatthalteramt wird in Kürze den Entscheid bekannt geben. Danach stehen aber noch alle Instanzen bis zum Bundesgericht bevor. Das haben die Opponenten angekündigt.

Weil die Matte bis dahin vom Durchgangsverkehr überschwemmt wird, Mensch und Umwelt gefährdet werden, braucht es griffige temporäre Massnahmen. Dies könnten z.B. vermehrte Verkehrskontrollen oder bauliche Massnahmen sein.

Wir bitten den Gemeinderat deshalb Massnahmen zu prüfen, wie die Sicherheitssituation im Sinne der obigen Ausführungen verbessert werden kann.

Bern, 11. September 2008

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beni Hirt, JUSO), Beat Zobrist, Thomas Göttin, Christof Berger, Ruedi Keller, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Claudia Kuster, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Gisela Vollmer, Liselotte Lüscher, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Giovanna Battaglio, Stefan Jordi, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Ursula Marti, Michael Aebersold

Interpellation Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasen, FDP): Gezielte Diskreditierung des Metropolitanraumes Bern?

Am 21. August 2008 hat das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) den Entwurf für ein „Raumkonzept Schweiz“ (<http://www.are.admin.ch/dokumentation/00121/00224/index.html?lang=de&msg-id=20772>) veröffentlicht, wonach der Grossraum Bern, anders als die Grossräume Basel, „Bassin lémanique“ und Zürich, nicht als „Metropolitanraum“ eingestuft wird, mit schwerwiegenden negativen Konsequenzen, was die nationale und internationale Positionierung der Hauptstadtregion und des gesamten Espace Mittelland betrifft, insbesondere auch finanzieller und entwicklungsdynamischer Art. Diese Einstufung des Grossraumes Bern erstaunt umso mehr, als das ARE laut Presseberichterstattung (Berner Zeitung, Nr. 199, Ausgabe vom 27. August 2008, Seite 30) keine konkreten Vergleichsdaten zu den verwendeten Kriterien und keine statistischen Daten zu den postulierten Unterschieden zwischen den Regionen angeben kann. Eine Liste mit konkreten Kriterien und der jeweiligen Beurteilung der verschiedenen Regionen ist nicht erhältlich. Wer Kapitel 4.4. (Spezifische Strategien für Handlungsräume, Seite 40 ff.) des Konzepts aufmerksam durchliest, dem fällt denn – nebst anderem – auch sofort auf, dass im Unterschied zu den Räumen Zürich, Basel und „Bassin lémanique“ für den Raum Bern Angaben zur Anzahl Arbeitsplätze fehlen, wogegen man für die Region Luzern, die „Città Ticino“ und das sogenannte Aareland wiederum entsprechende Angaben findet. Zufall? Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die durch das ARE vorgeschlagene Einstufung des Grossraumes Bern mit der Hauptstadt als Zentrum weder nachvollziehbar noch akzeptabel ist und korrigiert werden muss, indem die „Swiss Capital Area“ ohne Wenn und Aber als weiterer Metropolitanraum zu qualifizieren ist.

In diesem Zusammenhang richten wir folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Hat sich der Schweizerische Städteverband (SSV), der laut Angaben des ARE an der Erarbeitung des Entwurfs des „Raumkonzepts Schweiz“ als Partner beteiligt war und dessen 16-köpfigem Vorstand unter anderem die Stadtpräsidenten von Bern, Biel, Thun und Solothurn angehören, zur Einstufung des Grossraumes Bern vernehmen lassen (können)?
Falls ja, wie hat sich der SSV dazu konkret geäussert? Deckt sich diese Stellungnahme mit der Haltung des Gemeinderates?
Falls nein, aus welchen Gründen konnte oder wollte der SSV keine Stellungnahme abgeben?
2. Mit welchen Konsequenzen ist für die Stadt Bern als Zentrum der Hauptstadtregion und des gesamten Espace Mittelland auf mittlere und längere Sicht zu rechnen, sollte sich an der vorläufigen Einstufung des Grossraumes Bern durch das ARE nichts mehr ändern?

3. Ist der Gemeinderat gewillt, die Qualifizierung des Grossraumes Bern als Metropolitanraum zu einem Schwerpunkt der Legislaturrichtlinien 2009-2012 der Stadt Bern zu machen?
4. Ist der Gemeinderat gewillt, in Absprache mit dem Regierungsrat des Kantons Bern rasch und aktiv auf die Bildung einer Koalition aller dem Metropolitanraum Bern zuzurechnenden Kernstädte mit ihren jeweiligen Agglomerationen, insbesondere Biel, Thun, Burgdorf und Langenthal, mit dem Ziel einer koordinierten Vertretung der gemeinsamen Interessen der Hauptstadtregion und des gesamten Espace Mittelland im Zusammenhang mit dem hier interessierenden Konzept hinzuwirken?
5. Allein im Kanton Bern leben rund eine Million Menschen, die Hälfte davon in den Städten Bern, Biel und Thun und deren Agglomerationen. Ist der Gemeinderat bereit, in Absprache mit den massgebenden Akteuren im Grossraum Bern eine Mitgliedschaft der „Swiss Capital Area“ in METREX, dem in Form eines eingetragenen, gemeinnützigen, internationalen Vereins nach belgischem Recht organisierten Netz der europäischen Ballungs- und Grossräume zu prüfen und nach Möglichkeit zu realisieren, das dem Austausch von wissenschaftlichen Informationen, Expertenwissen und Erfahrungen in der Raumplanung und Raumentwicklung auf regionaler und Grossraumbene in Europa dient?
6. Welche konkreten Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, die Bevölkerung der im Verein Region Bern (VRB) zusammengeschlossenen Einwohnergemeinden innert nützlicher Frist für die im Zusammenhang mit dem Entwurf des „Raumkonzepts Schweiz“ bestehenden Chancen und Risiken zu sensibilisieren?

Bern, 4. / 11. September 2008

Interpellation Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasen, FDP), Dolores Dana, Dannie Jost, Philippe Müller, Bernhard Eicher, Ueli Haudenschild, Karin Feuz-Ramseyer, Yves Seydoux, Hans Peter Aeberhard, Markus Kiener, Christoph Zimmerli, Thomas Balmer, Mario Imhof

Interpellation Robert Meyer/Dieter Beyeler (SD): CIA-Europa-Zentrale in Bern?

Gerüchten zufolge soll die neue US-Botschaft in Bern als Europa-Zentrale des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA dienen. Es ist bekannt, dass die Schweiz – auch historisch gesehen, z.B. in der Zeit des 2. Weltkrieges – ein beliebter Tummelplatz ausländischer Geheimdienste war und ev. immer noch ist. Weiter ist bekannt, dass viele Botschaftsfunktionäre gleichzeitig Geheimdienstangehörige sind.

Im vorliegenden Fall haben diese Umtriebe jedoch eine neue Qualität, da es sich um den Geheimdienst einer kriegführenden Nation handelt, die zwei Besatzungskriege auf der andern Seite der Welt (im Irak und in Afghanistan) führt. Nebst der aktiven Kriegstreiberei ist die CIA zudem durch eklatante Menschenrechtsverletzungen (Guantánamo, Abu Ghraib) bekannt. Schliesslich hat die CIA wiederholt durch illegale Entführungen in diversen europäischen Ländern (ev. auch in der Schweiz) deren Souveränität aufs Gröblichste verletzt.

Wir fragen den Gemeinderat an:

1. Ist ihm bekannt, dass ein CIA-Hauptquartier in Bern geplant oder bereits in Betrieb ist?
2. Laufen dazu eventuell bereits Ermittlungen oder sind solche vorgesehen?
3. Teilt er die Meinung, dass Bern als selbstdeklarierte entmilitarisierte Stadt (Defilées sind bekanntlich in Bern nicht mehr erwünscht) keinesfalls die Anwesenheit einer aktiv in Aggressionskriege verwickelte Organisation wie die CIA dulden kann?
4. Ist der Gemeinderat bereit, dafür zu sorgen, dass Bern als Hauptstadt eines neutralen Landes dieser Neutralität Nachachtung verschafft?

Bern, 11. September 2008

Interpellation Robert Meyer/Dieter Beyeler (SD), Simon Glauser, Rudolf Friedli, Roland Jakob, Manfred Blaser, Peter Bühler, Thomas Weil

Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Erneute Erhöhung der Strompreise von Energie Wasser Bern (ewb)

Es ist noch keine zwei Jahre her, seit die Strompreise von ewb per 1. Januar 2007 letztmals gestiegen sind. Dies, obwohl der Preisüberwacher im Vorfeld beim Gemeinderat interveniert hatte und mit Schreiben vom 11. September 2006 folgendes feststellte (auszugsweises Zitat): „Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht der Preisüberwachung angezeigt, die Kunden in Form von tieferen. Preisen an der äusserst günstigen finanziellen Situation der ewb, die durch bisher hohe Preise verursacht wurde, teilhaben zu lassen und die Preise in allen Kategorien zu senken. Auf jeden Fall ist auf die Preiserhöhung für Kunden in den Kategorien Home und Economy zu verzichten.“ Bekanntlich hat der Gemeinderat die Empfehlung des Preisüberwachers damals in den Wind geschlagen und an seiner Preispolitik festgehalten.

Und nun sollen die Strompreise von ewb schon wieder erhöht werden. Mit Schreiben vom „September 2008“, das Ende August 2008 versandt worden ist, teilt ewb seinen Kunden und Kundinnen mit, dass die Elektrizitätspreise per 1. Januar 2009 erneut steigen werden, für Haushalte im Durchschnitt um rund 10 Prozent, für die meisten Firmen zwischen 10 und 20 Prozent. Begründet wird dieser Preisanstieg mit a) der Überwälzung der Kosten für das Transportnetz der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid auf die Elektrizitätswerke, b) mit der Erhöhung der sogenannten Konzessionsabgabe durch die Stadt Bern und c) der Einführung einer Förderabgabe des Bundes, deren Höhe der Bund allerdings erst Ende September 2008 bekanntgeben werde. Auf der Rückseite des Schreibens von ewb erfährt die Kundschaft zudem, dass ewb die durch Swissgrid überwälzten Kosten als zu hoch erachtet und deshalb bei der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (EiCom) Einsprache eingereicht hat, mit dem Ziel, dass Swissgrid die Kosten spätestens 2010 senkt, wovon auch die Kundinnen und Kunden von ewb profitieren würden. Ferner wird die Erhöhung der Konzessionsabgabe an die Stadt Bern damit begründet, dass die Abgabe im nationalen Vergleich bisher tief gewesen sei und nun an die schweizweit üblichen Tarife angepasst werde. Und schliesslich stellt ewb fest, durch die höheren Elektrizitätspreise erhöhe sich der Gewinn von ewb nicht, sondern würden nur die per 1. Januar 2009 steigenden Kosten weitergegeben.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch sind die Kosten, die ewb ab 1. Januar 2009 in absoluten Frankenbeträgen und in Prozenten des relevanten Aufwandes im Vergleich zu 2008 zusätzlich anfallen für a) die Kostenüberwälzung Swissgrid. b) die Konzessionsabgabe der Stadt Bern und c) die Förderabgabe des Bundes?
2. Wie setzt sich die Erhöhung der Strompreise von a) durchschnittlich 10 Prozent für Haushalte und b) durchschnittlich 10 bis 20 Prozent für die meisten Firmen nach Massgabe der besagten drei Kostentreiber in Prozenten konkret zusammen?
3. Ist der Eindruck richtig, dass der Gemeinderat die Kostenüberwälzung auf die Elektrizitätswerke durch Swissgrid und die Einführung der Förderabgabe der Bundes nutzt, um im Windschatten dieser landesweit anfallenden Kostensteigerungen möglichst unauffällig auch gleich die Konzessionsabgabe der Stadt Bern zwecks Generierung von Mehreinnahmen für die Stadtkasse zu erhöhen, notabene ohne den geringsten Mehrwert für die Kundschaft von ewb, da eine Steuererhöhung in der Stadt Bern bekanntlich keinerlei Chancen hätte?
4. Hat die zuständige Direktion (SUE) bzw. hat ewb die Erhöhung der Strompreise, welcher der Gemeinderat gemäss dem erwähnten Schreiben von ewb „vor wenigen Tagen“ zuge-

stimmt hat, dem Preisüberwacher zur Prüfung und Stellungnahme unterbreitet? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, weshalb nicht?

5. Gesetzt den Fall, ewb dringt mit seiner bei EICOM eingereichten Einsprache gegen die Höhe der durch Swissgrid überwälzten Kosten durch, profitieren die Kundinnen und Kunden von ewb dann rückwirkend per 1. Januar 2009 oder erst pro futuro von der entsprechenden Kostensenkung? Falls letzteres zutreffen sollte, wie wird der Verzicht auf die Rückerstattung der im Rückblick überhöhten Preise von ewb begründet?

Bern, 4. / 11. September 2008

Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP), Dolores Dans, Dannie Jost, Philippe Müller, Thomas Balmer, Bernhard Eicher, Ueli Haudenschild, Karin Feuz-Ramseyer, Yves Seydoux, Christoph Zimmerli, Markus Kiener

Kleine Anfrage Beat Gubser (EDU): Was kostet die Einladung an den Dalai Lama den Steuerzahler?

Am 13. Oktober wird der Dalai Lama voraussichtlich auf Einladung des Gemeinderats die Stadt Bern besuchen.

Welche ausgabenwirksamen und nicht ausgabenwirksamen Kosten entstanden und entstehen dadurch? Ich denke dabei z.B. an:

- Arbeitsstunden
- Empfang im Erlacherhof
- Öffentlicher Anlass im Münster
- Grossleinwand auf dem Münsterplatz
- Erstellung und Verteilung der kostenlosen Tickets
- Sicherheitskosten
- Absperrung Münster- und Herrengasse
- Spesen

Bitte die Kosten einzeln auflisten und das Total angeben. *Danke*

Bern, 11. September 2008

Kleine Anfrage Beat Gubser (EDU)

Kleine Anfrage Roland Jakob (SVP): Verkommt der Bundesplatz zur nächtlichen Stunde zum Botellón?

Regelmässig wird der Bundesplatz am Abend zum Treffpunkt von Jugendlichen Trinkern! Dies ist ein Umstand, der so nicht tolerierbar ist. Deshalb möchte ich vom zuständigen Gemeinderat wissen:

1. Ist dem Gemeinderat bewusst, dass zu nächtlicher Stunde der Bundesplatz zum „Saufplatz“ verkommt?
2. Wird der Platz zu nächtlicher Stunde durch die Polizei kontrolliert?
3. Ist Pinto zu nächtlicher Stunde auf dem Bundesplatz präsent?
4. Wie viel kostet den Steuerzahler die Reinigung des Platzes nach den Trinkgelagen?

Bern, 11. September 2008

Kleine Anfrage Roland Jakob (SVP)

Kleine Anfrage Roland Jakob (SVP): Ist das BSS noch in der Lage die Kontrolle des Schulfonds und der Fürsorgekasse zu gewährleisten?

Seit der Zusammenlegung der Schulkreise im August 2007, wurden in den neuen Schulkreisen auch die Schulfonds und Fürsorgekassen an den Standorten neu verwaltet oder zusammengelegt. Leider hat das BSS diesbezüglich seine Aufgaben nicht wahrgenommen. Deshalb möchte ich vom zuständigen Gemeinderat wissen:

1. Werden in den Schulkreisen in der Stadt Bern die Schulfonds und Fürsorgekassen fristgerecht zur Kontrolle eingereicht?
2. Wird in allen Schulkreisen nach einheitlichem Kontoplan kodiert?
3. Ist der aktuelle Kontoplan der heutigen Situation angepasst?
4. Gibt es Verfehlungen bei der Kontrolle, die durch das BSS gerügt werden?

Bern, 11. September 2008

Kleine Anfrage Roland Jakob (SVP)

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Andreas Zysset*

Der Protokollführer: *Matthias Uhlmann*

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-16:28 - 027

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Outcome. Lists council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-16:28 - 027.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Outcome. Lists council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-16:28 - 027.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 16:28:49

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-16:36 - 028

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Outcome. Lists council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-16:36 - 028.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Outcome. Lists council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-16:36 - 028.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 16:36:28

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-16:43 - 029

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Outcome. Lists council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-16:43 - 029.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Outcome. Lists council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-16:43 - 029.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 16:43:30

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-16:43 - 030

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Outcome. Lists council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-16:43 - 030.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Outcome. Lists council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-16:43 - 030.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 16:44:02

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-16.51 - 031

Aniker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beylet-Graf	Margith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lahmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozaa	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stephanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sarıastan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Särmex	Hasim	SP	Nein
Stettler	Barbara	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDa	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 16:51:16

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-16.59 - 032

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Barnasconi	Peter	SVP	Nein
Beuchal	Henri-Charles	CVP	Nein
Beylet	Dieter	SD	Nein
Bisler	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Friedli	Rudolf	SVP	Nein
Gafner-Wasser	Jacqueline	FDP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschid	Ueli	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Leubundgut	Edith	CVP	Nein
Meyer	Robert	SD	Nein
Müller	Philipp	FDP	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Hub	Pascal	FDP	Nein
Schori	Beat	SVP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Stuffer	Ernst	ARP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Aniker-Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Büechli	Rania	GFL	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Berger	Christof	SP	Ja
Beylet-Graf	Margith	SP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Conzatti	Conradin	GFL	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Ja
Gasser	Karin	GB	Ja
Haudenschid	Ueli	FDP	Ja
Hilt	Beni	Juso	Ja
Jordi	Stephan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Kuster	Claudia	SP	Ja
Lahmann	Annette	SP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lüscher	Liselotte	SP	Ja
Lüthi	Markus	SP	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozaa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philipp	FDP	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stephanie	GB	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sarıastan	Emine	GB	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Särmex	Hasim	SP	Ja
Stettler	Barbara	EVP	Ja
Stöckelberger	Ueli	GFL	Ja
Thaler	Luzius	GPB	Ja
Trötschel	Martin	EVP	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
Zbinden	Rolf	PDa	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 16:59:31

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17.04 - 033

Aniker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Büechli	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beuchal	Henri-Charles	CVP	Nein
Beylet-Graf	Margith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Furz-Ramsayer	Karin	FDP	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner-Wasser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Haudenschid	Ueli	FDP	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lahmann	Annette	SP	Nein
Leubundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozaa	Erik	GFL	Nein
Müller	Philipp	FDP	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stephanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sarıastan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Särmex	Hasim	SP	Nein
Stöckelberger	Ueli	GFL	Nein
Thaler	Luzius	GPB	Nein
Trötschel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDa	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Beuchal	Henri-Charles	CVP	Ja
Beylet	Dieter	SD	Ja
Bisler	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jasili	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Schori	Beat	SVP	Ja
Staufner	Ernst	ARP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 17:04:43

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17.11 - 034

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Aniker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Büechli	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beylet-Graf	Margith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Furz-Ramsayer	Karin	FDP	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Haudenschid	Ueli	FDP	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lahmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozaa	Erik	GFL	Nein
Müller	Philipp	FDP	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stephanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sarıastan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Särmex	Hasim	SP	Nein
Stöckelberger	Ueli	GFL	Nein
Thaler	Luzius	GPB	Nein
Trötschel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDa	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Beuchal	Henri-Charles	CVP	Ja
Beylet	Dieter	SD	Ja
Bisler	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jasili	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Schori	Beat	SVP	Ja
Staufner	Ernst	ARP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Imhof	Mario	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 17:11:25

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17-12 - 035

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists 55 council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-17-12 - 035.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists 55 council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-17-12 - 035.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 11.09.2008 17:12:19

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17-24 - 036

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists 55 council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-17-24 - 036.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists 55 council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-17-24 - 036.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 11.09.2008 17:24:14

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17-24 - 037

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists 55 council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-17-24 - 037.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists 55 council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-17-24 - 037.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 11.09.2008 17:24:42

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17-24 - 038

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists 55 council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-17-24 - 038.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists 55 council members and their votes on Abst.Nr. 11.09.2008-17-24 - 038.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 11.09.2008 17:25:09

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:25 - 039

Antiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Baltaglio	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramsayer	Karin	FDP	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Friedli	Rudolf	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Galner-Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Grossi	Giuglielmo	SP	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariclan	Emine	GB	Nein

Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 17:25:40

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:25 - 040

Antiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Baltaglio	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramsayer	Karin	FDP	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Friedli	Rudolf	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Galner-Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Giuglielmo	SP	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariclan	Emine	GB	Nein

Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 17:26:11

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:26 - 041

Antiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Nein
Baltaglio	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramsayer	Karin	FDP	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Friedli	Rudolf	SVP	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Galner-Waser	Jacqueline	FDP	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Grossi	Giuglielmo	SP	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariclan	Emine	GB	Nein

Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 17:26:44

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:26 - 042

Antiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Barmasconi	Peter	SVP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramsayer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Jasili	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Nause	Reo	CVP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schori	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Staufner	Ernst	ARP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Entn.
Zysset	Andreas	SP	Entn.
Aebersold	Michael	SP	
Gasser	Karin	GB	
Höblin	Thomas	SP	
Imboden	Natalie	GB	
Imhof	Mano	FDP	
Jordi	Stephan	SP	
Kiener	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Lutz-Beck	Daniela	GFL	
Meyer	Robert	SD	
Weller	Philipp	FDP	
Penner	Stéphanie	GB	
Wegmüller	Anne	JAI	

Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 17:29:31

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:36 - 043

Table with 4 columns: Name, Party, Position, Vote. Includes names like Beyeler, Büssler, Glauser, Gubser, Hess, Jaissir, Jakob, Stauffer, Theiler, Weil, Zbinden, Aeberhard, Aniker-Mansour, Bahnan Buechi, Balmer, Battagliero, Berger, Beuchat, Beyeler-Graf, Bill, Conzatti, Dana, Eicher, Elsener, Feuz-Ramsayer, Flückiger, Frieden, Friedli, Furrer-Lehmann, Garner-Waser, Gasser, Göttlin, Grossi, Haudenschuid, Hirt, Jost, Keller, Kunzier, Kuster.

Table with 4 columns: Name, Party, Position, Vote. Includes names like Lehmann, Leibundgut, Linder, Lüscher, Lüthi, Luz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Mozza, Nause, Omar, Penher, Rub, Sancar, Sanasian, Scholer, Schulz, Schwarz, Seydoux, Sonmez, Streit-Stettler, Stückelberger, Trachsel, Vollmer, Zimmerli, Zobrist, Bernasconi, Zysset, Aebersold, Bühler, Falkner, Imboden, Imhof, Kiener, Krummen, Meyer, Müller, Wegmüller.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 17:36:48

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:48 - 044

Table with 4 columns: Name, Party, Position, Vote. Includes names like Aeberhard, Balmer, Beuchat, Beyeler, Dana, Eicher, Falhner, Feuz-Ramsayer, Friedli, Garner-Waser, Glauser, Gubser, Haudenschuid, Hess, Imhof, Jaissir, Jakob, Leibundgut, Meyer, Nause, Rub, Schori, Seydoux, Stauffer, Streit-Stettler, Stückelberger, Trachsel, Ueli, Well, Zimmerli, Battagliero, Berger, Bernasconi, Beyeler-Graf, Bill, Conzatti, Elsener, Flückiger, Frieden, Furrer-Lehmann, Gasser.

Table with 4 columns: Name, Party, Position, Vote. Includes names like Göttlin, Grassi, Hirt, Jost, Keller, Kunzier, Kuster, Lehmann, Linder, Lüscher, Lüthi, Luz-Beck, Marti, Mathieu, Mordini, Mozza, Omar, Sancar, Sanasian, Scholer, Schulz, Schwarz, Sonmez, Streit-Stettler, Stückelberger, Trachsel, Vollmer, Zbinden, Zobrist, Aniker-Mansour, Bahnan Buechi, Jost, Michael, Penher, Zysset, Aebersold, Blaser, Bühler, Imboden, Kiener, Krummen, Müller, Wegmüller.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 17:48:27

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:57 - 045

Table with 4 columns: Name, Party, Position, Vote. Includes names like Battagliero, Berger, Beyeler-Graf, Bill, Conzatti, Elsener, Flückiger, Frieden, Furrer-Lehmann, Gasser, Göttlin, Grossi, Hirt, Jost, Keller, Kunzier, Kuster, Lehmann, Linder, Lüthi, Luz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Mozza, Omar, Penher, Sanasian, Scholer, Schwarz, Sonmez, Theiler, Trachsel, Vollmer, Zbinden, Zobrist, Aeberhard, Bernasconi, Beuchat.

Table with 4 columns: Name, Party, Position, Vote. Includes names like Beyeler, Büssler, Bühler, Dana, Eicher, Falhner, Feuz-Ramsayer, Garner-Waser, Glauser, Gubser, Haudenschuid, Hess, Imhof, Jaissir, Jost, Leibundgut, Meyer, Müller, Nause, Rub, Seydoux, Stauffer, Weil, Zimmerli, Zysset, Aebersold, Aniker-Mansour, Bahnan Buechi, Balmer, Friedli, Imboden, Jakob, Kiener, Krummen, Lüscher, Sancar, Schori, Streit-Stettler, Stückelberger, Wegmüller.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 17:58:13

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:58 - 046

Table with 4 columns: Name, Party, Position, Vote. Includes names like Aeberhard, Battagliero, Berger, Beuchat, Beyeler-Graf, Bill, Conzatti, Dana, Eicher, Feuz-Ramsayer, Garner-Waser, Glauser, Gubser, Haudenschuid, Hirt, Imhof, Jost, Keller, Kunzier, Kuster, Lehmann, Linder, Lüthi, Luz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Mozza, Omar, Penher, Rub, Sancar, Sanasian, Scholer, Schulz, Schwarz, Sonmez, Theiler, Trachsel, Vollmer, Zbinden, Zobrist, Aebersold, Blaser, Bühler, Imboden, Kiener, Krummen, Müller, Wegmüller.

Table with 4 columns: Name, Party, Position, Vote. Includes names like Rub, Sanasian, Scholer, Schwarz, Seydoux, Sonmez, Theiler, Trachsel, Vollmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist, Bernasconi, Beyeler, Blaser, Bühler, Glauser, Hess, Jaissir, Jaissir, Keller, Kunzier, Kuster, Lehmann, Linder, Leibundgut, Lüthi, Luz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Mozza, Müller, Nause, Omar, Penher.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 17:58:42

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-17:58 - 047

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Ja/Nein. Lists members of the Bern City Council and their voting records for item 11.09.2008-17:58 - 047.

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Ja/Nein. Continues the list of members and their voting records for item 11.09.2008-17:58 - 047.

Präsidentin: Sabine Roth

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 17:59:12

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-18:00 - 048

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Ja/Nein. Lists members of the Bern City Council and their voting records for item 11.09.2008-18:00 - 048.

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Ja/Nein. Continues the list of members and their voting records for item 11.09.2008-18:00 - 048.

Präsidentin: Sabine Roth

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:01:03

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-18:19 - 049

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Ja/Nein. Lists members of the Bern City Council and their voting records for item 11.09.2008-18:19 - 049.

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Ja/Nein. Continues the list of members and their voting records for item 11.09.2008-18:19 - 049.

Präsidentin: Sabine Roth

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:19:53

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-18:20 - 050

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Ja/Nein. Lists members of the Bern City Council and their voting records for item 11.09.2008-18:20 - 050.

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Ja/Nein. Continues the list of members and their voting records for item 11.09.2008-18:20 - 050.

Präsidentin: Sabine Roth

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:20:27

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-18:20 - 051

Ahiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Balmer Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyerle-Graf	Margrith	SP	Nein
Blü	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Eisener	Susanne	GFL	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Gotlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hiri	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmänn	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penhner	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sanaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stöckelberger	Ueli	GFL	Nein
Theiler	Luzius	GPB	Nein

Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vöthler	Giisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Beyerler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jacob	Roland	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schoni	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Staufner	Ernst	ARP	Ja
Well	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Gafner-Waser	Jacqueline	FDP	Enth.
Zysselt	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Balmer	Thomas	FDP	
Bühler	Peter	SVP	
Gotlin	Thomas	SP	
Hiri	Beni	Juso	
Imboden	Natalie	GB	
Kienler	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Müller	Philippe	FDP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:21:05

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-18:28 - 052

Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Nein
Ahiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyerle-Graf	Margrith	SP	Nein
Blü	Lea	JAI	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penhner	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sanaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB	Nein
Vöthler	Giisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Ahiker-Mansour	Cristina	GFL	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Beyerler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Eisener	Susanne	GFL	Ja

Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gafner-Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jacob	Roland	SVP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Schon	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Staufner	Ernst	ARP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Stöckelberger	Ueli	GFL	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Well	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Enth.
Mozza	Erik	GFL	Enth.
Zysselt	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Balmer	Thomas	FDP	
Bühler	Peter	SVP	
Gotlin	Thomas	SP	
Hiri	Beni	Juso	
Imboden	Natalie	GB	
Kienler	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Leibundgut	Edith	CVP	
Müller	Philippe	FDP	
Rub	Pascal	FDP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:28:48

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-18:44 - 053

Ahiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyerle-Graf	Margrith	SP	Nein
Blü	Lea	JAI	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Gotlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hiri	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Penhner	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sanaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Volmer	Giisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Beyerler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja

Eisener	Susanne	GFL	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gafner-Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jacob	Roland	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schoni	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Staufner	Ernst	ARP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Stöckelberger	Ueli	GFL	Ja
Theiler	Luzius	GPB	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Well	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Ahiker-Mansour	Cristina	GFL	Enth.
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Enth.
Zysselt	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Balmer	Thomas	FDP	
Imboden	Natalie	GB	
Kienler	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Müller	Philippe	FDP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:44:59

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-18:45 - 054

Ahiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Balmer Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyerle-Graf	Margrith	SP	Nein
Blü	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Eisener	Susanne	GFL	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Gottin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hiri	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmänn	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Lüthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozza	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penhner	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sanaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stöckelberger	Ueli	GFL	Nein
Theiler	Luzius	GPB	Nein

Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vöthler	Giisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Beyerler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramseyer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gafner-Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jacob	Roland	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Nause	Reto	CVP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schoni	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Staufner	Ernst	ARP	Ja
Well	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zysselt	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Balmer	Thomas	FDP	
Imboden	Natalie	GB	
Kienler	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Müller	Philippe	FDP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:45:28

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 11.09.2008-18:45 - 055

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and another column. Rows include Aniker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Berger, Beyerle-Graf, Bill, Conzetti, Dana, Elcher, Elsener, Falkner, Feuz-Ramsayer, Flückiger, Frieden, Furrer-Lehmann, Gafner-Waser, Gasser, Göttin, Grossi, Gubser, Hit, Jordi, Jost, Keller, Kunzler, Küster, Lehmann, Linder, Lüscher, Lüthi, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Moridin, Moza, Omar, Penher, Sancar, Sarastan.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and another column. Rows include Schuler, Schwarz, Seydoux, Sömmiez, Streil-Stettler, Stöckelberger, Theiler, Trachsel, Vollmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist, Bernasconi, Beuchat, Beyerle, Blaser, Bühler, Friedli, Glauser, Haudenschöld, Hess, Imhof, Jaissl, Jakob, Leibundgut, Meyer, Nause, Rub, Schori, Stauffer, Wal, Aebberhard, Zysset, Aebbersöld, Balzer, Imboden, Kiener, Krummen, Müller, Wegmüller.

**** Präsident nicht anwesend

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:45:57

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 11.09.2008-18:58 - 056

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and another column. Rows include Aniker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Beyerle-Graf, Bill, Conzetti, Elsener, Flückiger, Frieden, Furrer-Lehmann, Gasser, Göttin, Grossi, Gubser, Hit, Jordi, Keller, Kunzler, Küster, Lehmann, Linder, Lüscher, Lüthi, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Moridin, Moza, Omar, Penher, Sancar, Sarastan, Schuler, Schwarz, Sömmiez, Streil-Stettler, Stöckelberger, Trachsel, Vollmer.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and another column. Rows include Zbinden, Zobrist, Aebberhard, Bernasconi, Blaser, Bühler, Dana, Elcher, Falkner, Feuz-Ramsayer, Friedli, Gafner-Waser, Glauser, Haudenschöld, Hess, Imhof, Jaissl, Jakob, Jost, Leibundgut, Meyer, Nause, Rub, Schori, Seydoux, Stauffer, Theiler, Weil, Zimmerli, Zysset, Aebbersöld, Balzer, Berger, Beyerle, Imboden, Kiener, Krummen, Müller, Wegmüller.

**** Präsident nicht anwesend

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 18:58:23

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 11.09.2008-19:00 - 057

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and another column. Rows include Aniker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Berger, Beyerle-Graf, Bill, Conzetti, Dana, Elcher, Elsener, Falkner, Feuz-Ramsayer, Flückiger, Frieden, Furrer-Lehmann, Gafner-Waser, Gasser, Göttin, Grossi, Gubser, Hit, Jordi, Jost, Keller, Kunzler, Küster, Lehmann, Linder, Lüscher, Lüthi, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Moridin, Moza, Omar, Penher, Rub, Sancar, Sarastan, Schuler, Schwarz, Sömmiez.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and another column. Rows include Streil-Stettler, Stöckelberger, Theiler, Trachsel, Vollmer, Zbinden, Zobrist, Bernasconi, Beuchat, Blaser, Bühler, Friedli, Glauser, Haudenschöld, Hess, Imhof, Jaissl, Jakob, Leibundgut, Meyer, Nause, Schori, Stauffer, Weil, Aebberhard, Dana, Falkner, Zimmerli, Zysset, Aebbersöld, Balzer, Beyerle, Feuz-Ramsayer, Imboden, Kiener, Krummen, Moza, Müller, Seydoux, Wegmüller.

**** Präsident nicht anwesend

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 19:01:12

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 11.09.2008-20:44 - 059

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and another column. Rows include Aebberhard, Balzer, Battagliero, Berger, Beyerle-Graf, Bill, Conzetti, Dana, Elcher, Elsener, Falkner, Feuz-Ramsayer, Flückiger, Frieden, Furrer-Lehmann, Gafner-Waser, Gasser, Göttin, Grossi, Haudenschöld, Hit, Keller, Kunzler, Küster, Lehmann, Linder, Lüscher, Lüthi, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Moridin, Moza, Omar, Penher, Rub, Sancar, Sarastan, Schuler, Schwarz, Schori, Wegmüller.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and another column. Rows include Sancar, Sarastan, Schuler, Schwarz, Seydoux, Sömmiez, Streil-Stettler, Stöckelberger, Theiler, Trachsel, Vollmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist, Bernasconi, Beuchat, Beyerle, Blaser, Bühler, Dana, Elcher, Falkner, Feuz-Ramsayer, Friedli, Gafner-Waser, Glauser, Haudenschöld, Hess, Imhof, Jaissl, Jakob, Leibundgut, Meyer, Nause, Penher, Rub, Sancar, Sarastan, Schuler, Schwarz, Schori, Wegmüller.

**** Präsident nicht anwesend

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 20:45:09

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-20:57 - 059

Balmer	Thomas	FDP	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elstener	Susanne	GFL	Nein
Falkner	Anastasia	FDP	Nein
Feuz-Ramsayer	Karin	FDP	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Haudenschild	Ueli	FDP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leubundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Luthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marli	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omair	Nadia	GFL	Nein
Penhel	Stéphanie	GB	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein

Sarlaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Somez	Hasim	SP	Nein
Streck-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stöckelberger	Ueli	GFL	Nein
Theiler	Luzius	GPB	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDÄ	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bilser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jairis	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Schoni	Beat	SVP	Ja
Stauffler	Ernst	ARP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Beuchat	Henni-Charles	CVP	Enth.
Gäfner Waser	Jacqueline	FDP	Enth.
Seydoux	Yves	FDP	Enth.
Zyssal	Andreas	SP	****
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	
Aebersold	Michael	SP	
Aniker-Mansour	Cristina	GB	
Bahnan Biechi	Rania	GB	
Copaetti	Conradin	GFL	
Imboden	Natalie	GB	
Kreier	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Müller	Philipp	FDP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 20:58:08

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:14 - 060

Aniker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Biechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beuchat	Henni-Charles	CVP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Elstener	Susanne	GFL	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leubundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Luthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marli	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omair	Nadia	GFL	Nein
Penhel	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sarlaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Somez	Hasim	SP	Nein
Streck-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stöckelberger	Ueli	GFL	Nein

Theiler	Luzius	GPB	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDÄ	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bilser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramsayer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gäfner Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jairis	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schon	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Stauffler	Ernst	ARP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zyssal	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	
Imboden	Natalie	GB	
Kreier	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Meyer	Robert	SD	
Müller	Philipp	FDP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 21:14:32

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:14 - 061

Aniker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Biechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beuchat	Henni-Charles	CVP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leubundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Luthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marli	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omair	Nadia	GFL	Nein
Penhel	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sarlaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Somez	Hasim	SP	Nein
Streck-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stöckelberger	Ueli	GFL	Nein

Theiler	Luzius	GPB	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDÄ	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bilser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Feuz-Ramsayer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gäfner Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jairis	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schoni	Beat	SVP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Stauffler	Ernst	ARP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Enth.
Zyssal	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Elstener	Susanne	GFL	
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	
Imboden	Natalie	GB	
Kreier	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Meyer	Robert	SD	
Müller	Philipp	FDP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 21:16:00

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:18 - 062

Aniker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Biechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Beuchat	Henni-Charles	CVP	Nein
Beyeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Elstener	Susanne	GFL	Nein
Flickiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Furrer-Lehmann	Verena	GFL	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hirt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leubundgut	Edith	CVP	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Luthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marli	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Moza	Erik	GFL	Nein
Nause	Reto	CVP	Nein
Omair	Nadia	GFL	Nein
Penhel	Stéphanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sarlaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Streck-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Stöckelberger	Ueli	GFL	Nein
Theiler	Luzius	GPB	Nein

Trachsel	Martin	EVP	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDÄ	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bilser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Feuz-Ramsayer	Karin	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gäfner Waser	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jairis	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Stauffler	Ernst	ARP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Bernasconi	Peter	SVP	Enth.
Dana	Dolores	FDP	Enth.
Falkner	Anastasia	FDP	Enth.
Rub	Pascal	FDP	Enth.
Schon	Beat	SVP	Enth.
Zyssal	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Bill	Lea	JAI	
Eicher	Bernhard	JF	
Hess	Erich J.	JSVP	
Imboden	Natalie	GB	
Kreier	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Linder	Anna Magdalena	GFL	
Meyer	Robert	SD	
Müller	Philipp	FDP	
Seydoux	Yves	FDP	
Somez	Hasim	SP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 21:16:47

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:19 - 063

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists council members and their votes for item 063.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists council members and their votes for item 063.

**** Präsident stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 11.09.2008 21:19:31

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:34 - 064

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists council members and their votes for item 064.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists council members and their votes for item 064.

**** Präsident stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 11.09.2008 21:34:23

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:35 - 065

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists council members and their votes for item 065.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists council members and their votes for item 065.

**** Präsident stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 11.09.2008 21:35:19

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:38 - 066

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists council members and their votes for item 066.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Result. Lists council members and their votes for item 066.

**** Präsident stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 11.09.2008 21:38:39

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:51 - 067

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Absent. Lists council members and their votes on agenda item 67.

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Absent. Lists council members and their votes on agenda item 67.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 21:51:26

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-21:55 - 068

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Absent. Lists council members and their votes on agenda item 68.

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Absent. Lists council members and their votes on agenda item 68.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 21:55:37

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-22:20 - 069

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Absent. Lists council members and their votes on agenda item 69.

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Absent. Lists council members and their votes on agenda item 69.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 22:20:25

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-22:20 - 070

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Absent. Lists council members and their votes on agenda item 70.

Table with 4 columns: Name, Party, Yes/No, Absent. Lists council members and their votes on agenda item 70.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 11.09.2008 22:21:04

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-22:25 - 071

Antiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battaglini	Giovanna	SP	Nein
Bayeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Flockerger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Gutli	Thomas	SP	Nein
Grossi	Giuglielmo	SP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Koeniger	Peter	GFL	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Luscher	Liselotte	SP	Nein
Luthi	Markus	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mosse	Erik	GFL	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penner	Stephanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sanastan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Sonmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	SVP	Nein
Stueckelberger	Ueli	GFL	Nein
Theiler	Lucius	GPB	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein

Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Baerner	Thomas	FDP	Ja
Bauchat	Henn-Charles	CVP	Ja
Bayeler	Dieter	SD	Ja
Blaeser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gafner Wassr	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Haudenschuld	Ueli	FDP	Ja
Hess	Ench J.	JSPV	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Nause	Refo	CVP	Ja
Stauffler	Ernst	ARP	Ja
Walt	Thomas	SVP	Ja
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Enth.
Bernasconi	Peter	SVP	Enth.
Dana	Dolores	FDP	Enth.
Falkner	Anastasia	FDP	Enth.
Friedhof	Mario	FDP	Enth.
Jost	Dannie	FDP	Enth.
Rub	Pascal	FDP	Enth.
Schorf	Beat	SVP	Enth.
Zimmerli	Christoph	FDP	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Berger	Christof	SP	
Furz-Ramsseyer	Karin	FDP	
Furer-Lehmann	Verena	GFL	
Imboden	Natale	GB	
Kienel	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Leibundgut	Edith	CVP	
Linder	Anna Magdalena	GFL	
Müller	Philippe	FDP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 22:26:07

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 11.09.2008-22:32 - 072

Antiker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Battaglini	Giovanna	SP	Nein
Berger	Christof	SP	Nein
Bayeler-Graf	Margrith	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Flockerger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gasser	Karin	GB	Nein
Götsli	Thomas	SP	Nein
Grossi	Giuglielmo	SP	Nein
Hilt	Beni	Juso	Nein
Jordi	Stephan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Kuster	Claudia	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Lüscher	Liselotte	SP	Nein
Luthi	Markus	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penner	Stephanie	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sanastan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sonmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Lucius	GPB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PDA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hans-Peter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Balmer	Thomas	FDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bauchat	Henn-Charles	CVP	Ja
Bayeler	Dieter	SD	Ja
Blaeser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja

Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Falkner	Anastasia	FDP	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gafner Wassr	Jacqueline	FDP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Haudenschuld	Ueli	FDP	Ja
Hess	Ench J.	JSPV	Ja
Friedhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Koeniger	Peter	GFL	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Nause	Refo	CVP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Stauffler	Ernst	ARP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Stueckelberger	Ueli	GFL	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Walt	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Moza	Erik	GFL	Enth.
Zysset	Andreas	SP	****
Aebersold	Michael	SP	
Furz-Ramsseyer	Karin	FDP	
Furer-Lehmann	Verena	GFL	
Glauser	Simon	SVP	
Imboden	Natalie	GB	
Kienel	Markus	FDP	
Krummen	Andreas	SP	
Leibundgut	Edith	CVP	
Meyer	Robert	SD	
Hiltner	Philippe	FDP	
Schof	Beat	SVP	
Wegmüller	Anne	JAI	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 11.09.2008 22:33:06